

Leitfaden Bürgerbeteiligung barrierefrei erfolgreich

Erstellt im Rahmen des Projektes Bürgerbeteiligung online barrierefrei erfolgreich

im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

von

Stiftung Digitale Chancen und

Institut für Informationsmanagement Bremen



- Teil der **Gesellschaft** sein
- von seinen **Rechten** Gebrauch machen
- Im Internet **kommunizieren** können

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

.stiftung
digitale-chancen



Institut für
Informationsmanagement
Bremen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Unser Ziel: Barrierefrei erfolgreich beteiligen.....	4
1 Alte und neue Barrieren für gesellschaftliche und politische Teilhabe.....	7
2 Vorgehen bei der Planung von Teilnahmeverfahren.....	9
3 Unterschiedliche Verfahren der Bürgerbeteiligung	11
4 Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren von Teilnahmeprozessen	13
4.1 Konzeptionelle Unterscheidung zwischen Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren	13
4.2 Ergebnisse aus der Analyse von zwölf Teilnahmeverfahren.....	17
4.3 Barrierefreiheit als Erfolgsfaktor.....	18
4.4 Der Einfluss von Social Media auf einzelne Erfolgskriterien und -faktoren.....	19
5 Ziele und Gestaltungsmöglichkeiten der wichtigsten Teilnahmeverfahren	21
5.1 Informationsbereitstellungen	21
5.2 Informelle Konsultationen	24
5.3 Formelle Konsultationen.....	30
5.4 Bürgerhaushalte.....	33
5.5 Anregungen, Beschwerden.....	38
5.6 (Öffentliche) Petitionen	42
6 Was ist Barrierefreiheit und wie kann man sie messen und herstellen?.....	46
6.1 Barrierefreie Informationstechnik	47
6.2 Barrierefreie Rahmenbedingungen	48
7 Realisierung von barrierefreien Teilnahmeverfahren	50
7.1 Kernaktionen der verschiedenen Online-Teilnahmeverfahren und Komponenten zu deren Realisierung	50
7.1.1 Basiskomponenten	52
7.1.2 Optionale Komponenten.....	52
7.2 Leitlinien für die barrierefreie Umsetzung der Komponenten von Online- Teilnahmeverfahren	54
7.2.1 Formulare allgemein.....	55
7.2.2 Registrierung und CAPTCHAs	59
7.2.3 User Generated Content	62
7.2.4 Alternative Erschließungswege und Bedienkonzepte.....	66
7.2.5 Texte	68
7.2.6 Visualisierung.....	74
7.2.7 Suche und Sortierfunktionen.....	85
7.2.8 Hilfestellungen und Unterstützung	88
7.2.9 Moderation.....	91
7.2.10 Einsatz von Social Media	95

7.2.11 Chat	97
7.2.12 Kartenanwendungen.....	99
7.3 Kommunikationselemente der Bürgerbeteiligung zur Ergänzung von Online- Beteiligungsverfahren	101
8 Von der Idee zur Umsetzung – Wer macht was?	104
9 Quellen- und Literaturverzeichnis	107
10 Glossar und Abkürzungsverzeichnis	110

Unser Ziel: Barrierefrei erfolgreich beteiligen

Management Summary zum Leitfaden Bürgerbeteiligung barrierefrei erfolgreich

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verspricht Menschen mit Behinderungen die „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“. 2006 von den UN verabschiedet, ist die Konvention am 26. März 2009 in Deutschland rechtsverbindlich geworden. Neben den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Bildung, Mobilität, Kultur und Freizeit sowie Persönlichkeitsrechten nennt das Übereinkommen ausdrücklich auch die gesellschaftliche und politische Teilhabe. Nicht die Betroffenen sollen ihre Bedürfnisse an gesellschaftliche Notwendigkeiten anpassen, sondern die Gesellschaft soll sich in allen Lebensbereichen auf die Bedürfnisse der Betroffenen einstellen. Dazu verpflichten sich die Staaten geeignete Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention zu treffen sowie ein regelmäßiges Monitoring und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung durchzuführen. Im September 2011 wurde der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention veröffentlicht¹ und im Oktober die darin angekündigte Kampagne „Behindern ist heilbar!“ gestartet. Damit sollen Aufmerksamkeit erzeugt und Wissen verbreitet werden, um Barrieren abzubauen, die einer gleichberechtigten Teilhabe noch entgegenstehen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert im Handlungsfeld „gesellschaftliche und politische Teilhabe“, insbesondere den Zugang zu amtlichen Informationen und die Beteiligung an Wahlen u. ä. sicherzustellen. Dazu gibt es in Deutschland einschlägige Gesetze und Verordnungen auf Bundes- und Länderebene. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Jahr 2011 ein Projekt gefördert, „das die Eignung bestehender E-Partizipationsangebote für Menschen mit Behinderungen untersucht und einen Empfehlungskatalog für die Entwicklung von Online-Abstimmungen und Beteiligungsangeboten entwickelt.“ (Aktionsplan S. 88) Mit diesem Projekt wurden die Stiftung Digitale Chancen und das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) an der Universität Bremen beauftragt. Sie legen hiermit das Ergebnis ihrer Arbeit vor.

Die Handlungsempfehlungen zur Erreichung des Ziels, Bürgerbeteiligung erfolgreich und barrierefrei online zu gestalten, stützen sich auf die folgenden vier Kernforderungen:

- Inklusivität, das heißt, dass die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Planung und Durchführung von Beteiligungsprozessen von Anfang an berücksichtigt werden, z. B. durch Einbeziehung ihrer Interessenvertretungen.
- Standardkonformität, das heißt, dass die Vorgaben der BIT-V 2.0 und WCAG 2.0 bei der Umsetzung von Online-Beteiligungsangeboten nachweislich eingehalten werden.
- Reduzierte Komplexität, das heißt, dass Online-Beteiligungsangebote sich auf die erforderlichen Elemente beschränken, um unnötige Barrieren zu vermeiden.
- Transparenz, das heißt, dass Beteiligungsprozesse für alle Bürgerinnen und Bürger verständlich und nachvollziehbar gestaltet werden.

Vielfach besteht die Befürchtung, dass die barrierefreie Gestaltung eines Beteiligungsangebots im Internet zu Lasten anderer für die Akzeptanz wichtiger Faktoren geht und nicht-behinderte Menschen von der Nutzung abhält. Die in diesem Leitfaden formulierten Handlungsempfehlungen wurden aus Beispielen abgeleitet, die zeigen, dass beides gleichzeitig möglich ist und barrierefreie Beteiligungsangebote auch im Sinne der jeweils verfolgten Beteiligungsziele erfolgreich sein können.

¹ Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a740-aktionsplan-bundesregierung.html>

Der Leitfaden gliedert sich in insgesamt acht inhaltliche Kapitel und wird durch ein Literatur- und Quellenverzeichnis sowie ein Glossar und Abkürzungsverzeichnis ergänzt.

In Kapitel 1 werden zunächst die alten und neuen Barrieren für gesellschaftliche und politische Teilhabe beschrieben. Kapitel 2 ist der Vorgehensweise bei der Planung von Beteiligungsverfahren gewidmet.

Unter dem Begriff der Bürgerbeteiligung wird eine Reihe unterschiedlicher Verfahren zusammengefasst, die in Kapitel 3 näher differenziert werden.

Kapitel 4 ist den Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren von Beteiligungsprozessen gewidmet. Es wird die Barrierefreiheit als Erfolgsfaktor in die Rangfolge weiterer Faktoren eingeordnet und der Einfluss von Social Media auf Erfolgskriterien und -faktoren beleuchtet.

In Kapitel 5 werden Ziele und Gestaltungsmöglichkeiten von sechs verschiedenen Beteiligungsverfahren, die als die derzeit wichtigsten gelten können, anhand von aktuellen Beispielen beschrieben.

Kapitel 6 befasst sich mit der Definition von Barrierefreiheit sowohl bei informationstechnischen Angeboten als auch bei den Rahmenbedingungen von Bürgerbeteiligungsprozessen. Es werden die verschiedenen Kriterienkataloge und Verfahren zur Messung von Barrierefreiheit erläutert.

Kapitel 7 ist das Herzstück des Leitfadens; es wendet sich an die Praktiker der Umsetzung von Bürgerbeteiligung. Die verschiedenen Komponenten, die bei den in Kapitel 5 vorgestellten Beteiligungsverfahren zum Einsatz kommen, werden zunächst beschrieben. Ein umfassender Katalog von Leitlinien zur barrierefreier Gestaltung dieser Komponenten unterstützt bei der Realisierung von Online-Beteiligungsverfahren. Dieser Katalog stützt sich auf die Vorgaben der derzeit gültigen Regelwerke, verweist auf die jeweiligen Vorschriften und illustriert anschaulich durch Beispiele mögliche Vorgehensweisen. Ergänzend werden Kommunikationselemente außerhalb des Onlineangebots, die bei Bürgerbeteiligung zu dem gewählten Onlineverfahren hinzutreten können, im Hinblick auf Aspekte der barrierefreien Realisierung beschrieben.

Mit dem abschließenden Kapitel 8 werden die an der komplexen Aufgabe der Planung und Realisierung von Bürgerbeteiligungsverfahren beteiligten Akteure und deren Rollen identifiziert, und es wird ihnen eine Planungshilfe an die Hand gegeben.

Die Autorinnen und Autoren dieses Leitfadens sowie die dafür verantwortlich zeichnenden Institutionen, Stiftung Digitale Chancen und das Institut für Informationsmanagement Bremen möchten ebenso wie der Auftraggeber, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, damit einen Beitrag zur Erreichung des oben genannten Ziels leisten: Barrierefrei erfolgreich beteiligen!

1 Alte und neue Barrieren für gesellschaftliche und politische Teilhabe

Die UN Behindertenrechtskonvention konkretisiert in den Artikeln 21 und 29 die volle und gleichwertige gesellschaftliche und politische Teilhabe.² Artikel 21 garantiert das Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen. In Deutschland ist die barrierefreie Zugänglichkeit zu amtlichen Informationen und die Kommunikation mit der Verwaltung für die Behörden des Bundes im Behindertengleichstellungsgesetz geregelt und in drei entsprechenden Verordnungen konkretisiert: in der Kommunikationshilfenverordnung (2002), der Verordnung über Barrierefreie Dokumente der Bundesverwaltung (2002) sowie speziell für Internetangebote in der Barrierefreie Informationstechnikverordnung – BITV (2006, novelliert 2011). Für die Landes- und Kommunalverwaltung gibt es vergleichbare Regelungen in Gesetzen und Verordnungen der Bundesländer. Darüber hinaus ist u. a. die Gebärdensprache als eigene Sprache im Verwaltungsverfahren anerkannt, und blinde Menschen haben im Verwaltungsverfahren einen Anspruch darauf, dass ihnen Dokumente vorgelesen werden oder als Tonträger oder in Brailleschrift übergeben werden.

Artikel 29 garantiert die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben: Diese ist u. a. durch konkrete Vorschriften in Wahlgesetzen zur Gestaltung von Wahllokalen oder die Pflicht zur Bereitstellung von Stimmzettelschablonen für Blinde und Sehbehinderte umgesetzt.

Politische Teilhabe findet nicht nur durch Teilnahme an Wahlen, Bürgerbegehren und Volksabstimmungen statt, sondern auch in Bürgerversammlungen und Anhörungen und durch die Einreichung oder Mitzeichnung von Petitionen. Menschen mit Behinderungen treffen beim Vorbringen von Anliegen bei öffentlichen Stellen sowie durch Unterschriftensammlungen und Demonstrationen treffen bei diesen Prozessen auf unterschiedliche Barrieren:

- Wahllokale oder die Orte von Bürgerversammlungen sind teilweise nicht so gestaltet, dass sie für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, zugänglich sind,
- Informationen werden oft nicht so bereit gestellt, dass sie von Menschen mit Sehbehinderungen und Blinden wahrgenommen werden können,
- Bürgerversammlungen oder öffentliche Anhörungen werden nur selten so abgehalten, dass Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen ihnen uneingeschränkt folgen und sich einbringen können.
- In den seltensten Fällen werden Informationen so formuliert und strukturiert, dass sie für Menschen mit Lernschwierigkeiten verständlich sind.

Diese Barrieren bei der Ausübung der politischen Teilhabe in traditionellen Formen können durch bauliche Maßnahmen, Gestaltung von Informationsangeboten sowie persönliche und technische Assistenz abgebaut werden. Es gibt dazu die oben erwähnten gesetzlichen Vorschriften bzw. Ansprüche. So können Blinde verlangen, dass ihnen amtliche Dokumente vorgelesen werden und Gehörlose haben Anspruch auf Gebärdendolmetscher.

² Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Vom 21. Dezember 2008, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2008 Teil II Nr. 35, ausgegeben zu Bonn am 31. Dezember 2008 S. 1419 ff. Siehe auch http://www.behindertenbeauftragter.de/DE/Koordinierungsstelle/UNKonvention/UNKonvention_node.html und in einfacher Sprache: <http://www.ich-kenne-meine-rechte.de/> Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a740-aktionsplan-bundesregierung.html>

Große Hoffnungen richten sich auch auf das Internet: Online-Angebote können nicht nur den Weg zu einer Bankfiliale oder einem Kaufhaus, sondern auch den Weg zu einer Bürgerversammlung oder Anhörung ersetzen und die aktive Teilhabe erleichtern. Dies gilt allerdings nur, wenn nicht durch die Gestaltung der Angebote im Internet neue Barrieren errichtet werden.

Die Bundesregierung verweist in ihrem Staatenbericht³ auf die Bestimmungen des bereits 2002 verabschiedeten Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)⁴, das in § 11 unter der Überschrift „Barrierefreie Informationstechnik“ regelt, dass die staatliche Verwaltung („Träger öffentlicher Gewalt“) ihre Internetauftritte und -angebote schrittweise technisch so gestalten muss, „ dass sie von behinderten Menschen grundsätzlich uneingeschränkt genutzt werden können.“ Einzelheiten regelt die Barrierefreie Informationstechnikverordnung (BITV), die im September 2011 novelliert wurde⁵. Die BITV 2.0 basiert in technischer Hinsicht auf den Ende 2008 verabschiedeten Internationalen Leitlinien für Webinhalte WCAG 2.0 („Web Content Accessibility Guidelines 2.0“) der Web Accessibility Initiative (WAI). Darüber hinaus sieht die deutsche Verordnung vor, dass die Behörden Informationen zum Inhalt und zur Navigation in Deutscher Gebärdensprache sowie in Leichter Sprache zur Verfügung stellen müssen.

Im eingangs zitierten Staatenbericht wird eingeräumt, dass die Barrierefreiheit für Menschen mit Lern- und geistiger Behinderung noch nicht umfassend gewährleistet ist (S. 29). Amtliche Dokumente und Formulare sind sowohl auf Papier als auch online überwiegend noch nicht in Leichter Sprache gestaltet. Im Nationalen Aktionsplan formuliert die Bundesregierung das Ziel, „alle öffentlich zugänglichen Informations- und Kommunikationssysteme barrierefrei zu gestalten und insbesondere auch den Anforderungen an Leichte Sprache gerecht zu werden.“

Bisher gibt es Test- und Prüfverfahren für die Barrierefreiheit von Web-Seiten, die auch auf Beteiligungsangebote angewendet werden. So wurden in dem von der Aktion Mensch und der Stiftung Digitale Chancen seit dem Jahr 2003 durchgeführten BIENE-Wettbewerb u. a. die E-Petitionen des Deutschen Bundestages getestet und mit einem Preis für die Barrierefreiheit ausgezeichnet. Dabei wurde jedoch nicht untersucht, ob es sich auch um eine gelungene Form der Bürgerbeteiligung der weiter unten konkretisierten Erfolgskriterien handelt. Andererseits gibt es Evaluationen von Teilnahmeverfahren⁶ und auch Handlungsanleitungen für erfolgreiche Beteiligungsangebote,⁷ in denen die Barrierefreiheit nicht oder nur am Rande beachtet wird. Teilweise wird auch die Auffassung vertreten, dass barrierefrei gestaltetes Online-Beteiligungsangebote zwangsläufig weniger attraktiv und daher von den erzielten Effekten her auch weniger erfolgreich sein müssten. Mit dem vorliegenden Leitfaden soll diese Annahme widerlegt und gezeigt werden, dass erfolgreiche Beteiligungsangebote barrierefrei gestaltet werden können.

³ Erster Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über Rechte von Menschen mit Behinderungen. <http://www.bmas.de/DE/Themen/Teilhabe-behinderter-Menschen/staatenbericht-2011.html>

⁴ Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz - BGG) <http://www.gesetze-im-internet.de/bgg/BJNR146800002.html>

⁵ http://www.gesetze-im-internet.de/bitv_2_0/BJNR184300011.html
http://www.einfach-teilhaben.de/DE/StdS/Home/Aktuelles/2011_09_22_bitv.html

⁶ Vgl. z.B. Pratchett et. al. (2009) sowie Kubicek, Lippa und Koop (2010) und weitere im Literaturverzeichnis genannte Studien zu einzelnen Beteiligungsangeboten wie insbesondere Bürgerhaushalten

⁷ Vgl. z.B. Bundeskanzleramt Österreich (2008) sowie Koop (2010) und weitere im Literaturverzeichnis genannte Empfehlungen, von denen viele auf dem Portal <http://buerger-beteiligung.org/contents/downloads> herunterladbar sind.

2 Vorgehen bei der Planung von Beteiligungsverfahren

In diesem Leitfaden werden die Erfahrungen und Empfehlungen für die Planung und Realisierung erfolgreicher und barrierefreier Beteiligung anhand eines Drei-Phasen-Modells geordnet (vgl. Abb.1).

Danach besteht der erste Schritt darin, die mit dem Beteiligungsangebot angestrebten Ziele möglichst konkret zu definieren:

Wer in der Verwaltung oder Organisation will mit einem noch näher zu bestimmenden Beteiligungsverfahren was erreichen?

Welche konkreten Beteiligungsverfahren in Frage kommen, hängt dabei neben der jeweiligen konkreten Zielsetzung der Beteiligung auch vom Thema und von der Ziel- oder Adressatengruppe ab.

Die am häufigsten verfolgten Ziele von Bürgerbeteiligung im Allgemeinen haben zwei britische Autoren wie folgt systematisiert. Durch Beteiligung der Öffentlichkeit können

- Entscheider die Präferenzen der Öffentlichkeit herausfinden und in ihren Entscheidungen berücksichtigen,
- Entscheidungen qualitativ besser werden, weil sie das lokale Wissen der Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen,
- Fairness und Gerechtigkeit von Entscheidungen verbessert werden,
- die Legitimität von Entscheidungen erhöht werden,
- rechtliche Anforderungen erfüllt werden.⁸

Je nachdem, welche dieser Ziele mit welchem Gewicht verfolgt werden, kommen unterschiedliche Beteiligungsverfahren in Frage.

Erst im zweiten Schritte geht es dann um die konkrete Ausgestaltung eines Beteiligungsverfahrens und um den Medieneinsatz. Mit der zunehmenden Verbreitung des Internet steht dessen Nutzung für Beteiligungsangebote häufig im Vordergrund. Online-Beteiligung (E-Partizipation) kann gegenüber den traditionellen Formen folgende Vorteile aufweisen:

- Aus Sicht der Verwaltung erfordern Online-Angebote, wie elektronische Foren, weniger Aufwand als Versammlungen, erlauben eine größere Flexibilität hinsichtlich der Nutzung und erreichen daher eine größere Anzahl von Personen.
- Viele Menschen haben Hemmungen, vor einem größeren Publikum zu sprechen und schreiben lieber einen Kommentar in einem elektronischen Forum.
- Informationen können besser visualisiert werden.
- Online-Angebote erlauben mehr Interaktivität, strukturierte Debatten und machen Dialoge transparenter.⁹

Eine ausschließlich digitale Partizipation mit dem Internet als einzigem Medium ist jedoch in den meisten Fällen nicht effektiv und politisch nicht vertretbar. Nicht nur, weil immer noch ein Viertel der Bevölkerung über 14 Jahren das Internet nicht nutzt¹⁰, sondern auch, weil dieser Kommunikationskanal spezifische Stärken, aber auch Schwächen hat. Daher kommt es bei erfolgreichen Beteiligungsverfahren auf die geeignete Kombination von traditionellen und neuen Formen der Beteiligung bzw. traditionellen und internetgestützten Kommunikationsformen, kurz auf den richtigen Medienmix an.

⁸ Innes & Boher 2004, S. 422 ff.

⁹ OECD 2003, S. 33

¹⁰ Nach den repräsentativen Erhebungen des (N)ONLINER Atlas waren im Jahr 2011 74,7 % der deutschen Bevölkerung über 14 Jahre zumindest gelegentlich online. <http://www.nonliner-atlas.de>

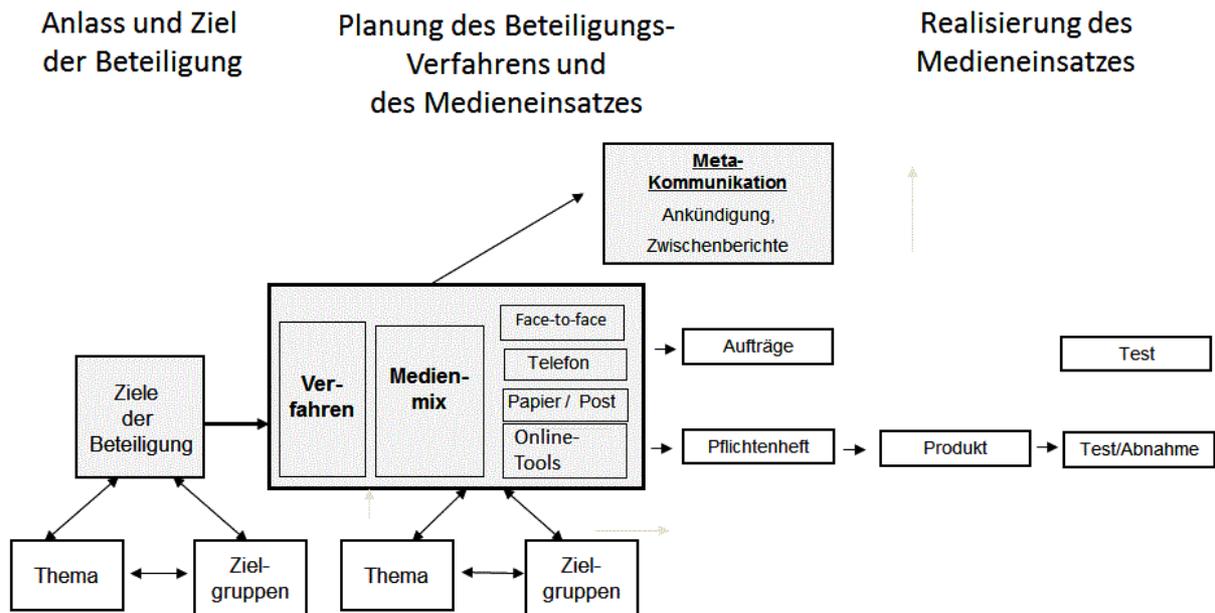


Abb. 2.1: Planung und Realisierung des Medieneinsatzes in Beteiligungsverfahren

Genau betrachtet geht es um einen doppelten Medienmix. Neben der erwähnten Kombination alter und neuer Kommunikationsformen im Beteiligungsprozess kommt es auch auf die richtige Mischung der Kommunikation im Beteiligungsprozess und über den Beteiligungsprozess an, die Beteiligungskommunikation und die Meta-Kommunikation, und hier insbesondere auf die Mischung aus alten und neuen Medien.¹¹

Das Internet hat im Verhältnis zu Radio und Fernsehen einen großen Nachteil. Es ist kein so genanntes Push-, sondern ein Pull-Medium. Wenn man es einschaltet, tut sich erstmal gar nichts. Man muss sich holen, was man will oder drauflos klicken, sich treiben lassen, „surfen“. Für Bürgerbeteiligung bedeutet dies, dass es nicht reicht, auf der Webseite einer Verwaltung ein Forum anzukündigen und darauf zu warten, dass jemand diesen Link findet und sich beteiligt. Vielmehr müssen die Zielgruppen auf ihnen angemessenen Wegen auf diese Beteiligungsmöglichkeit hingewiesen werden. Geeignete Wege in diesem Zusammenhang sind in erster Linie Tageszeitung, Radio und Fernsehen, wenn es darum geht, die Generationen zu erreichen, die nicht mit dem Internet aufgewachsen sind. Um die Jüngeren anzusprechen, dürfen heute soziale Netzwerke nicht unberücksichtigt bleiben.

Eigene Erfahrungen mit konkreten Beteiligungsprojekten in Bremen zeigen, dass Online-Foren stärker genutzt werden, wenn in der Tageszeitung auf diese Beteiligungsmöglichkeit hingewiesen wird.¹²

Wenn der als sinnvoll und effektiv eingeschätzte Medienmix im Grundsatz konzipiert ist, werden meistens entsprechende Dienstleister hinzugezogen, zur Konkretisierung der Konzeption, zur technischen Realisierung des Internetangebots, zur Durchführung von Veranstaltungen u. a. m. Dabei muss die Anforderung nach Barrierefreiheit in den Ausschreibungen, Aufträgen/Verträgen aufgenommen und bei der Abnahme der Leistungen auch überprüft werden. Wie und durch wen dies geschieht und wie dabei die Pflichten zwischen der Verwaltung als Auftraggeber und den Dienstleistern als Auftragnehmer sinnvoll verteilt werden können, wird in Kapitel 8 behandelt.

Wie bei welchen Komponenten eines Beteiligungsverfahrens Barrierefreiheit hergestellt werden kann, wird in Kapitel 7 anhand konkreter Beispiele gezeigt.

¹¹ vgl. ausführlich Kubicek, Lipka, Westholm 2008

¹² vgl. Kubicek und Westholm 2010, S. 339.

3 Unterschiedliche Verfahren der Bürgerbeteiligung

Im engeren wörtlichen Sinne bedeutet Beteiligung, dass man sich selbst an etwas beteiligt oder von anderen an etwas beteiligt wird, das diese veranstalten oder besitzen. Politische Beteiligung bedeutet dementsprechend, dass sich Bürgerinnen und Bürger an Prozessen der politischen Willensbildung oder Entscheidung beteiligen, oder noch genauer Beteiligungsangebote von politischen Institutionen oder der staatlichen Verwaltung annehmen.

Solche Beteiligungsprozesse wurden in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts aufgrund von Protesten von Umweltgruppen im Planungsrecht gesetzlich eingeführt und geregelt, in Agenda-Prozessen vertraglich vereinbart und in Form von Anhörungen und später auch in Form Runder Tische angeboten – mit mäßigem Erfolg was die Teilnahme und noch geringerem was die erhofften Effekte angeht. Ein Grund für das zögerliche Angebot und dessen geringe Akzeptanz wird in dem hohen Aufwand für Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger gesehen, der mit diesen Formen der Beteiligung verbunden ist und der sich gemessen an den erzielbaren Effekten für viele nicht zu rechnen scheint.¹³ Auf dieser Analyse bauen die Erwartungen an das Internet auf: Mit dem neuen elektronischen Kommunikationsmedium sollen der Aufwand für den Einzelnen, aber auch für die Organisatoren verringert und die Reichweite der Beteiligung vergrößert werden.¹⁴ Die Erfahrung der vergangenen zehn Jahre zeigt: Mal gelingt dies, oft aber auch nicht.¹⁵ Ein ungewisses Kosten-Nutzen-Verhältnis ist nach einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Materna und der Hochschule Harz auch heute noch das größte Hindernis auf der Seite der Verwaltungen für die Durchführung von Beteiligungsverfahren.¹⁶

In Bezug auf die in der Behindertenrechtskonvention geforderte gesellschaftliche und politische Teilhabe ist diese Art der angebotenen Beteiligung jedoch nur ein Teilbereich. Gerade in jüngster Zeit erleben wir eine Vielzahl von Initiativen, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung von sich aus kundtun und sich Gehör verschaffen.

Die nachfolgende Abbildung versucht das Gesamtspektrum verschiedener Formen politischer Partizipation in einem weiteren Sinn nach den Initiatoren und Adressaten einerseits und dem Grad der Verbindlichkeit andererseits zu strukturieren (vgl. Abb. 2):

¹³ Vgl. OECD 2001 und 2003 sowie Innes und Booher 2004

¹⁴ Vgl. OECD 2003 und 2005, Kuhn 2006, Albrecht u.a. 2008, Pratchett u.a. 2009,

¹⁵ Vgl. Pratchett u.a. 2008, Kubicek, Lippa und Koop 2010, die Beiträge in Stiftung Mitarbeit (2011). Siehe auch die kritischen Kommentare in Spiegel-Online zu Beteiligungsangeboten von Bundesministerien (26. November 2010 und 2. September 2011)

¹⁶ Materna und Hochschule Harz 2011, S. 30f.

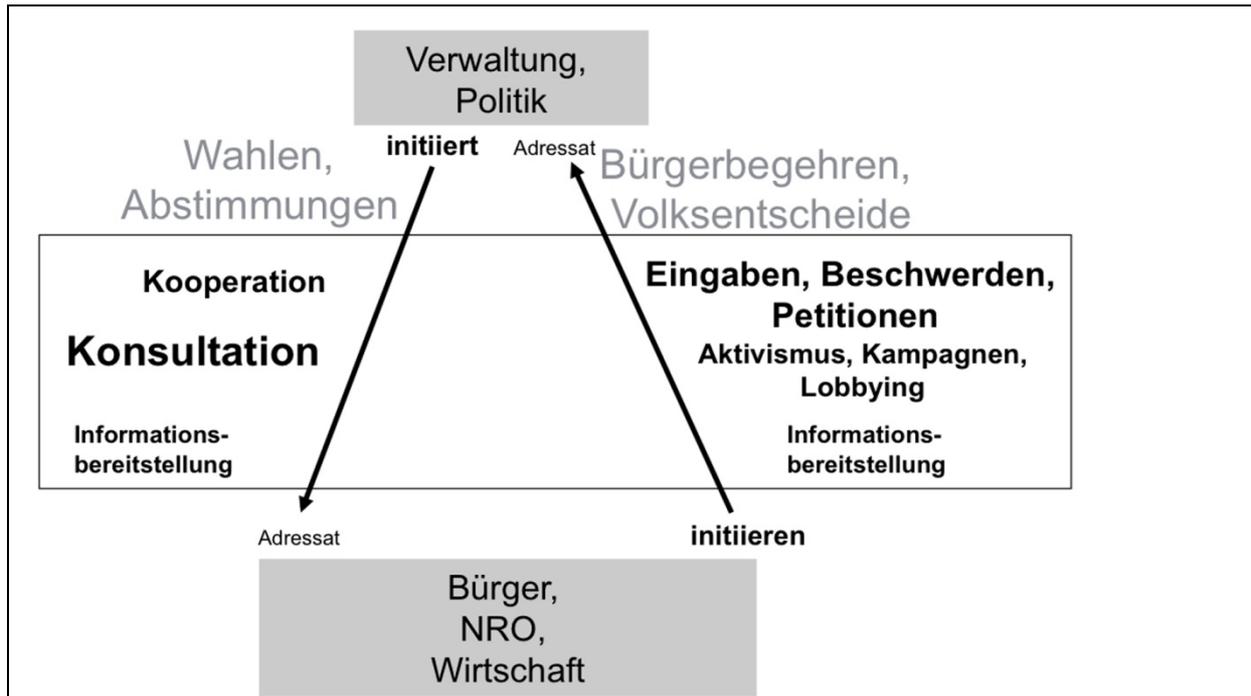


Abb. 3.1: Formen politischer Partizipation

Auf der linken Seite sind die von Verwaltung und Politik initiierten Partizipationsprozesse angesiedelt, auf der rechten Seite die von Bürgerinnen und Bürgern, Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) oder auch der Wirtschaft initiierten Prozesse. Von unten nach oben sind auf beiden Seiten diese Prozesse danach gestuft, ob es lediglich um die Bereitstellung von Informationen, um Konsultationen oder geregelte Zusammenarbeit geht. Verbindliche Abstimmungen mit definierten Konsequenzen, insbesondere Wahlen sowie Bürgerbegehren und Volksentscheide sollen davon abgegrenzt werden und müssten gesondert betrachtet werden, weil sie andere Anforderungen an die Prozesse stellen – auch wenn sie in der Literatur als politische Partizipation bezeichnet und als Heilmittel gegen sinkende Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit empfohlen werden.

In jeder dieser Gruppen von Partizipationsverfahren werden sehr unterschiedliche Organisationsformen und Medien eingesetzt. Konsultationen etwa finden als formelle Verfahren, z. B. in Form einer öffentlichen Anhörung oder Auslegung von Plänen in Räumen der Verwaltung oder im Internet statt, aber auch als informelle Verfahren in Form von Online-Umfragen, Online-Foren oder Fokus-Gruppen. Kampagnen werden als Unterschriftensammlungen online und offline, als Schaltung von Anzeigen in Zeitungen oder Banner auf Internetseiten, in Form von Briefen oder E-Mails an Abgeordnete gestartet. Es ist offensichtlich, dass bei dieser großen Varianz von Beteiligungsverfahren und -formen nur wenige generelle Aussagen über die Wirkungen politischer Partizipation im Allgemeinen und über die geeigneten, das heißt wirkungsvollsten Kommunikationswege getroffen werden können.

4 Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren von Beteiligungsprozessen

Innerhalb der in Abb. 3.1 unterschiedenen Arten von Beteiligungsverfahren werden teilweise unterschiedliche Ziele verfolgt, wie sie im zweiten Kapitel für Konsultationen genannt worden sind. Aber nicht erst seit Stuttgart 21 weiß man, dass diese angestrebten Wirkungen, wie die Gewinnung von zusätzlichem Wissen oder die Akzeptanz geplanter Maßnahmen durch die förmlichen Beteiligungsverfahren nicht immer garantiert werden. Und der Einsatz des Internet als zusätzliches Kommunikationsmedium neben dem Auslegen von Unterlagen oder Bürgerversammlungen hat daran nicht viel geändert.

Bisher gibt es allerdings kaum systematische und empirisch fundierte Überprüfungen erhoffter und tatsächlich eingetretener Wirkungen von Beteiligungsprozessen und damit zum Nutzen von Bürgerbeteiligung. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Berichten über einzelne Beteiligungsprojekte.¹⁷ Diese zeigen, dass die festgestellten oder auch nur geschätzten Effekte oft hinter den Erwartungen zurückbleiben, in Einzelfällen aber die Ziele durchaus erreicht werden.

Daher stellt sich die Frage nach den Faktoren und Bedingungen, auf die solche Erfolge zurückgeführt werden können. Da systematische Evaluationen fehlen, gibt es auch keine empirisch fundierten und methodisch validen Analysen der Ursachen für Erfolg und Misserfolg. Dazu muss konzeptionell zwischen Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren unterschieden werden und dann mit geeigneten Analyseverfahren nach Zusammenhängen gesucht werden.

4.1 Konzeptionelle Unterscheidung zwischen Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren

Eine solche methodisch elaborierte Analyse zur Bestimmung von Erfolgsfaktoren hat eine Gruppe von britischen Wissenschaftlern für das Department for Communities and Local Government vorgenommen. Sie haben in einer über einjährigen Auswertung ca. 100 Projekte in sechs Gruppen des „Community Empowering“ gegliedert und für jede dieser Gruppen nach Zusammenhängen zwischen Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren gesucht.¹⁸ Neben e-Partizipation im Sinne von elektronischen Foren werden Bürgerhaushalte (participatory budgeting) und Petitionen als eigene Klassen unterschieden und um die Kategorie „redress“ ergänzt, die sich auf Verfahren bezieht, in denen Bürgerinnen und Bürger Beschwerden und Klagen mit dem Recht auf eine faire Überprüfung und Antwort registrieren lassen können. Als Beispiel werden Beschwerden bei einem Ombudsmann genannt.¹⁹ Darüber hinaus wurden noch zwei weitere Arten der Stärkung des Einflusses der Bürgerschaft untersucht, nämlich Fälle der Übertragung von Anlagen und Einrichtungen an Bürgerinnen und Bürger zur Selbstverwaltung („asset transfer“) sowie Bürgermitverwaltung und -engagement in Bereichen wie Schulverwaltung, Stadterneuerung, öffentliche Sicherheit oder gesunder Lebenswandel („citizen governance“).

Bei den **Erfolgskriterien** wird unterschieden zwischen

- Effekten auf die beteiligten Personen wie Bildung und Stärkung von Vertrauen, Fachwissen, Engagement u a.,
- Effekten auf die Community (Stadtteil, Nachbarschaft) im Sinne von Effizienz, Zugkraft, sozialem Kapital und Zusammenhalt und
- Effekten auf die Entscheidungsprozesse im Sinne von größerem Einfluss der Bürgerinnen und Bürger insgesamt und bisher ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen im Besonderen.

Erfolgsfaktoren werden begriffen als Maßnahmen oder Bedingungen, die den Zuwachs an Einfluss und Verantwortung befördern oder behindern. Sie werden unterteilt in

¹⁷ Vgl. die Quellenangaben in Albrecht u.a. 2008, Kubicek, Lipa und Westholm 2009, Kubicek, Lipa und Koop 2011 sowie auf den Internetportalen der Stiftung Mitarbeit, der Bertelmann Stiftung und von meine Demokratie

¹⁸ Vgl. Pratchett et al. 2009

¹⁹ Pratchett et al. 2009, S. 139

- Faktoren des Designs der jeweiligen Mechanismen oder Interventionen, insbesondere ob sie offen für alle sind, ob sie unterstützende Maßnahmen beinhalten und ob es Verbindungen zu den politischen Entscheidungsprozessen gibt, und
- Faktoren des Kontexts der Mechanismen bzw. Interventionen, insbesondere ob dieser Kontext durch eine geringe Ressourcenausstattung und eine große ethnische Vielfalt gekennzeichnet ist, ob die Maßnahmen von der Politik und Verwaltung vor Ort unterstützt werden und ob es sich um ein Thema von großem öffentlichen Interesse handelt.

In einer Umfrage der Hochschule Harz und der Unternehmensberatung Materna bei 118 Verwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene wurden die folgenden Erfolgsfaktoren identifiziert:

- Transparenz und Offenheit,
- Zugang und Einfachheit für Zielgruppen,
- Sicherheit und Verlässlichkeit,
- E-Partizipation und Partizipation,
- Wirtschaftlichkeit und Aufwand,
- Erfahrungen und Experimente,
- Attraktivität und Interesse.²⁰

Allerdings differenzieren diese Befragungsergebnisse nicht nach den im einzelnen unterschiedlichen Beteiligungsformen wie Konsultationen, Befragungen, Beschwerdesysteme und Bürgerhaushalte, obwohl anzunehmen ist, dass diese Faktoren bei verschiedenen Arten der Beteiligung und unterschiedlichen Zielen bzw. Erfolgskriterien ein unterschiedliches Gewicht erlangen. Eine solche differenziertere Analyse wurde für den Teilbereich von Konsultationen einschließlich Bürgerhaushalten in einer Studie des Instituts für Informationsmanagement Bremen für die Bertelsmann Stiftung vorgenommen.²¹

Das Bewertungsraster umfasst sieben **Erfolgskriterien**, für die bis zu fünf Erhebungsfragen formuliert wurden. Sie orientieren sich zum einen daran, was Beteiligungsprojekte aus Sicht der Veranstalter erreichen wollen (Lösungsrelevante Informationen und/oder Akzeptanz für geplante Maßnahmen gewinnen), zum anderen umfassen sie auch Qualitätsaspekte für Art und Ausmaß der Erreichung dieser Ziele, wie die Anzahl der Teilnehmer, deren Repräsentativität, die Gewinnung von üblicherweise schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen) (vgl. Tabelle 3). Beteiligungsprojekte unterscheiden sich in den konkreten Zielen und deren Gewichtung bzw. Prioritäten. Ein Bewertungsraster muss diesen Raum möglicher Ziele aufspannen, um darin einzelne Projekte mit ihrer jeweiligen Zielkombination abbilden zu können.

²⁰ Stember und Schulz-Dieterich 2012 sowie Materna GmbH und Hochschule Harz 2011, S, 45 ff.

²¹ Vgl. Kubicek, Lipka, Koop 2011

Erfolgskriterien	Erhebungsfragen
Lösungsrelevante Informationen	Inwieweit waren die Beiträge / Diskussionen sachlich und themenorientiert? (Input)
	Wie viele Beiträge (und Kommentare) gingen ein?
	Wie intensiv wurde diskutiert?
	Wurde die breite aller Faktoren abgedeckt?
	Inwieweit wurden neue Erkenntnisse (Probleme, Zusammenhänge und Lösungsansätze, Vorschläge) gewonnen?
Reichweite	Anzahl der Teilnehmer insgesamt in Bezug auf die gesamte Zielgruppe: Wie viele Personen haben sich aktiv und passiv am Prozess beteiligt?
	Anzahl aktiver Teilnehmer im Bezug zur gesamten Teilnehmerschaft: Wie viele Personen haben sich aktiv (mit eigenen Beiträgen / Abstimmungen) am Prozess beteiligt?
Inklusivität	In wie weit entsprach die aktive Teilnehmerschaft der soziodemografischen Struktur der Zielgruppe (Alter, Geschlecht, soziale Schicht, Migrationshintergrund etc.)?
	Inwieweit gab es eine Ausgewogenheit der Beiträge aus allen Kreisen der Gesellschaft? Sind die Interessen schwer erreichbarer / bildungsferner Gruppen berücksichtigt worden?
Steigerung der Akzeptanz für Maßnahmen	Inwieweit waren die Teilnehmer mit den Ergebnissen zufrieden?
	Inwieweit gab es im Nachgang Kritik an den Entscheidungen? Wurden Entscheidungen revidiert oder Klage erhoben?
Demokratieförderung	In welchem Ausmaß und mit welcher Qualität gab es einen Austausch zwischen Politik und Bürgerschaft?
	Inwieweit waren die Teilnehmer mit dem Prozess zufrieden?
	Hat die Teilnahme zu einer Aktivierung für weiteres politisches Engagement geführt? Gab es einen Vertrauenszuwachs?
	Gab es eine aktivierende Wirkung auf Nicht-Teilnehmer? (z.B. Vertrauen in politische Gremien, Identifikation mit den politischen Institutionen und führenden Personen, eigene Beteiligung)
	Wurden die Beteiligungskompetenzen (Diskussionsfähigkeit etc.) der Teilnehmer ausgebaut?
Einfluss auf das Ergebnis	Inwieweit hatten Teilnehmer (durch ihre Beiträge) Einfluss auf die Entscheidungsfindung?
Effizienz	Hat sich das Verfahren (ganz oder teilweise) als zu ressourcenaufwändig i. S. v. zu hohen Kosten (Zeit, Geld, Personal) erwiesen?

Tab. 4.1: Bewertungsraster für ausgewählte Erfolgskriterien

Für eine analytisch saubere und praktisch relevante Bewertung ist es wichtig, diese Ziel- und Erfolgskriterien von den Faktoren zu unterscheiden, von denen der Grad des erzielten Erfolgs beeinflusst wird. Insgesamt wurden zehn Erfolgsfaktoren definiert, für die ebenfalls bis zu fünf Erhebungsfragen formuliert wurden (s. Tab. 4.2).

4.1 Konzeptionelle Unterscheidung zwischen Erfolgskriterien und Erfolgsfaktoren

Erfolgsfaktoren	Erhebungsfragen
Klare Zielsetzungen	Wurden die Beteiligungsziele klar definiert?
Aktivitäten der Entscheidungsträger im Prozess	Inwiefern waren Entscheidungsträger aus Politik im Verfahren aktiv?
	Inwiefern waren Entscheidungsträger aus Verwaltung im Verfahren aktiv?
Mobilisierung der Teilnehmenden	Gab es zielgruppengerechte Werbung / PR / Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt?
	Wurden Multiplikatoren eingebunden, um spezielle Gruppen zu mobilisieren (schwer Erreichbare, Migranten, behinderte Menschen)?
Transparenz des Prozesses und Nachvollziehbarkeit im Umgang mit Ergebnissen	Wurde über Ziele, Prozess und Regeln informiert?
	Wurden Zwischenergebnisse / Ergebnisse veröffentlicht bzw. zugänglich gemacht?
	Wurde die Übersicht über die Gesamtheit der Beiträge durch Strukturierung (Zusammenfassungen, Klassenbildung, Suchfunktionen, Tagging u. ä.) gefördert?
	War die Verwendung eigener Beiträge / Voten nachvollziehbar?
	Wurden die getroffenen Entscheidungen erläutert und begründet?
Sicherstellung der Anschlussfähigkeit / Integration der Beteiligung	Wurde die Beteiligung organisatorisch in Verwaltungsabläufe eingebettet?
	Existiert ein Prozessmodell zur Verstetigung von Beteiligung?
Verbindlichkeit / Verpflichtung der politischen Entscheidungsträger	Gab es im Vorfeld eine konkrete Vereinbarung oder Verpflichtung der Entscheidungsträger, die Ergebnisse zu berücksichtigen?
Bereitstellung angemessener und zielgruppengerechter Beteiligungsformate	Waren die angebotenen Kommunikationsformen und -orte zielgruppengerecht? (Akzeptabilität)
	Wurden die vermittelten Informationen bürgerfreundlich aufbereitet?
	Waren die technisch gestützten Beteiligungsformate benutzerfreundlich?
	Gab es auf spezielle Gruppen (schwer Erreichbare, Migranten, behinderte Menschen) zugeschnittene Angebote?
	Wurden die einzelnen Formate / Phasen / Inhalte miteinander vernetzt (integrierter Medienmix)?
ausreichende Ressourcen	Wurden ausreichende Ressourcen für die Planung und Umsetzung bereitgestellt?
Dringlichkeit des Themas	War das Thema für die Entscheidungsträger relevant?
	War das Thema für die Bürger/-innen relevant?
	Welche Reichweite hatte das Thema?
Professionalisierung	Inwieweit wurden (ausgewiesene) externe Experten beteiligt, die Fachwissen eingebracht haben?
	Baute die Beteiligung auf einem Verfahrenskonzept auf?
	Gab es eine professionelle Moderation?
	Gab es professionelle Unterstützung durch externe Dienstleister?

Tab. 4.2: Bewertungsraster für ausgewählte Erfolgsfaktoren

4.2 Ergebnisse aus der Analyse von zwölf Beteiligungsverfahren

In einem mehrstufigen Verfahren wurden für jedes der in der oben genannten Studie betrachteten zwölf Projekte²² die Stärke der Erreichung der Erfolgskriterien bestimmt und festgestellt, in welchem Grad die einzelnen Erfolgsfaktoren ebenfalls gegenwärtig waren.²³ Die Erfolgsfaktoren wurden dann nach der Stärke ihres Vorliegens in eine Rangfolge gebracht. So zeigt sich, dass der Erfolgsfaktor „Klare Zielsetzungen“ bei den Projekten, die im Hinblick auf die Gewinnung lösungsrelevanter Informationen besonders erfolgreich waren, von allen Erfolgsfaktoren stets am stärksten ausgeprägt war und deswegen Rangplatz 1 einnimmt. Demgegenüber rangieren die Erfolgsfaktoren „Transparenz und Nachvollziehbarkeit“ bei diesem Erfolgskriterium nur an sechster und „Mobilisierung von Teilnehmern“ an siebter Stelle, weil sie in den erfolgreichen Projekten weniger stark ausgeprägt waren. Für andere Erfolgskriterien ist die Mobilisierung hingegen relevanter.

Das wichtigste Ergebnis aus den Befunden der quantitativen Analysen lautet: Die üblicherweise mit konsultativer Beteiligung verbundenen Zielsetzungen können nachweisbar erreicht werden. Diese Art der Bürgerbeteiligung kann dazu beitragen,

- Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen zu finden,
- Bedarfe und Interessen der Bevölkerung besser aufzunehmen und auszugleichen und
- Verständlichkeit und Akzeptanz von Maßnahmen zu fördern.

Und sie kann, wo dies gewünscht ist, den sich beteiligenden Bürgerinnen und Bürgern auch den erhofften Einfluss auf die zur Konsultation gestellten Planungen und Entscheidungen eröffnen.

Allerdings hat keines der untersuchten Projekte alle diese Zielsetzungen in gleichem Maße erfüllt. Daraus ergibt sich die Empfehlung, für ein konkretes Beteiligungsvorhaben Ziele zu priorisieren und es daraufhin auszurichten.

In Bezug auf **Erfolgsfaktoren von Bürgerbeteiligung** hat die vergleichende Analyse ergeben, dass in allen zwölf Beispielen erfolgreicher Bürgerbeteiligung trotz unterschiedlicher Konsultationsziele, -methoden und -gegenstände drei Bedingungen stets in hohem Maße gegeben waren:

- eine klare Zielsetzung für die Konsultation,
- ein Thema von hoher Dringlichkeit und
- die Bereitstellung ausreichender Ressourcen.

Für die in der Literatur genannten Faktoren Transparenz, Anschlussfähigkeit und Verbindlichkeit des Konsultationsverfahrens konnte kein durchgehend starker Zusammenhang mit allen betrachteten Erfolgskriterien nachgewiesen werden. Vielmehr sind für die einzelnen Erfolgskriterien jeweils einzelne Faktoren als besonders relevant identifiziert worden. Als zielspezifische Faktoren haben sich ergeben:

- für die Gewinnung lösungsrelevanter Informationen
 - ein hoher Grad an Professionalisierung, vor allem durch die Unterstützung und Moderation durch externe Dienstleister,
- für die Reichweite und Inklusivität des Beteiligungsverfahrens
 - intensive Maßnahmen zur Mobilisierung von Teilnehmern, durch umfangreiche Werbung und die Einbindung von Multiplikatoren,
- für die Akzeptanz von Entscheidungen,

²² Dabei handelt es sich um vier Konsultationen zu Bürgerhaushalten (in Berlin-Lichtenberg, Köln, Freiburg und Bela Horizonte in Brasilien), um zwei Konsultationen zur Leitbildentwicklung (in Hamburg und auf internationaler Ebene für den UN Habitat World Jam ,) um drei Konsultationen in der Gesetzgebung (in Estland, in den USA und Neuseeland) sowie um drei Konsultationen zu Planungsvorhaben i(n New York City, Bremen und Königslutter am Elm). Vgl. ausführlicher Kubicek, Lippa, Koop 200, S. 4 ff.

²³ Vgl. Kubicek, Lippa, Koop 2011

- ein hoher Grad an Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Verfahrens, insbesondere durch die klare Kommunikation vor und während des Verfahrens und das Ablegen von Rechenschaft über die Verwendung der Ergebnisse,
- für die breitere Förderung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen
 - spezielle Maßnahmen zur Mobilisierung,
 - eine hohe Transparenz des Verfahrens und
 - ein hoher Grad an professioneller Unterstützung
- für den Einfluss auf Entscheidungen
 - die Herstellung von Transparenz und
 - die Anschlussfähigkeit des Beteiligungsverfahrens an den Entscheidungsprozess,
- für die Effizienz der Verfahren schließlich
 - die Transparenz des Verfahrens und
 - ein hohes Maß an Verbindlichkeit.

Diese Zusammenhänge sind überwiegend nicht überraschend, sondern entsprechen durchaus bisherigen Erwartungen und Annahmen. Auf der Grundlage der Auswertung von 12 Projekten können diese jedoch nun für konsultative Verfahren empirisch gestützt werden. Für andere Typen von Beteiligungsverfahren müssen teilweise andere Erfolgskriterien und -faktoren bestimmt werden.

4.3 Barrierefreiheit als Erfolgsfaktor

4.3.1 Methodisches Vorgehen zur Bestimmung des Erfolgs unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit

Die Bestimmung des Erfolgs eines Beteiligungsverfahrens kann methodisch durch Befragung der Veranstalter vorgenommen werden; dies geschieht in der Regel nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens. Eine valide Bestimmung der Barrierefreiheit kann hingegen nur durch Inspektion der Webseiten während der laufenden Verfahren erfolgen. Daher musste für die Erstellung dieses Leitfadens ein anderes Vorgehen gewählt werden. Zunächst wurde eine Liste mit 82 ausgezeichneten oder als beispielhaft genannten Beteiligungsprojekten erstellt. Ein Teil davon war zum Zeitpunkt der Durchführung der Reviews jedoch schon abgeschlossen und konnte nicht mehr auf Barrierefreiheit untersucht werden. Andererseits wurden während der mehrwöchigen Dauer der Reviews neue Beteiligungsverfahren eröffnet, die als beispielhaft angesehen wurden und noch in den Kreis der Beispiele guter Praxis aufgenommen werden sollten.

Ein quantitatives Ranking von erfolgreichen und barrierefreien Beteiligungsprojekten erscheint auf diesem hochdynamischen Gebiet grundsätzlich nicht möglich und ist für einen Leitfaden auch nicht erforderlich. Die durchgeführte Analyse der ausgewählten Fallbeispiele hat den Befund der zitierten vergleichenden Studie bestätigt, dass keines der Projekte Höchstwerte bei allen Erfolgskriterien erreicht, sondern die Projekte jeweils im Hinblick auf einige Ziele mehr, im Hinblick auf andere weniger erfolgreich sind. Für die Erarbeitung eines Leitfadens bedeutet dies, dass die Veranstalter eines Beteiligungsprojektes zunächst entscheiden sollten, welche Ziele sie damit mit welcher Priorität verfolgen. Dann können zur Illustration Projekte dargestellt werden, die hinsichtlich des jeweiligen Ziels als erfolgreich eingeschätzt werden.

Das konzeptionelle Bindeglied zwischen erfolgreicher Beteiligung und Barrierefreiheit bildet vor diesem Hintergrund der Begriff der Aufgabenangemessenheit. Im Folgenden gehen wir über die in der zitierten Studie untersuchten informellen Konsultationen und Bürgerhaushalte hinaus und beziehen auch andere Arten von Verfahren der Bürgerbeteiligung wie Informationsangebote, formelle Konsultationen, und Petitionen mit ein. Die Beteiligungsangebote wurden dann daraufhin analysiert, welche Aktionen sie den Nutzern ermöglichen bzw. von ihnen fordern. Daraus wurden den jeweiligen Verfahrenszielen angemessene Kernaktionen identifiziert. Diese werden durch näher definierte Komponenten realisiert. Bei Online-Angeboten müssen diese Komponenten so gestaltet

sein, dass auch Menschen mit Behinderungen diese Kernaktivitäten angemessen ohne fremde Hilfe vollziehen können, d. h. konkret, dass sie barrierefrei gestaltet sein sollten.

4.3.2 Einordnung der Barrierefreiheit als Erfolgsfaktor in die Rangfolge der weiteren Erfolgsfaktoren

Barrierefreiheit wurde weder in der Studie von Pratchett et al. noch in der Untersuchung von Kubicek, Lippa und Koop als ein eigenständiger Erfolgsfaktor näher betrachtet. In der Analyse der zwölf Konsultationsverfahren wurde zwar zu dem Erfolgsfaktor „Mobilisierung“ geschaut, ob es zielgruppengerechte Werbung / PR / Öffentlichkeitsarbeit für das jeweilige Beteiligungsprojekt gab und ob Multiplikatoren eingebunden wurden, um schwer erreichbare Gruppen zu mobilisieren. Und im Zusammenhang mit dem Erfolgsfaktor „Bereitstellung angemessener und zielgruppengerechter Beteiligungsformate“ wurde ermittelt, ob es auf spezielle Gruppen (schwer Erreichbare, Migranten, behinderte Menschen) zugeschnittene Angebote gab. In einigen Projekten gab es entsprechende Maßnahmen in Bezug auf Menschen mit Behinderungen. Diese wurden jedoch nicht getrennt von anderen Maßnahmen, etwa zur Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund erfasst, so dass deren Wirkung auf die Erfolgskriterien nicht quantifiziert werden kann.

Nach einer qualitativen Einschätzung ändert eine explizite Berücksichtigung der Barrierefreiheit kaum etwas an den wiedergegebenen Beziehungen zwischen Erfolgsfaktoren und Erfolgskriterien. Wenn ein Thema nicht als dringlich empfunden wird, werden sich auch Menschen mit Behinderungen nicht nur deshalb beteiligen, weil das Angebot barrierefrei ist. Zwar kann es sein, dass Menschen mit Behinderungen bestimmte Themen als mehr oder als weniger dringlich empfinden. Aber das gilt für andere Gruppen wie Frauen, Migranten, Senioren, Gewerbetreibende, Beamte oder Obdachlose ebenfalls. Soweit es nicht um Themen geht, die Menschen mit Behinderungen mehr als alle anderen betreffen, sind Menschen mit Behinderungen aus der Sicht der Veranstalter nur eine von vielen gesellschaftlichen Teilgruppen. Durch die Verankerung der eingangs genannten Rechte in der UN-Behindertenrechtskonvention wird einerseits anerkannt, dass für Menschen mit Behinderungen aufgrund möglicher Einschränkungen besondere Maßnahmen erforderlich sind, damit sie sich gleichberechtigt beteiligen können. Gleichzeitig wird damit festgeschrieben, dass durch geeignete Maßnahmen dem entgegen gewirkt werden soll, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in der Menge der Forderungen untergehen, weil andere Gruppen ihre Bedürfnisse eventuell stärker artikulieren können.

Barrierefreie Gestaltung erhöht somit in der Regel nicht den Gesamterfolg eines Beteiligungsangebots. Dies gilt für den Einsatz eines Gebärdendolmetschers auf einer Bürgerversammlung sogar noch stärker als für die barrierefreie Gestaltung von Webseiten im Internet. Deren Barrierefreiheit ist ein Teilaspekt ihrer Benutzbarkeit (Usability). Diese hat im Gesamtspektrum der Erfolgsfaktoren nur einen mittleren Rangplatz erreicht.

Bei der Betrachtung der zuvor beschriebenen Rangfolge der Erfolgsfaktoren unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit kann es allerdings erforderlich sein, die bisher ermittelten Rangplätze aufgrund der Einbeziehung von Barrierefreiheit neu zu sortieren. Es tritt nicht lediglich ein weiteres Erfolgskriterium hinzu. Vielmehr führt das Erfolgskriterium Barrierefreiheit möglicherweise dazu, dass sich die bisherige Rangfolge verändert. Wie zuvor beschrieben ist es möglich, dass behinderte Menschen die Dringlichkeit des Themas anders bewerten als die übrige Bevölkerung, wodurch dieser Erfolgsfaktor ein stärkeres Gewicht bekommt. Ebenso kann je nach Beteiligungsvorgang und der Komplexität der Herstellung von Barrierefreiheit diese Auswirkung auf die Ressourcen als Erfolgsfaktor des Beteiligungsprozesses haben.

Die Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung von Beteiligungsangeboten ist somit eine wichtige Bedingung, die nicht nur die Beteiligung von Menschen mit Behinderung befördert, sondern auch zu einer breiteren Akzeptanz des Beteiligungsangebots in der Bevölkerung führen kann.

4.4 Der Einfluss von Social Media auf einzelne Erfolgskriterien und -faktoren

Die Entwicklung des Internet zu einer Plattform sozialer Beziehungen, die in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, erfolgt parallel zu einem immer stärker wachsenden Angebot von online bereitgestellten Beteiligungsverfahren. In beiden Fällen geht es um gesellschaftliche Teilhabe und es darf ein Zusammenhang angenommen werden, der allerdings in den bisherigen Studien zur Bewertung des Erfolgs von Beteiligungsverfahren noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Unter der Bezeichnung Social Media werden unterschiedliche Angebote der sozialen Vernetzung im Internet zusammengefasst. An erster Stelle stehen dabei soziale Netzwerke, darunter facebook als Plattformanbieter mit den derzeit meisten Nutzern, sowie Google+ und altersgruppenspezifische Angebote wie Schuelervz, StudiVz und MeinVz oder feierabend.de. Daneben sind Austauschplattformen wie youtube oder flickr, aber auch Microbloggingdienste wie twitter oder bleeper zu nennen, die ebenfalls stark durch die Interaktion der Nutzerinnen und Nutzer geprägt sind.

Social Media bieten für Bürgerbeteiligungsprozesse ein hohes Potenzial; bisher werden sie durch die Anbieter von Beteiligungsverfahren in erster Linie als ein zusätzlicher Kanal der Metakommunikation zum Verfahren und in einigen Fällen zur Mobilisierung eingesetzt. So kann eine facebook-Seite ein informelles Beteiligungsverfahren bekannt machen, und eine Kommune kann über die eigene facebook-Seite oder einen eigenen twitter-Account alle mit diesen eigenen Angeboten vernetzten Nutzerinnen und Nutzer auf einen aktuellen Beteiligungsprozess aufmerksam machen. Durch die Vernetzungsstruktur der Nutzerinnen und Nutzer der jeweiligen Community wird so in einem viralen Prozess ein erhebliches Mobilisierungspotenzial entfaltet.

Mit Blick auf die in Kapitel 4.1 beschriebenen Erfolgskriterien für Beteiligungsprozesse ist davon auszugehen, dass die verschiedenen Ausprägungen von Social Media Einfluss auf die Kriterien Reichweite und Demokratieförderung ausüben können. So gibt es zahlreiche Beispiele für durch Social Media getragene Kampagnen,²⁴ die ohne diese Kanäle keine vergleichbare Reichweite hätten erzielen können. Die im folgenden Kapitel näher beschriebenen Informationssammlungen werden vielfach allein durch Social Media initiiert und auf entsprechenden Plattformen umgesetzt. Die Niedrigschwelligkeit von derartigen einfach zu bedienenden Social Media Angeboten kann den Beteiligungseffekt verstärken²⁵ und somit auch Einfluss auf die Rangfolge der Erfolgskriterien nehmen. Informationssammlungen im Internet wird zugleich ein starker demokratiefördernder Effekt bescheinigt, da sie zu mehr Transparenz beitragen und somit die Voraussetzung für politische Partizipation schaffen.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind als Erfolgsfaktoren von Beteiligungsprozessen unter Berücksichtigung des Einflusses von Social Media zu betrachten. Denn Social Media bieten nicht nur einen schnellen und einfachen Kanal zur Mobilisierung der Teilnehmenden, sondern gleichzeitig auch einen Rückkanal, um (Zwischen-)Ergebnisse über die eigentliche Beteiligungsplattform hinaus schnell zu verbreiten. Hier sind in erster Linie Microblogging-Services, aber auch soziale Netzwerke zu nennen. Mit der Verbreitung des Verlaufs einer Abstimmung über diese Kanäle können gegebenenfalls weitere Teilnehmende mobilisiert und das Ergebnis kann beeinflusst werden. Durch die verschiedenen Ausprägungen von Social Media können Themen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, die für die Bürgerinnen und Bürger – oder für Teile von ihnen – eine hohe Dringlichkeit haben. Die Dringlichkeit des Themas wurde – wie zuvor ausgeführt – als eine von drei Bedingungen erfolgreicher Beteiligung, die in allen untersuchten Verfahren in hohem Maß gegeben waren, identifiziert. Durch Social Media kann somit der Prozess der Themensetzung 'von unten nach oben' stark beeinflusst und zugleich erheblich beschleunigt werden. Die ebenso als relevante Bedingung festgestellte Bereitstellung ausreichender Ressourcen wird gleichermaßen durch den Einsatz von Social Media beeinflusst. Die Entwicklung und Umsetzung einer kompletten Social-

²⁴ <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1228914/Internet-Nutzer-retten-Berliner-Blumenladen.html>

²⁵ Vgl.: Härtel, Embacher 2011, S. 17

Media-Strategie kann einerseits erhebliche Kosten verursachen. Social Media können andererseits in bestimmten Fällen auch zu einer effizienteren Ressourcennutzung beitragen und damit den Erfolg des Beteiligungsverfahrens steigern.

Social Media bieten über den bisherigen Einsatz hinaus erhebliches weiteres Potenzial, um Bürgerbeteiligungsprozesse zum Erfolg zu führen. Mit Blick auf die barrierefreie Zugänglichkeit zeigt sich aber vielfach, dass Social Media Angebote hier noch erheblichen Nachbesserungsbedarf haben.²⁶ Zugleich ist auch zu berücksichtigen, dass insbesondere für formelle Beteiligungsverfahren staatlicher Anbieter enge Spielregeln des Datenschutzes gelten, die nicht in allen Fällen durch die Anbieter von Social Media in gleicher Weise eingehalten werden. Dennoch kann es lohnenswert sein entsprechende Strategien für die barrierefreie und datenschutzkonforme Nutzung von Social Media im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren zu entwickeln.

²⁶ Im Rahmen des „Tests des Monats“ wurden von BIK die sozialen Netzwerke Facebook und Xing getestet und deren Mängel an Barrierefreiheit aufgezeigt (<http://www.bitvtest.de/infothek/artikel/lesen/facebook-test.html>, <http://www.bitvtest.de/infothek/artikel/lesen/tm-xing.html>). Auch die Entwicklung von Alternativangeboten zur Nutzung verbreiteter Anwendungen, wie twitter (<http://qtwitter-client.net/>; <http://www.easychirp.com/>) und YouTube (<http://tube.majestyc.net/>; <http://icant.co.uk/easy-youtube/>) macht deutlich, dass hier kreativ Lösungen gesucht werden müssen, um an den Inhalten partizipieren zu können.

5 Ziele und Gestaltungsmöglichkeiten der wichtigsten Beteiligungsverfahren

5.1 Informationsbereitstellungen

Der Zugang zu Informationen über Planungen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung ist Voraussetzung für jede Art von politischer Partizipation und selbst ein Mechanismus zur demokratischen Kontrolle. Alleine die Möglichkeit, dass Medien oder Nicht-Regierungsorganisationen veröffentlichte Pläne oder Entscheidungen näher anschauen, auf ihre Vereinbarkeit mit gesetzlichen Bestimmungen oder Wahlversprechen vergleichen und bei Unstimmigkeiten die Öffentlichkeit informieren, hat einen starken demokratiefördernden Effekt.²⁷ Diese Informationsbereitstellung kann durch die Verwaltung und/oder durch Nicht-Regierungsorganisationen erfolgen.

Die Informationspolitik der Verwaltung war in Deutschland lange durch das Prinzip des Amtsgeheimnisses geprägt. Der Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger war die Ausnahme. Nur die von einem Verwaltungsakt Betroffenen hatten einen rechtlichen Anspruch auf Akteneinsicht. Erst seit der Jahrtausendwende findet schrittweise ein Wandel der Grundeinstellungen statt. So genannte Informationsfreiheitsgesetze (IFG) geben jedem Bürger und jeder Bürgerin einen Anspruch auf Zugang zu allen amtlichen Informationen, sofern dem nicht konkrete andere Rechte, wie der Schutz persönlicher Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder Belange der öffentlichen Sicherheit entgegenstehen. Entsprechende gesetzliche Regelungen gibt es für die Bundesbehörden im Informationsfreiheitsgesetz des Bundes von 2006 und in 12 von 16 Bundesländern in entsprechenden Landesgesetzen für die jeweilige Landes- und Kommunalverwaltung.²⁸ In Bayern, wo es kein Landesgesetz gibt, haben sich mehrere Kommunen Informationsfreiheits-Satzungen gegeben.²⁹

²⁷ Vgl. die Begründung zum Informationsfreiheitsgesetz des Bundes Deutscher Bundestag – 15. Wahlperiode – 7 – Drucksache 15/4493 http://unsere.de/informationsfreiheitsgesetz_begrueundung.htm sowie die Open Government Erklärung der internationalen Open Government Partnership und die Digitale Agenda der Europäischen Kommission

²⁸ Vgl. die Übersicht bei <http://www.transparency.de/informationsfreiheit.85.0.html> sowie www.bfdi.de und www.informationsfreiheit.org

²⁹ <http://www.informationsfreiheit.org/informationsfreiheitssatzung.html>

Zielsetzung	Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns ermöglichen durch Eröffnung des Zugangs zu und/oder aktive Veröffentlichung von amtl. Informationen und Daten durch die Verwaltung	Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns ermöglichen durch Eröffnung des Zugangs zu und/oder aktive Veröffentlichung von amtl. Informationen und Daten durch Dritte
Aktion	Informationen der öffentlichen Verwaltung anfragen bzw. suchen und abrufen	Informationen suchen und abrufen Informationen sammeln bzw. melden und strukturieren veröffentlichte Informationen verifizieren
Erfolgskriterien	Akzeptanz Reichweite Effizienz	Akzeptanz Reichweite Effizienz
Erfolgsfaktoren	Angemessene Formate: hier zentraler Zugang und gute Erschließung Mobilisierung: Bekanntmachung	Professionalisierung Ausreichende Ressourcen, Angemessene Formate (weitgehende Vollständigkeit, gute Aufbereitung) Mobilisierung: Bekanntmachung
Beispiele	Allgemein: IFG Register Bremen, Open Data Portal Berlin Konkrete Themen: Inklusionslandkarte, EU Transparenzregister (Lobbyisten) (http://europa.eu/transparency-register/about-register/transparency-register/index_de.htm)	Allgemein: Frag den Staat Konkrete Themen: www.bund.offener-haushalt.de

Tab. 5.1: Informationsbereitstellungen

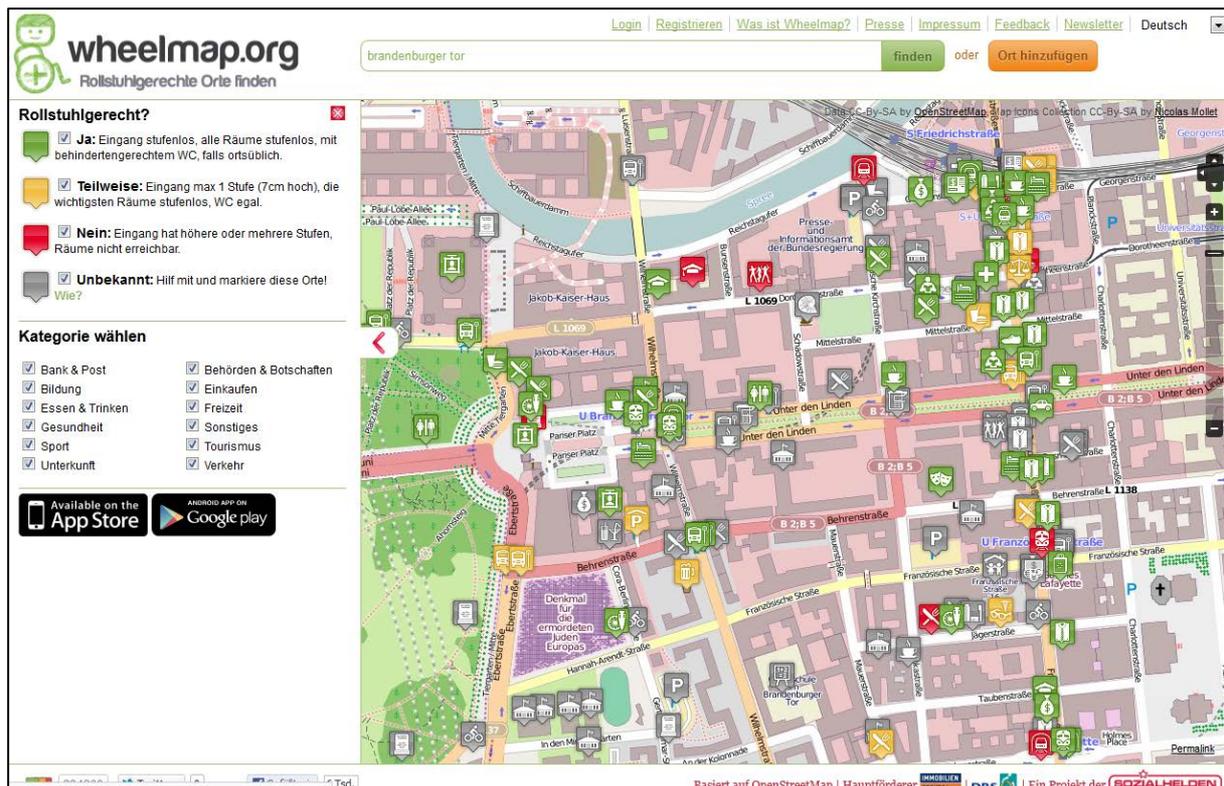
Die meisten Gesetze gehen zurzeit noch von einer Antragstellung auf Zugang zu Informationen bei der Behörde aus, die über die begehrten Informationen verfügt. Das Bundesland Bremen hat in seinem Informationsfreiheitsgesetz aus dem Jahr 2006 demgegenüber eine pro-aktive Veröffentlichungspflicht für eine ganze Reihe amtlicher Informationen vorgeschrieben. Diese müssen von den einzelnen Behörden zudem an ein zentrales Informationsregister gemeldet werden, das über das Stadtinformationssystem www.bremen.de zugänglich ist. Dort kann der gesamte Bestand von zurzeit 4.000 Dokumenten nach Schlagwörtern und anderen Kriterien durchsucht und das entsprechende Dokument heruntergeladen werden.

The screenshot displays the 'STADT BREMEN' online portal. The top navigation bar includes 'STADTPLAN', 'LOGIN', a search box, and 'SPRACHE'. Below this, a menu lists categories: 'LEBEN IN BREMEN', 'BÜRGERSERVICE', 'TOURISMUS', 'WIRTSCHAFT', and 'MARKTPLATZ'. Under 'BÜRGERSERVICE', sub-categories like 'Ämter A bis Z', 'Leistungen und Formulare', 'Gesetze', 'Amtliche Informationen', 'Neubürger', and 'Bürgerdialog' are visible. The main content area is titled 'DOKUMENTENSUCHE' (Document Search) and includes a search form with fields for 'Stichwort' (keyword), 'Themen' (topics), 'Verantwortliche Stelle' (responsible authority), and 'Geltungsbereich' (jurisdiction). The 'Geltungsbereich' section has radio buttons for 'Stadt Bremen', 'Stadt Bremerhaven', and 'Land Bremen'. Below the search form, there are checkboxes for 'Aktenpläne' and 'Aktuelle Meldungen und Pressemitteilungen'. On the right side, there are links to 'Landesportal', 'Bremen-Mail', 'ePetition', and 'Gesetzesportal'. A video player is embedded with the title 'Deutschland sicher im Netz: Der neue Personalausweis'.

In jüngster Zeit stellen unter dem Begriff Open Government Data Stadtstaaten und Großstädte nicht nur Dokumente, sondern auch Rohdaten für Dritte zur Weiterverarbeitung zur Verfügung. Einen Überblick gibt www.opendata.org. Zu nennen sind insbesondere Berlin, Bremen und München.

Wo die Verwaltungen selbst nicht solche zentralen Zugangspunkte und Aufbereitungen zur Verfügung stellen, tun dies häufig Nicht-Regierungsorganisationen. Auf Bundesebene ist insbesondere das erst 2011 eröffnete Portal "Frag den Staat" zu nennen, das Anfragen und Antworten nach den geltenden Informationsfreiheitsgesetzen zusammenfasst. Einen wichtigen inhaltlichen Schwerpunkt der Auswertung amtlicher Informationen bilden Haushalts- und Kassendaten. In Deutschland werden zurzeit vor allem die Verteilungen der Haushaltsansätze aufbereitet. In Großbritannien müssen auf nationaler Ebene auch alle Ausgaben von mehr als 10.000 GBP zeitnah auf <http://data.gov.uk/openspending> veröffentlicht werden.

Nicht-Regierungsorganisationen stellen nicht nur amtliche Informationen bereit, sondern initiieren auch kollektive Informationssammlungen zu bestimmten Themen durch Betroffene und Interessierte, ein Vorgang, der als Crowdsourcing bezeichnet wird. Ein gutes Beispiel für eine solche Informationssammlung und -bereitstellung „von unten“ ist wheelmap.org. Auf diesen Seiten kann die Barrierefreiheit von Gebäuden und Wegen für Rollstuhlfahrer von diesen selbst eingegeben und bundesweit abgefragt werden. Nicht garantiert werden kann bei diesem Vorgehen die Qualität der Informationen, da die Eingaben ungeprüft veröffentlicht werden. Dadurch sollen möglichst viele Menschen motiviert werden, Daten einzutragen. Wenn aber ein Rollstuhlfahrer mit einem schmalen Rollstuhl ein bestimmtes Gebäude als gut zugänglich beschreibt, und ein anderer mit seinem breiteren Rollstuhl nicht hineinkommt, wird er sich ärgern und nach der Crowdsourcing-Theorie die Angaben im Netz korrigieren. So soll die Qualität längerfristig kollektiv verbessert werden. Bis dahin müssen Abstriche gegenüber amtlichen Informationen in Kauf genommen werden. Wo möglich, sollte eine zweite Quelle zu Rate gezogen werden, im Falle der Barrierefreiheit etwa lokale Stadtpläne für Barrierefreiheit, wie es sie z. B. in Bremen oder Berlin gibt. Auf der Seite der Organisatoren solcher Informationssammlungen können ausreichende Ressourcen sowohl für den technischen Betrieb als auch für eine redaktionelle Qualitätskontrolle dafür sorgen, die Akzeptanz und den Erfolg dieser Angebote bei den Nutzerinnen und Nutzern maßgeblich zu erhöhen.



5.2 Informelle Konsultationen

Bei Konsultationen stellen Politik und Verwaltung nicht nur Informationen bereit, sondern fordern zu Beteiligung in Form von Kommentaren, Stellungnahmen oder Bewertungen auf. Im Gegensatz zu den gesetzlich vorgeschriebenen und geregelten Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung (formelle Konsultationen) werden bei den informellen Konsultationen zwei Ziele mit jeweils unterschiedlichem Gewicht verfolgt, die auch zeitlich aufeinander folgen können:

a) Gewinnung von Ideen und Anregungen zur Bewältigung eines Problems im frühen Planungsstadium „lösungsrelevante Informationen“: Konsultationen werden durchgeführt, um das Erfahrungswissen der Betroffenen in Planungen einzubeziehen. Das Themenspektrum reicht von Leitbildern für ganze Politikfelder wie „Nachhaltigkeitsstrategie“ oder „Netzpolitik“ über Einschätzungen zu unterschiedlichen Energietechnologien bis hin zu möglichen Maßnahmen vor Ort, etwa zur Verkehrsberuhigung oder konkreten Bauvorhaben. Nicht nur die Themen, sondern auch die Verwendung der Ideen sind unterschiedlich konkret. Auf der Bundesebene sind sie oft allgemeiner als auf der kommunalen Ebene. Als technische Kommunikationsmittel im Internet dominieren Foren, in denen man seine Ideen für alle sichtbar eintragen und die Vorschläge anderer lesen kann. Teilweise können die Vorschläge anderer auch mit Stellungnahmen kommentiert oder bewertet werden (einfache Zustimmung/Ablehnung oder mit null bis drei oder fünf Sternen). Ergänzend zu Foren werden teilweise auch Online-Fragebögen eingesetzt. Wenn die Veranstalter daran interessiert sind, möglichst alle relevanten Perspektiven und Interessen kennenzulernen, dann werden ergänzend zu online durchgeführten Konsultationen vielfach auch öffentliche Foren veranstaltet oder Fokusgruppen gebildet. Das wichtigste Erfolgskriterium bei der Ideengewinnung ist nicht die Anzahl der Teilnehmenden, sondern dass möglichst alle Perspektiven

erfasst worden sind. Dazu muss eine entsprechende Mobilisierung erfolgen, die sich auch gezielt bemüht, schwer erreichbare Gruppen, etwa über die Einbeziehung von Mittlern zur Beteiligung zu motivieren. Hier können im Falle von Menschen mit Behinderungen deren Interessenvertretungen, Selbstorganisationen und Verbände eine wichtige Rolle spielen. Bei breiten Themen und hoher Beteiligung werden Online-Foren schnell unübersichtlich. Daher hat sich eine professionelle Moderation, die Beiträge ordnet, Zwischenresumées formuliert und auch Fragen der Teilnehmenden zum Verfahren beantwortet, in der oben zitierten Studie als wichtiger Erfolgsfaktor erwiesen.

b) Gewinnung eines Meinungsbilds zu bestimmten Alternativen oder Abschätzung der Akzeptanz für eine geplante Maßnahme: In einer zweiten Phase oder auch ohne den Vorlauf einer Ideensammlung werden Konsultationen zu konkreten Maßnahmen oder Planungen durchgeführt. Dazu müssen diese kurz und knapp und verständlich dargestellt werden. Als Kommunikationsform kommen auch Kommentarfunktionen zu den zur Diskussion gestellten Vorschlägen in Frage. Ergänzend werden jedoch meistens Fragebögen eingesetzt und letztlich Abstimmungen durchgeführt. Diese können in zwei simplen Ja-Nein- oder Dafür-Dagegen-Buttons zum Anklicken bestehen. Oder es werden mehrere Alternativen mit oder ohne Kommentarmöglichkeit über die Zustimmung zu unterschiedlichen Pro- und Contra-Statements bis hin zur freien Formulierung von solchen Statements mit anschließender Pro- und Contra-Bewertung nach verschiedenen Gesichtspunkten bewertet.

Generell äußern sich mit eigenen Worten nur etwa 10 % der Personen, die einen Text lesen³⁰. Viele von ihnen würden aber auf einen Button klicken. Daher werden beide Formen der Rückäußerungsmöglichkeit empfohlen, um den unterschiedlichen Präferenzen verschiedener Adressaten entgegenzukommen: eine Schnell-Abstimmung (Quick Polling) und eine Möglichkeit zu erläuternden Stellungnahmen³¹.

Eine Hürde ist – nicht nur für Menschen mit Behinderungen – eine Registrierung. Sie erfolgt zum einen zur inhaltlichen Kontrolle, damit bei Abstimmungen nicht eine Person mehrere Stimmen abgeben kann und/oder weil befürchtet wird, dass sich anonyme Teilnehmer eher unsachlich oder gar beleidigend äußern. Die Skala der Maßnahmen reicht vom frei erfundenen Benutzernamen und Passwort über die Angabe einer E-Mailadresse mit Rücksendung eines Aktivierungslinks bis hin zur Identifizierung durch das Fax des Personalausweises oder die Übersendung einer PIN mit der Post. In dieser Reihenfolge steigt der Aufwand auf der Seite der Veranstalter und die Höhe der Barriere für potenzielle Teilnehmende. Bei Konsultationen zur Gewinnung von Anregungen und Ideen sollte nur dann eine einfache Registrierung vorgenommen werden, wenn man den Diskutanten die Möglichkeit geben will, eine Stellungnahme zu einem späteren Zeitpunkt zu korrigieren. Bei Abstimmungen kommt es auf die angestrebte Verbindlichkeit des Ergebnisses ab. Je stärker sich die Veranstalter an das Ergebnis binden, umso strenger muss kontrolliert werden, wer abgestimmt hat. Beim Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin im Frühjahr 2012 wurde mit dem Ziel einer möglichst einfachen Bedienung auf eine Registrierung verzichtet. Als daraufhin einzelne Vorschläge, wie die Legalisierung des Drogenkonsums, ungewöhnlich hohe Zustimmungsraten erreichten und das gesamte Abstimmungsergebnis von Medien in Frage gestellt wurde, wurden für die verbleibende Abstimmungszeit Captchas eingesetzt, die nicht barrierefrei sind.³² Bei Abstimmungen zu räumlich begrenzten Maßnahmen legen auch die jeweiligen Betroffenen Wert darauf, dass nur sie abstimmen dürfen und nehmen eine Registrierung dafür in Kauf.

Spiegel Online hat im September 2011 Beteiligungsangebote verschiedener Bundesministerien kritisiert, weil für die Plattformen Millionen von Euro ausgegeben würden, kaum jemand bei diesen kostspieligen Angeboten mitmache und eine politische Diskussion auch gar nicht erwünscht sei. So seien in dem Dialog Nachhaltigkeit im Forum zum Thema Wasser zum Beispiel nach sieben Wochen

³⁰ Vgl. Osimo 2008

³¹ Vgl. Albrecht u. a. 2008

³² Vgl. SpiegelOnline vom 02. Februar 2012: Merkels Internetdialog lässt sich manipulieren

Diskussion 17 Stellungnahmen und 53 Kommentare eingegangen.³³ Bei vielen Online-Foren bleibt die Beteiligung tatsächlich weit hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Pratchett et al. kommen in ihrer Analyse von 20 Online Konsultationen zu dem Ergebnis, dass die von den Veranstaltern erhofften Effekte solcher Angebote, insbesondere die Überwindung von Politikverdrossenheit und die Wiedergewinnung von Vertrauen in Politik und politische Institutionen nicht nachgewiesen werden können. Zwar sind die Personen, die sich beteiligen, überwiegend zufrieden und geben an, etwas gelernt zu haben. Aber kaum ein Forum strahlt über diesen Kreis der sich Beteiligenden hinaus aus. Wie klein oder groß dieser Kreis ist hängt vor allem von der Bedeutung des Themas der Konsultation ab („salient issue“) und an zweiter Stelle von einer guten Moderation.³⁴

Zielsetzung	Anregungen, neue Ideen zur Lösung eines Problems gewinnen	Meinungsbild zu vorgegebenen Alternativen erhalten, Prioritäten erkunden Akzeptanz für geplante Maßnahmen abschätzen
Aktion	Eigene Vorschläge/Ideen einreichen Planungen, Vorschläge/Ideen anderer kommentieren und bewerten	Vorgelegte Vorschläge/Planungen diskutieren und bewerten Über ausgewählte Planungen/Vorschläge abstimmen
Erfolgskriterien	Lösungsrelevante Informationen: Inhaltliche Relevanz der Vorschläge Inklusivität: Decken die eingereichten Beiträge alle Perspektiven / Interessengruppen zum jeweiligen Thema ?	Akzeptanz: Sind die Teilnehmenden mit dem Ergebnis zufrieden Reichweite: Anzahl der Teilnehmenden Inklusivität: Repräsentativität der Teilnehmenden für die Zielgruppe Effizienz: Verhältnis Aufwand und Ertrag für die Verwaltung
Erfolgsfaktoren	Professionalisierung der Moderation Mobilisierung, um alle relevanten Gruppen zur Teilnahme zu motivieren Angemessene Formate und Kommunikationskanäle	Mobilisierung, um die Repräsentativität der Abstimmenden zu erreichen Professionalisierung Transparenz des Abstimmungsverfahrens Angemessene Formate und Kommunikationskanäle
Beispiele	Bundesumweltministerium zur Nachhaltigkeitsstrategie Mitreden-U, Bundesforschungsministerium: Konsultation zu zukünftigen Energietechnologien (http://mitreden.buergerdialog-bmbf.de/energietechnologien-fuer-die-zukunft/thesen) Bundesinnenministerium: E-Konsultation zur Netzpolitik, Dialog Nachhaltigkeit, http://www.nachhaltigkeits-check.de	http://www.e-konsultation.de/netzpolitik/user/register UdL Digital Roundtable, www.alle.de/diskussionen

³³ Sven Becker: Teure Websites. Regierung scheitert am Bürgerdialog. Spiegel Online 02. September 2011 (<http://www.spiegel.de/nachwelt/netzpolitik/0,1518,druck-783532,00.html>)

³⁴ Pratchett et al. 2009, S. 85

	Medienpass NRW, https://medienpass.nrw.de/ Klimawerkstatt Essen: http://www.klimawerkstadt-beteiligung.de/startup	
--	--	--

Tab. 5.2: Informelle Konsultationen

Ein Beispiel für eine Konsultation auf Bundesebene, in der beide Zielsetzungen kombiniert worden sind, ist der Online-Dialog „**Perspektiven deutscher Netzpolitik**“: Das Bundesministerium des Inneren (BMI) initiierte diese Konsultation, um ein Meinungsbild zu den vom BMI erarbeiteten netzpolitischen Leitlinien zu gewinnen. Hierzu wurden auf der Plattform 14 Thesen zur Diskussion und Bewertung gestellt. Teilnehmende konnten den einzelnen Thesen zustimmen, sie ablehnen oder aber neutral bewerten und ihre Position begründen. Zudem konnten konkrete Handlungsempfehlungen als neue Ideen eingebracht werden. Mit der graphischen Aufbereitung der Votierungen konnte das Meinungsbild sofort erfasst werden. Zusätzlich wurden die genannten Pro- und Contra-Argumente sowie eingereichte Ideen auch inhaltlich ausgewertet.

Mitreden übers Internet.
Perspektiven deutscher Netzpolitik

Start | Mitreden | Dokumentation | Lob und Kritik | Medienecho | RSS-Feed | Newsletter

Dialog beendet - die Bewertungen zu den Thesen!
Die 14 Thesen des Bundesinnenministers zur Netzpolitik konnten vom 22.06. bis Freitag 23.07.2010 unterstützt (*Pro*) oder widersprochen (*Contra*) werden. Wenn die Meinung sich keiner Seite eindeutig zuordnen liess, konnten auch dazwischen (*Neutral*) votiert werden. Konkrete Vorschläge zu einer These wurden als Handlungsempfehlung (*Idee!*) formuliert.

Alle Beiträge und Kommentare sind ausgewertet. Können im Auswertungsbericht nachgelesen werden und fließen in die Entwicklung einer netzpolitischen Grundlage ein.

Als PDF zum Download stehen zur Verfügung:
[Auswertungsbericht_Thesen_Konsultation_101021.pdf](#)
[Thesen_Netzpolitik.pdf](#)
[Rede zur Netzpolitik_22_06_10.pdf](#)

14 Thesen zur Netzpolitik

1: **Bewusstsein für gemeinsame Werte schärfen**
Gemeinsame Werte sind das Fundament unseres Zusammenlebens – je stärker sie unser Bewusstsein und Handeln bestimmen, desto weniger brauchen wir staatliche Einflussnahme und Reglementierung. ... [weiterlesen](#)

50% Pro | 26% Contra | 26 Ideen | **Meine Meinung**

2: **Rechtsordnung mit Augenmaß weiterentwickeln**
Bei der Gestaltung und Weiterentwicklung der Ordnung im Netz sind folgende Prinzipien zu beachten: Wir sollten – soweit als möglich – auf das bestehende Recht zurückgreifen und Selbstregulierungskraft... [weiterlesen](#)

32% Pro | 51% Contra | 22 Ideen | **Meine Meinung**

Aktuelles:
02.12.2010 | [weiterlesen](#)
Fazit des Ministers zur Konsultation
Die Einschätzungen von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière zur... [mehr Neues](#)

Anmelden
Hier registrieren und mitreden!
Schon registriert? Hier anmelden!

Ein Beispiel für die Kombination einer Online-Konsultation mit anderen Kommunikationsformen ist die Initiative **Medienpass NRW**: Die nordrhein- westfälische Landesregierung hat gemeinsam mit der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) und der Medienberatung NRW die Initiative Medienpass NRW ins Leben gerufen, um zu klären, wie die Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule und der Jugendarbeit gestärkt werden kann .

Der Online-Dialog war Teil dieser breiter angelegten Initiative. Hier konnten die Teilnehmenden ihre Meinung in einer Umfrage zum Thema Medienkompetenz für Kinder und Jugendliche einbringen, aber auch darüber diskutieren, welche Kenntnisse und Fähigkeiten Kinder und Jugendliche in verschiedenen

MEDIENPASS NRW

Startseite | Ihre Meinung | Infos | Ablauf | Häufige Fragen | Lob & Kritik

Medienpass NRW - Worum geht es?
Auf dieser Plattform geht es um die Frage, über welche Fähigkeiten Kinder und Jugendliche heute verfügen müssen, um selbstbestimmt mit Medien umgehen zu können: Vor welchen Herausforderungen stehen sie heute? Inwieweit können sie sich die Welt der Medien selbst erschließen, inwieweit brauchen sie Unterstützung?
[Mehr lesen](#)

Vielen Dank für die Beteiligung!
Die Initiative „Medienpass NRW“ bedankt sich für die zahlreichen Beiträge zur Diskussion. Die Inhalte wurden ausgewertet. Der Auswertungsbericht als PDF.
Lesen Sie in der Diskussion
Die aktive Online-Phase ist beendet. Aber auch wenn Sie keine Kommentare mehr schreiben können, lohnt sich ein Blick in den Diskussionsverlauf. [Zur Diskussion](#)

1.462 ausgefüllte Umfragen
An dieser Stelle konnte während der aktiven Online-Phase eine Umfrage zum Thema Medienkompetenz ausgefüllt werden.

Benutzeranmeldung
Benutzername: *
Passwort: *
Anmelden
• [Erstmalig Anmelden](#)
• [Neues Passwort anfordern](#)

Bekanntmachen in sozialen Netzen
[@medienspassNRW](#) #mpNRW
[f](#) [t](#) [g+](#) [v](#)

Medienpass NRW Newsletter
Bleiben Sie aktuell informiert!
E-Mail: *

 Abonnieren
 Abbestellen
Speichern

Statistiken

Altersstufen haben sollten. Es konnten zu verschiedenen konkreten Fragestellungen Sichtweisen, Ideen und Vorschläge eingereicht werden. Die Zielgruppe der Jugendlichen wurde über das soziale Netzwerk SchülerVZ mobilisiert und in die Diskussion eingebunden. Dort konnten die Jugendlichen ungehemmt mit Gleichaltrigen diskutieren.

MitredenU war ein Umweltdialog des Bundesumweltministeriums (BMU) zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.³⁵ Bürgerinnen und Bürger konnten zu einem der 20 vorgegebenen Themenfeldern, die weitestgehend die Organisations- und Arbeitseinheiten des BMU abbildeten, Stellungnahmen einreichen, welche Umweltthemen mehr Aufmerksamkeit brauchen und wo besonderer Handlungsbedarf besteht. So konnte gewährleistet werden, dass der Dialog Informationen erzeugte, die den Aufgaben des Ministeriums entsprachen. Such- und Filtermöglichkeiten (z. B. nach Themenfeldern, nach Schlagworten, nach Bewertungen) erleichterten den Einstieg in die Diskussion. Registrierte Teilnehmende wurden zudem eingeladen, ausgewählte Themen in Gesprächsrunden vor Ort mit Experten, Verbandsvertretern und Mitarbeitern des Ministeriums vertiefend zu diskutieren.

The screenshot shows the 'Mitreden-U' website interface. The header includes the logo 'Mitreden-U' and the subtitle 'UMWELTDIALOG ZUR DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE'. Navigation tabs include 'Startseite', 'Nachhaltigkeit', 'Über den Dialog', and 'Beiträge'. A user login box is visible on the right. The main content area displays a list of contributions under the theme 'Verkehr & Transport'. Each contribution includes the author's name, date, title, and a brief description. The most prominent contribution is by Julian, dated 17. Februar 2010, titled 'Tempolimit 130 - bitte!', with 24 comments and 82 supports. Other contributions include 'Stuttgart 21 verhindert Zukunft und fördert Politikverdrossenheit' by Ulrike Braun and 'Fahrradfahren' by Uwe Deppe. A sidebar on the right features a search box, a list of frequent keywords (e.g., 'Klima', 'Nachhaltigkeit'), and a statistics section showing 'Online-Dialog (17.2. - 26.3.2010)'.

³⁵ Mit Dialog Nachhaltigkeit bot die Bundesregierung eine weitere Konsultation zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie an, in deren Zentrum der Entwurf des neuen Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie stand. Zur Diskussion stand hier allgemein das Thema Nachhaltigkeitspolitik.

5.3 Formelle Konsultationen

Eine förmliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen von Gebietskörperschaften (Kommunen, Regierungsbezirken, Ländern) ist in den letzten drei Jahrzehnten in vielen Bereichen gesetzlich verankert worden. Das thematische Spektrum umfasst Umweltverträglichkeitsprüfungen, Planfeststellungsverfahren, die Bauleitplanung, immissionsschutzrechtliche Genehmigungen u. a. m. Zu unterscheiden ist zwischen der Konsultation so genannter Träger öffentlicher Belange, insbesondere anderer Behörden und Nichtregierungsorganisationen, und der als Öffentlichkeitsbeteiligung bezeichneten Bürgerbeteiligung, die noch weiter in die Betroffenenbeteiligung und die Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit untergliedert werden kann.

Stets werden Planungsunterlagen zur Stellungnahme ausgelegt und inzwischen auch häufig online bereitgestellt. Registrierte Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit können dann innerhalb einer vorgegebenen Frist Stellungnahmen schriftlich, mündlich oder inzwischen auch elektronisch abgeben. Vom Verfahren her muss zwischen der **frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung** und den förmlichen **Erörterungs- und Einwendungsverfahren** unterschieden werden. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung läuft ähnlich ab wie informelle Konsultationen, hat aber konkrete Anforderungen an den Kreis der zu Beteiligten und muss dokumentiert werden. Einwendungen können sich auf Folgen für den Naturschutz, Umweltbelastungen, Arbeitsschutz u. a. m. beziehen. Sie müssen einzeln geprüft und beantwortet werden und das gesamte Verfahren muss genau dokumentiert werden. Denn häufig klagen nach abgeschlossener Konsultation diejenigen, deren Einwendungen in der verabschiedeten Planung nicht berücksichtigt worden sind, vor dem Verwaltungsgericht. Die Gerichte befassen sich dabei selten mit einer inhaltlichen Prüfung, ob etwa der Schutz einer bestimmten Tierart eine Veränderung oder Verhinderung einer geplanten Baumaßnahme rechtfertigen kann. Aber sie kontrollieren genau, ob alle Frist- und Formvorschriften eingehalten wurden und ob jede Einwendung geprüft worden ist. Viele Planungsmaßnahmen scheitern aus solchen formalen Gründen.³⁶ Daher ist das wichtigste Erfolgskriterium für ein formelles Konsultationsverfahren Rechtskonformität durch die Einhaltung aller Vorschriften.

³⁶ Hohlen 2012 sowie Erbguth und Kluth 2012

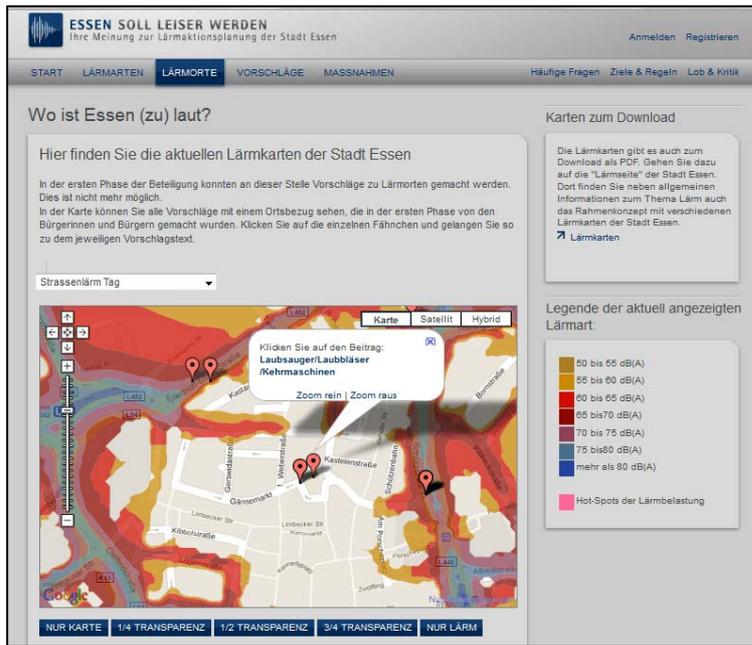
Zielsetzung	Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (Äußerungen zu und Erörterung erster Planentwürfe und Problemstellungen)	Abstimmung öffentlicher Belange mit den Interessen Betroffener Bürgerinnen und Bürger
Aktion	Vorschläge/Ideen/Stellungnahmen einreichen (und lesen) Vorschläge/Ideen diskutieren Planungen, Vorschläge/Ideen bewerten	förmliche Einwendungen zu Planentwürfen erheben
Erfolgskriterien	Rechtskonformität (Dokumentation, Rechenschaftslegung) Interessenrepräsentation	Rechtskonformität (Dokumentation, Rechenschaftslegung)
Erfolgsfaktoren	Professionalisierung (Moderation und rechtskonforme Gestaltung) Angemessene Formate und Kommunikationskanäle ausreichende Ressourcen	Professionalisierung Angemessene Formate und Kommunikationskanäle ausreichende Ressourcen
Beispiele	Lärmaktionsplanung Essen, www.essen-soll-leiser-werden.de Landschaftsrahmenplan Hannover, http://www.entera-online3.de/063_lrp_region_hannover/index_pre.php	Bebauungsplan Hamburg

Tab. 5.3: Formelle Konsultationen

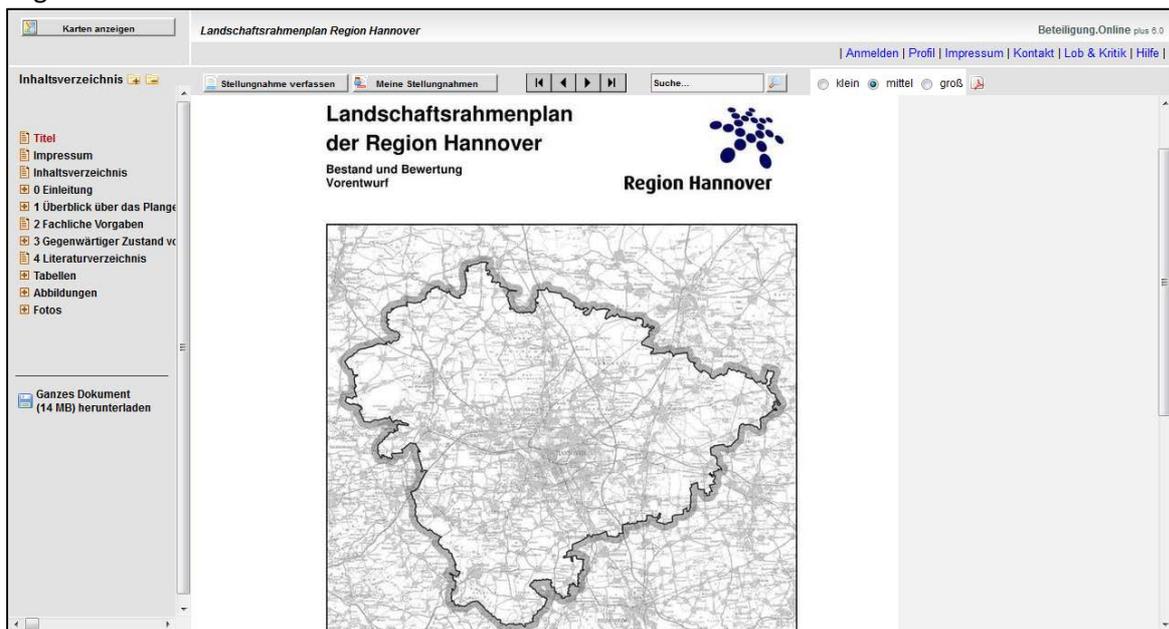
Gerade in diesem Bereich ist der Aspekt der angemessenen Formate ein wichtiger Erfolgsfaktor. Die von Ingenieuren und anderen Fachleuten innerhalb der Verwaltung erstellten Pläne und Zeichnungen sind in der Regel für die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger schwer zu verstehen. Um mehr Verständlichkeit zu erreichen, müssen die Unterlagen speziell für die jeweilige Zielgruppe aufbereitet werden. Das multimediale World Wide Web bietet dazu vielfältige Möglichkeiten, deren Realisierung jedoch stets mit Aufwand verbunden ist. In der Studie von Kubicek, Lipka und Koop sind daher ausreichende Ressourcen der dritte wichtige Erfolgsfaktor. Wenn keine Mittel für eine entsprechende Aufbereitung, Moderation und Unterstützung zur Verfügung stehen oder beschafft werden können, sollte überlegt werden, auf die Online-Konsultation zu verzichten und es bei den herkömmlichen Maßnahmen der Auslegung von Dokumenten und Einladung zu Versammlungen zu belassen.

Bisher gehen nur wenige Gebietskörperschaften bei der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung über die Veröffentlichung von Planungsunterlagen und die Möglichkeit der Stellungnahme per Web-Formular oder E-Mail hinaus.

Ein Beispiel für eine förmliche Konsultation nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ist die Lärmaktionsplanung Essen: Nach §§ 47 a-f BImSchG, müssen u. a. für alle Ballungsräume über 250.000 Einwohner Lärmkarten ausgearbeitet und Lärmaktionspläne mit Lärminderungsmaßnahmen erstellt werden. Dabei muss nach § 47d (3) BImSchG auch die Öffentlichkeit rechtzeitig und effektiv beteiligt werden. Konkrete Vorgaben für die Ausgestaltung der Beteiligung gibt es nicht. Die Stadt Essen hat hierzu eine Online-Beteiligung angeboten. In einer ersten Phase konnten Bürgerinnen und Bürger Hinweise zu Lärmorten einreichen und diese auf einer Lärmkarte verorten sowie Vorschläge zur Reduzierung verschiedener Lärmarten machen. In einer zweiten Phase konnten die von der Verwaltung ausgearbeiteten Maßnahmen zur Lärmreduzierung kommentiert und bewertet werden.



Landschaftsrahmenplan Region Hannover: In der Region Hannover sollte der mittlerweile 18 Jahre alte Landschaftsrahmenplan fortgeschrieben werden. Hierzu entschied die Planungsbehörde, einen digitalen Plan zu erstellen. Zwischen Ende März und Ende Juni 2011 fand die Online-Beteiligung für die Kapitel Bestand und Bewertung des Landschaftsrahmenplanes statt. Auf der Beteiligungsplattform konnten ein Vorentwurf des Planes als Text sowie die Karten ohne Anmeldung eingesehen werden. Für die Abgabe von Stellungnahmen war eine Registrierung bei der zuständigen Behörde erforderlich. Stellungnahmen konnten dann zu dem Text und/oder zu den Karten online abgegeben werden. Ein wesentlicher Vorteil eines digitalen Landschaftsplanes besteht in der laufenden, vergleichsweise unaufwändigen Aktualisierbarkeit der Daten und der Möglichkeit, diese nach Bedarf für eine bestimmte Zielgruppe im Hinblick auf ein konkretes Erkenntnisinteresse aufzubereiten. Aus den digital vorhandenen Daten können dann planungsrelevante Aussagen leicht abgeleitet werden.



5.4 Bürgerhaushalte

Ein spezieller Konsultationsgegenstand hat in den letzten zehn Jahren auf kommunaler Ebene besonders große Aufmerksamkeit gefunden: der Haushalt. Unter der Bezeichnung Bürgerhaushalt werden die Bürgerinnen und Bürger von Kommunen eingeladen,

- für bestimmte Titel des jährlichen Haushalts, etwa in den Bereichen Kultur oder Stadtentwicklung, Vorschläge einzureichen,
- Vorschläge anderer zu kommentieren und/oder zu bewerten,
- über einzelne Titel oder den gesamten Haushalt abzustimmen.³⁷

Pratchett et al. nennen vor allem drei Effekte, die Politiker auf der ganzen Welt mit Bürgerhaushalten erreichen wollen:

- Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern für die komplexen Zusammenhänge bei einem Haushalt einer Gebietskörperschaft,
- Vertrauen in eine korrekte und gerechte Verwendung der Steuereinnahmen und
- Akzeptanz für konkrete Mittelverteilungen schaffen.

Dies gelingt auch häufig. Bürgerhaushalte sind nach der Analyse der britischen Forscher die einzigen Beteiligungsangebote, die positive Effekte über den Kreis der sich unmittelbar Beteiligten hinaus aufweisen. Als Erfolgsfaktoren haben sie eine Auskunfts- und Unterstützungsmöglichkeit für Interessierte, die Präsenz von Verwaltung und Politik im Prozess sowie die Relevanz der zur Konsultation gestellten Bereiche identifiziert.³⁸

Die Abstimmungen über einzelne Haushaltstitel sind rechtlich gesehen unverbindlich. Letztlich verabschieden die kommunalen Parlamente den Haushalt einer Stadt oder Gemeinde. Sie können sich aber im Vorfeld verpflichten, für bestimmte Positionen das Votum einer Abstimmung zu übernehmen. Dies ist den bisherigen Erfahrungen nach jedoch nicht so entscheidend für den Erfolg. Viel wichtiger ist, dass wie bei den förmlichen Einwendungen auf jeden Vorschlag geantwortet und ggf. begründet wird, warum er nicht berücksichtigt werden konnte. Darüber hinaus ist entscheidend, dass der Bewertungs- und Auswertungsprozess insgesamt durch die Verwaltung und die politischen Gremien nachvollziehbar beschrieben wird und dass später auch die Mittelverwendung auf der Ebene der Einzelmaßnahmen transparent gemacht wird.

Für die Frage der Registrierung gelten die zu den informellen Konsultationen gemachten Ausführungen. Eine sinnvolle themenspezifische Ergänzung sind grafische Visualisierungen unterschiedlicher Haushaltsvorschläge und die optische Sichtbarkeit von Änderungen der Mittelverwendung.

Auf Landes- und Bundesebene ist eine Beteiligung an der Haushaltsaufstellung bisher nicht angeboten worden. Auf diesen beiden Ebenen konzentriert sich das Beteiligungsinteresse auf eine detaillierte und zeitnahe Bereitstellung von Kassendaten zur Kontrolle des Ausgabeverhaltens von Ministerien und einzelner Behörden (s. o. Informationsbereitstellung).

³⁷ Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht unter <http://www.buergerhaushalt.org/> eine Landkarte mit allen bekannt gewordenen Bürgerhaushaltsprojekte, aktuellen Berichten und Empfehlungen

³⁸ Pratchett et al. S. 109

Zielsetzung	Vorschläge für bestimmte Mittelverwendungen oder Einsparungen aus Bürgersicht sammeln	Meinungsbild zu bestimmten Mittelverwendungen oder -kürzungen einholen	Prioritäten für bestimmte Mittelverwendungen oder -kürzungen ermitteln	Meinungsbild zur Akzeptanz eines Haushaltsentwurfs gewinnen	Nachweis von Verlässlichkeit / Vertrauenswürdigkeit durch Transparenz des gesamten Planungsprozesses
Aktion	Vorschläge einreichen und lesen	Vorschläge diskutieren	Vorschläge bewerten/priorisieren	Über Haushaltsposten abstimmen	Behandlung der Vorschläge und ggf. ihre Umsetzung verfolgen
Erfolgskriterien	Lösungsrelevante Informationen	Lösungsrelevante Informationen Reichweite Repräsentativität	Akzeptanz Reichweite Repräsentativität	Akzeptanz Reichweite Repräsentativität	Demokratieförderung
Erfolgsfaktoren	Mobilisierung	Professionalisierung (Moderation)	Mobilisierung Verbindlichkeit	Mobilisierung Verbindlichkeit	Transparenz
Beispiele	Essen, Köln, Trier, Freiburg	Essen, Köln, Trier, Freiburg	Essen, Köln, Freiburg	Essen	Essen, Köln, Trier

Tab. 5.4: Bürgerhaushalte

Ein Beispiel für eine themenspezifische Ergänzung der üblichen Komponenten zur Realisierung von Konsultationen ist der Haushaltsrechner im Bürgerhaushalt. Unter dem Motto „**Essen kriegt die Kurve**“ konnten sich Bürgerinnen und Bürger an der Diskussion um die Haushaltskonsolidierung beteiligen. Sie konnten zum einen mit Hilfe eines Haushalts- bzw. Konsolidierungsrechners darüber abstimmen, in welchen Bereichen gespart werden soll. Zum anderen konnten sie eigene Spar- und Einnahmenvorschläge zur Diskussion stellen. Alle eingereichten Vorschläge konnten kommentiert werden, und es konnte darüber mit Pro, Contra bzw. Egal/weiß nicht abgestimmt werden, um zu einer Liste mit Top 50 Vorschlägen zu kommen.

ESSEN kriegt die Kurve
Bürger beteiligen sich am Haushalt

[Ablauf](#) [Häufige Fragen](#) [Frage stellen](#)

START
UMFRAGE
VORSCHLÄGE
INFOS

Einloggen
Erstmalig anmelden

Startseite :: Umfrage

Umfrage

Die Stadt Essen muss auch weiterhin sparen. Ziel ist es, bis zum Jahre 2015 wieder den Haushaltsausgleich zu erreichen. Mit diesem Konsolidierungsrechner haben Sie die Möglichkeit, für den mittelfristigen Zeitraum bis zum Jahre 2015 Ihre ganz persönlichen Schwerpunkte beim Sparen zu setzen. Auf der linken Seite sehen Sie die Schwerpunktsetzung nach den Vorstellungen der Verwaltung. Teilen Sie uns Ihre Vorstellungen mit. Weitere Erläuterungen erfahren Sie unter häufige Fragen.

Wenn Sie Ihren Sparvorschlag an die Stadt Essen senden wollen, dann müssen Sie sich vorher mit Ihrem Nutzernamen und Passwort **einloggen**. Wenn Sie noch keinen Nutzernamen haben, müssen Sie sich zunächst **erstmalig anmelden**.

Hausbereich	Städtisches Sparziel		weniger oder mehr sparen?		mein Sparziel
Politik und Verwaltung:	29877122 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	29877122 €
Finanzen:	56781191 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	56781191 €
Bildung:	5591377 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	5591377 €
Kultur:	13759372 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	13759372 €
Kinder, Familie, Jugend & Soziales:	45620189 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	45620189 €
Umwelt, Planen & Bauen:	15179500 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	15179500 €
Städtische Unternehmen:	58405977 €	-	<input type="range" value="50"/>	+	58405977 €
Sparsumme:	225214728 €				225214728 €
Einnahmen erhöhen?:	0 €	-	<input type="range" value="0"/>	+	0 €

Mein Sparziel: 225214728 €

Grundsteuererhöhung je Einwohner bei
Nichterreichen des Sparzieles: 0 €

Die Umfrage ist seit dem 04.10.2011 geschlossen.

Absenden

Bereits mehrere Male durchgeführt und wissenschaftlich evaluiert wurde die Aufstellung eines **Bürgerhaushalts in Köln**³⁹. Dort konnten Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zu ausgewählten Bereichen des Bürgerhaushalts einbringen sowie diese kommentieren und bewerten. Die Einreichung war möglich über das Internet, schriftlich und über ein Call-Center. Die Anzahl der Unterstützungen und Ablehnungen eines Vorschlags entschied über die Platzierung in einer Liste der Top 100 Vorschläge. Je Haushaltsbereich wurden die Vorschläge, die es in die Top 100-Liste geschafft haben, den zuständigen Fachämtern, Bezirksvertretungen, Fachausschüssen, dem Finanzausschuss zur Prüfung und Beratung sowie dem Rat zur Entscheidung übergeben.

³⁹ https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/discoursemachine.php?id_viewback=13&menucontext=8&page=detail_current_news&id_item=10455

Kölner Bürgerhaushalt 2010
Deine Stadt - Dein Geld

Rechenschaftsbericht | **Vorschläge lesen** | Informationen | Teilnehmende | Meine Seite

Vorschlags-Nr. 1058
Ausgabenvorschlag für Gesamt Köln
von [krepir](#) | 02.12.2009 | 00:02 | Via Internet

Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!
Bildung findet nicht nur im Elternhaus, Kindergärten und Schulen statt - sondern auch in Jugendeinrichtungen!
Die aktuellen Kürzungsvorschläge durch die Kämmererei werden dazu führen, dass viele Jugendeinrichtungen ihre Pforten schließen müssen. Wenn Köln sich weiterhin als Soziale Stadt versteht, darf das nicht geschehen.
Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ohne Leistungsdruck ausprobieren können, ihre Stärken und Neigungen entwickeln können und vor allem auch sinnvolle Freizeit verbringen können.
Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die notwendigste Investition in die Zukunft!

Unterstützer: 937
Ablehnungen: 70
Kommentare: 108

Umsetzung
Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
Umsetzungsstand per 30.04.2011
Der Ansatz für den Gesamtzuschuss aller Jugendeinrichtungen freier Träger wurde in geringfügigem Umfang gekürzt (um 39.800 EUR, das entspricht 0,57 % des Zuschusses 2010). Der Zuschuss für die städtische Betreibergesellschaft JugZ g GmbH wurde gegenüber 2010 um 10% erhöht, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. Der Bestand von Einrichtungen ist damit nicht gefährdet. Die Ziele des Vorschlags wurden demnach erreicht.

Suche: [Einloggen](#) [Erstmalig anmelden!](#)

Vorschlags-Nummer anzeigen:

Online-Phase beendet!!
Die Online-Phase des Bürgerhaushaltes ist beendet! Neue Vorschläge, Kommentare oder Bewertungen sind nicht mehr möglich!
Die Vorschläge aus den Bereichen Umwelt und Schule/Bildung gehen nun in die Verwaltung und dann in die politischen Gremien zur Beratung und Entscheidung. Wir halten Sie auf dem Laufenden: Bestellen Sie den [Newsletter](#) oder schauen Sie unter <http://twitter.com/haushaltkoeln>.
Beratungs- und Entscheidungsergebnisse werden hier Schritt für Schritt auf der Plattform unter den Vorschlägen aus den Bestenlisten veröffentlicht.

Liste der Vorschläge

Mitteilung der Moderation
21.12.2009 | Vielen Dank für Ihre Teilnahme!
Von: [Moderation Märker](#)
Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Online-Phase ist nun beendet. Vielen Dank für Ihre Vorschläge und Ihre Bewertungen. Nun stehen die Bestenlisten fest!

In 2010: 1. Ökokölner Umwelttag
Vorschlags-Nr. 1684
Bereich: Umweltschutz
Von: [Pinkepinke](#)
Kommentare: 13
Prostimmen: 65
ContraStimmen: 15

Rettet das Riphahn-Ensemble - In Köln ist es schon wieder 5

Aktuelle Bestenlisten
[Schule/Bildung](#)
[Umweltschutz](#)

Filtern & sortieren

Sortieren - zuerst diese Vorschläge anzeigen:
 Neueste Vorschläge
 Älteste Vorschläge
 Höchste Ränge
 Meisten Kommentare

Filtern - nur folgende Vorschläge anzeigen:
 Schule/Bildung
 Umweltschutz
 Sonstiges
 Sparvorschlag
 Ausgabenvorschlag

Beratungs- und Entscheidungsergebnisse (Rechenschaftslegung)
Stellungnahme Verwaltung:
Trotz der seit Jahren angespannten Haushaltslage ist es im Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, erhebliche Mittel für die Jugendarbeit zuzusetzen. Im Vergleich zu 2007 wurde der Haushalt für Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte 2009 um 1.336.000 EUR erhöht. Diese Entwicklung macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln der Arbeit in Jugendzentren beimisst. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht beschreibbar, ob die städtischen Mittel weiter in diesem

Bürgerhaushalt Trier: In Trier konnten Bürgerinnen und Bürger Vorschläge einreichen, diskutieren und bewerten. Etwa 50 der bestbewerteten Einnahme- und Sparvorschläge werden von Fraktionen und Verwaltung online kommentiert und vom Rat entschieden. Alle Vorschläge, die dem Rat zur Entscheidung vorliegen, sind auf der Plattform übersichtlich aufgelistet und ihr Status bzw. Umsetzungsstand wird veröffentlicht. Umfangreiche Such- und Filterfunktionen erleichtern dabei das Auffinden von Vorschlägen. Für die einzelnen Vorschläge werden neben dem Umsetzungsstand auch die Verwaltungshinweise und -empfehlungen für den Rat, das Ergebnis der Beratung im Rat sowie Kommentare der Fraktionen veröffentlicht. Dadurch wird die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen gewährleistet.

starten | Jetzt anmelden! | Aktuelle Vorschläge | Broschüre 2012 | fragen und anregen | Vorschläge 2009, 2010

Übersicht der Vorschläge aus 2009 und 2010

Übersicht | sortiert nach Bewertung | gruppiert nach Dezernat

Diese Tabelle zeigt alle Vorschläge aus den Bürgerhaushalten in 2009 und 2010. Die Filter sind so voreingestellt, dass nur Vorschläge aus 2010 angezeigt werden, über die der Rat entscheidet. Sie können die Filter nach ihren Wünschen ändern. Beim nächsten Aufruf dieser Seite erscheinen die zuletzt von Ihnen genutzten Filtereinstellungen.

Klicken Sie auf die Überschriften der Spalten der Tabelle, um zu sortieren. Das Klicken auf zum Beispiel "Stadtteil" sortiert die Vorschläge aufsteigend (von A bis Z) nach dem Namen des Stadtteils und ein zweiter Klick absteigend (von Z bis A).

Die Zahlen hinter den Worten, nach denen Sie filtern können, geben die Gesamtzahl der Vorschläge aus 2009 und 2010 an, die zu dem Wort passen. "wird geprüft (264)" heißt, dass in 2009 und 2010 zusammen 264 Bürgervorschläge vom Rat geprüft wurden oder werden.

Filtern

Jahr: 2010 | Stadtteil: | Thema: | Wirkung: | Prüfung durch den Rat: wird geprüft (264) | Umsetzung: - Alle - | Anwenden

Jahr	Nr.	Titel	Status Umsetzung	Stadtteil	Thema	Wirkung
2010	3759	Streupflicht der Stadt Trier im Winter	vorher bereits umgesetzt	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	Sparidee
2010	3757	Gründung einer Bürgerstiftung in Trier	in Umsetzung	Trier (gesamt)	Zusätzliche Themen	kostenneutral
2010	3754	Keine weitere Versiegelung von Boden	in Planung	Trier (gesamt)	Grünflächen	kostenneutral
2010	3750	Alle Signale auf Rot?	Rat stimmt zu	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	kostenneutral
2010	3749	Individualverkehr vor der Stadt abfangen	Rat prüfen	Trier (gesamt)	Verkehr, Auto, LKW, Krad	Investition mit Spareffekt

Top-Vorschläge 2011

- Schäden und andere Aufgaben Online melden
- Heizkosten sparen in Schulen durch Thermostatventile
- Ehemaliges Franzosenviertel nutzen oder verkaufen
- Buskomfort und Buspreise
- Sonnenenergie nutzen: Dachflächen vermieten
- Energiesparende Straßenbeleuchtung
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- Energieeffizienz - Einsatz neuer Technologien
- Unnötige Verkehrsschilder entfernen
- "Energiesparfische" an Schulen

1 von 7

Freiburger Beteiligungshaushalt: In Freiburg konnten in einem Forum Verbesserungs-, Spar- oder Einnahmenvorschläge zu verschiedenen Themenfeldern geäußert und diskutiert werden. Die Diskussion wurde moderiert, wobei nicht nur Verstöße gegen die Nutzungsbedingungen geahndet wurden, sondern auch konkrete Hinweise auf und Hilfestellungen zu den Inhalten des Haushalts und zum Ablauf der Beteiligung gegeben wurden.

Impressum | Kontakt | Nutzungsbedingungen

Start | Haushaltsthemen | Diskussion | Änderungsanträge | Infothek | Hilfe

Diskussion / Kultur

Kultur

Hier konnten die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Monaten ihre Meinung zum Themenfeld "Kultur" äußern oder Vorschläge (Verbesserungsvorschläge oder Spar- oder Einnahmenvorschläge) einbringen. Bereits vorhandene Themen konnten kommentiert und bewertet werden.

Zu insgesamt 29 Haushaltsthemen aus den verschiedenen Themenbereichen (Bildung, Wirtschaft, Soziales etc.) gibt es umfassende Informationen unter dem Punkt "Haushaltsthemen". Hintergrundinformationen zu aktuellen Haushaltssituation und den Leitlinien des Haushaltsentwurfs der Verwaltung finden Sie in der Infothek unter dem Punkt "Haushalt - Grundlinien des Haushaltsentwurfs".

THEMA	BEWERTUNG	KOMMENTARE	ANSICHTEN	LETZTER KOMMENTAR
Jazzchor Freiburg darf nicht schließen. von mmH vom Freitag, 18 Februar, 2011 - 12:22	155 -96	118	5.197	von Moderation vor 29 Wochen 3 Tagen
Bürger- und Vereinshaus im Freiburger Stadtteil St. Georgen von Edgar vom Dienstag, 1 März, 2011 - 03:36	42 -10	1	733	von Moderation vor 36 Wochen 4 Tagen
Kunst und Kultur muss sein von lume45 vom Dienstag, 15 Februar, 2011 - 23:48	28 -9	13	556	von Moderation vor 35 Wochen 3 Tagen

BEWERTUNG

total + -

Meist bewertet

- Jazzchor Freiburg darf nicht schließen. 251 (-96 / +155)
- Sozialticket im RVF 203 (-78 / +125)
- Ein Skatepark für Freiburg! 188 (-8 / +182)
- Sanierung des THG 176 (-38 / +140)
- Erhöhung der Parkgebühren 91 (-41 / +50)

NEU

Themen

Kommentare

- 25.05.2011 - 14:31 Uhr Einvernehmliche Lösung gefunden Nach der Fertigstellung des ersten Abschnitts der...
- 22.05.2011 - 15:53 Uhr Re: Vorfinanzierung des Stadttunnels Die Vorfinanzierung des

5.5 Anregungen und Beschwerden

Neben den formellen und informellen Konsultationen, mit denen Anregungen und Kritik zu vorgegebenen, mehr oder weniger konkreten Fragen oder Entwürfen eingeholt werden sollen, gibt es Beteiligungsangebote, über die Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung oder Politik Anregungen und Beschwerden mitteilen, die sie bewegen, und auf die eine zeitnahe Antwort versprochen wird. Im Unterschied zu Petitionen gibt es jedoch keinen Rechtsanspruch auf eine Antwort. Das Themenspektrum reicht von der Meldung konkreter Missstände in einem Stadtteil an die Stadtverwaltung bis zu Fragen und Anregungen zur großen Politik an die Bundeskanzlerin.

Dabei können drei Ausbaustufen mit aufeinander aufbauenden Aktionen unterschieden werden:

- Anregungen und Beschwerden werden frei formuliert und an die vermeintlich zuständige Stelle übermittelt. Evtl. können zusätzlich die Eingaben anderer ebenso wie die erhaltenen Antworten von allen gelesen werden.
- Anregungen und Beschwerden von anderen können kommentiert werden, bevor sie beantwortet werden.
- Der Stand der Beantwortung bzw. Umsetzung der Anregungen und Beschwerden wird für alle sichtbar dokumentiert.

Die Dokumentation der Umsetzung von Anregungen kann von den Stellen erfolgen, die dazu eingeladen haben. Ergänzend oder ersatzweise bieten auch Nicht-Regierungsorganisationen Portale an, bei dem solche Anregungen eingegeben werden können, die dann an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden. Diese Mittler dokumentieren dann auch den Bearbeitungsstand. Das bekannteste Beispiel dieser Art ist Fix My Street in Großbritannien als landesweites Portal. In Deutschland kommt dem der Mängelmelder relativ nahe. Auf lokaler Ebene ist es die Stadt Dormagen, die den Mängelmelder exklusiv für die Kommune einsetzt.

Insgesamt kann man drei Teilziele unterscheiden, die einzeln oder auch in Kombination mit einem entsprechenden Online-Portal angestrebt werden:

Zielsetzung	Identifizierung von individuellen/konkreten Problemlagen	Kollektive Meinungsbildung /Agenda Setting ermöglichen	Nachweis von Verlässlichkeit / Vertrauenswürdigkeit
Aktion	Eingabe/Beschwerde/ Petition einreichen (und lesen)	Eingabe/Beschwerde/ Petition diskutieren und bewerten/abstimmen	Bearbeitung der Eingabe/Beschwerde/Petition verfolgen
Erfolgskriterien	Lösungsrelevante Informationen Imagegewinn	Reichweite Interessenrepräsentation	Akzeptanzsteigerung Demokratieförderung
Erfolgsfaktoren	Mobilisierung Transparenz	Moderation und Support Transparenz Sicherstellung der Anschlussfähigkeit	Transparenz Sicherstellung der Anschlussfähigkeit
Beispiele	Maerker Brandenburg, Mängelmelder Dormagen, Behindertenbeauftragter, Frankfurt Gestalten	Frankfurt Gestalten, http://www.direktzurkanzlerin.de/	Maerker, Mängelmelder Dormagen

Tab. 5.5: Anregungen und Beschwerden

Ein Beispiel für einen Mängel-Melder auf kommunaler Ebene ist **Maerker Brandenburg**, ein Online-Angebot, mit dem Bürgerinnen und Bürger aus Brandenburg und Berlin ihrer Kommune mitteilen können, wo es ein Infrastrukturproblem gibt: Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Deponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen. Dieser Online-Dienst wird mittlerweile von mehr als 40 Kommunen angeboten.⁴⁰

Die Meldungen können nach den Kategorien Abfall/Müll, Abwasser/Wasser, Geruchs- und Lärmbelästigung, öffentliches Grün/Spielplatz, Tiere/Ungeziefer, Vandalismus und Verkehrsführung eingegeben und eingesehen werden. Über eine Ampeldarstellung wird der Bearbeitungsstand der Meldungen zusätzlich zu einem kurzen Text visualisiert.

⁴⁰ <http://maerker.brandenburg.de/lis/list.php?page=maerker>

The screenshot shows the 'service.brandenburg.de' website. The header includes the logo of 'LAND BRANDENBURG' and the text 'Das Dienstleistungsportal der Landesverwaltung'. Below the header, there is a navigation bar with 'Funktionen' and 'Maerker Brandenburg für Teltow'. The main content area displays a list of citizen reports (Hinweise) for Teltow. The reports are organized into a table with columns for 'Status', 'Beschreibung', and 'Ort / Datum'. Each report includes a status indicator (a colored circle), a category, a detailed description, and the date and time of reporting.

Status	Beschreibung	Ort / Datum
	<p>Feuerwerksreste / Müll (ID 276629) Kategorie: Abfall/Müll Im Bereich der S-Bahn-Brücke hinter dem Streichelzoo zw. Heinersdorfer Weg und An den Koppeln liegen viele Feuerwerksreste. Da es hier keine Anwohner gibt, müsste wohl die Stadt die Reste beseitigen. Auch liegen abseits der Brücke einzelne Plastikbeutel und Müll.</p> <p>Status: angenommen (rot). Vielen Dank für Ihren Hinweis! Dieser wurde an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet.</p>	<p>Teltow / OT Teltow eingetragen: am 09.01.2012 um 12:30 Uhr</p>
	<p>Holzpoller beschädigt (ID 276628) Kategorie: Verkehrsführung An der Ecke Wiesenstraße / Gartenstraße ist ein Holz-Begrenzungspoller umgeknickt/beschädigt und liegt neben der Fahrbahn.</p> <p>Status: abschließend bearbeitet (grün/gelb). Vielen Dank für Ihren Hinweis! Der Bauhof der Stadt Teltow wurde informiert. Der Poller wird abgeholt und durch einen neuen ersetzt.</p>	<p>Teltow / OT Teltow Wiesenstraße brandenburg viewer eingetragen: am 09.01.2012 um 12:28 Uhr</p>
	<p>wilde Abfallentsorgung (ID 276579) Kategorie: Abfall/Müll Ich habe heute festgestellt, dass auf dem ehemal. Grenzstreifen unmittelbar am gegenüber der Schillerstraße gelegenen Grundstück (Berlin) eine Gitterbox gefüllt mit Gartenabfällen aufgestellt wurde. Nach den abgelegten Abfällen sind die obere Abfälle erst kürzlich dort abgelegt worden. Die Gitterbox ist über die Hälfte gefüllt.</p> <p>Status: abschließend bearbeitet (grün/gelb). Vielen Dank für Ihren Hinweis! Die Gitterbox wird beräumt und im Bauhof gelapert.</p>	<p>Teltow / OT Teltow Schillerstraße brandenburg viewer eingetragen: am 06.01.2012 um 15:56 Uhr</p>

Ein Beispiel für eine themen- und zielgruppenspezifische Beschwerdemöglichkeit auf Bundesebene ist das Internetangebot der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) darf niemand im Arbeitsleben wegen der ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Alter, Geschlecht, der sexuellen Identität oder einer Behinderung diskriminiert werden. Das Online-Portal bietet allgemeine Informationen und den Zugang zu einer telefonischen Beratung oder schriftlichen Anfrage per E-Mail, wenn sich jemand diskriminiert fühlt. Die Experten geben dann Auskunft, ob der Sachverhalt rechtlich relevant ist und sich gegebenenfalls eine Klage lohnt. Wegen der oft sehr persönlichen Situation werden Anfragen und Antworten nicht öffentlich gemacht.

Geschlecht *

weiblich
 männlich
 transsexuell
 intersexuell

Auf welches Merkmal bezog sich die Diskriminierung? *

ethnische Herkunft
 Geschlecht
 Religion
 Weltanschauung
 Behinderung
 Alter
 Sexuelle Identität

In welchem Bereich wurden Sie diskriminiert? *

Arbeit (z.B. Bewerbung, Beförderung, berufliche Tätigkeit u.a.)
 Private Versicherungen (z.B. Haftpflicht, private Krankenversicherung u.a., nicht aber gesetzliche Sozialversicherung)
 Mietverträge über Wohnraum
 Alltag, Freizeit (z.B. Diskothek, Restaurant, Fitnessclub, Kino, Sauna, Reise u.a.)
 Behörden oder Ämter
 Sonstiger Bereich
 ggf. sonstigen Bereich angeben

Wann ist das passiert?

Ich fühle mich diskriminiert weil *

* Pflichtangabe

Geberdenvideos

Inhalt in leichter Sprache

Service

Vernetzen

Demgegenüber zielt das Angebot „direkt zu...“ auf öffentliche Anregungen und Beschwerden, über die abgestimmt wird und von denen nur die mit der höchsten Anzahl an Unterstützenden beantwortet werden, von der Bundeskanzlerin, vom Bundestagspräsidenten und anderen hochrangigen Adressaten.

Home **Ihr Beitrag** Beiträge abstimmen Antworten

Listenansicht

Zufall	Platz	Titel	Aufrufe	Datum	Kommentare
2	1	Deutschland lebt von der Tatkraft der Menschen	196	am 15. Dezember 2011	4

Wulf räumt Fehler ein

Sehr geehrte Bundeskanzlerin,

Bundespräsident Christian Wulf hat sein Schweigen gebrochen: Er gestand am Donnerstag Fehler im Zusammenhang mit der Annahme eines Privatkredits in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident ein. "Ich erkenne an, dass hier ein falscher Eindruck entstehen konnte", erklärte er in einer schriftlichen Stellungnahme. "Ich bedauere das."

Der ehemalige Ministerpräsident war Ihre erste Wahl als Bundespräsident. Sollten Sie ihm nicht zurechnen, von seinem Amt zurückzutreten?

"Die Wahrnehmung öffentlicher Ämter verlangt zu jedem Zeitpunkt ein hohes Maß an Integrität und Verantwortungsbewusstsein", erklärte das Staatsoberhaupt weiter. Dieser Anspruch sei ihm Verpflichtung.

Warum zieht er dann nicht seine Konsequenzen?

"Denn in der Sache hatte und habe ich nichts zu verbergen." Wenn dem so wäre, warum hat er als Ministerpräsident dazu geschwiegen?

Haben Sie als Bundeskanzlerin die Möglichkeit auf das deutsche Staatsoberhaupt einzuwirken?

Politiker sollen nicht nur ihrem Gewissen, sondern auch uns Bürgern verpflichtet sein.

MG

Da Sie nicht angemeldet sind, müssen Sie den Code eingeben, bevor Ihre Stimme zählt.

Z P U

Ich akzeptiere, dass meine IP-Adresse beim Abstimmen als nicht angemeldeter Nutzer gespeichert wird, um Mehrfachabstimmung zu vermeiden.

5.6 (Öffentliche) Petitionen

Petitionen sind ein in der Verfassung verankertes Recht der Bürgerinnen und Bürger, der Regierung und dem Parlament Anliegen vorzutragen und darauf eine Antwort zu erhalten. Dies können Beschwerden oder Anregungen sein. Der Deutsche Bundestag und alle 16 deutschen Landesparlamente haben einen Petitionsausschuss, an den sich jeder wenden kann. Das Petitionsrecht gilt jedoch auch gegenüber den Regierungen auf Bundes- und Landesebene und Mandatsträgern auf lokaler Ebene.

Petitionen können einzeln oder als Sammelpetitionen mit Unterschriftenlisten eingereicht werden. Online sind solche Sammelpetitionen sehr viel einfacher zu realisieren. Aber nur beim Deutschen Bundestag und bei der Bremischen Bürgerschaft wurde bisher die Möglichkeit geschaffen, von anderen eingereichte Petitionen, die keine Einzel- sondern eher gesamtgesellschaftlich oder für größere Gruppen relevante Themen ansprechen, so genannte öffentliche Petitionen, während einer definierten Zeitspanne einzusehen und mitzuzeichnen. Die Möglichkeit bereits eingereichte Petitionen anderer einzusehen, vermeidet Doppelarbeit und die Mitzeichnung vergrößert ohne Zweifel die Aufmerksamkeit, die die Abgeordneten einer Petition schenken.

Wie bei den Bürgerhaushalten und den Anregungen und Beschwerden kommt es für den Erfolg solcher Angebote vor allem auf die Transparenz des Verfahrens und eine angemessene Rückmeldung an. Pratchett et al. haben in der Analyse von Petitionsangeboten aus vielen verschiedenen Ländern festgestellt, dass die Zufriedenheit der Petenten und ihr Vertrauen in die jeweiligen Institutionen nicht in erster Linie vom Ausgang des Verfahrens, sondern von einer angemessenen Reaktion abhängen. Dies kann auch eine verständliche Begründung sein, warum dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Insgesamt können auch hier mehrere abgestufte Ziele für solche Beteiligungsangebote unterschieden werden:

- Parlamente und Behörden wollen die Wahrnehmung des Petitionsrechts durch den zusätzlichen Weg der Online-Einreichung erleichtern,
- die Relevanz eines Anliegens durch Kommentare und/oder Mitzeichnung anderer besser einschätzen und
- Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit durch Rechenschaftslegung nachweisen.

Zielsetzung	Einreichung erleichtern	Mitzeichnung unterstützen	Meinungsbildung ermöglichen	Nachweis von Verlässlichkeit / Vertrauenswürdigkeit
Aktion	Eingabe/Beschwerde/Petition einreichen (und lesen)	Eingabe mitzeichnen	Eingabe/Beschwerde/Petition diskutieren	Bearbeitung der Eingabe/Beschwerde/Petition verfolgen
Erfolgskriterien	Relevanz für Gesetzeskontrolle Demokratieförderung Imagegewinn	Reichweite der Beteiligung Demokratieförderung	Lösungsrelevante Informationen	Demokratieförderung
Erfolgsfaktoren	Mobilisierung Transparenz Dringlichkeit des Themas (Reichweite)	Mobilisierung	Professionalisierung (Moderation) Sicherstellung der Anschlussfähigkeit	Transparenz
Beispiele	Bundestag, Brem. Bürgerschaft, openPetition	Bundestag, Brem. Bürgerschaft, openPetition, Greenaction	Bundestag, Brem. Bürgerschaft, openPetition, Greenaction	Deutscher Bundestag, Brem. Bürgerschaft

Tab. 5.6: (Öffentliche) Petitionen

Deutscher Bundestag

Petitionen

Der Bundestag | Dokumente & Recherche | Presse | Kultur & Geschichte | Besuchen Sie uns | Service

Bitte Suchwort eingeben

Startseite > Der Bundestag > Petitionen

Weiterentwicklungsvorschläge für Vorschläge zur Weiterentwicklung unseres Onlineangebots haben wir ein [separates Forum](#) eröffnet. Bitte beachten Sie die dort hinterlegten speziellen Forenregeln!

Willkommen Gast. Bitte [einloggen](#) oder [registrieren](#). ([Aktivierungs E-Mail](#) übersehen?)

Benutzername Passwort

Einloggen mit Benutzername und Passwort ([Passwort vergessen?](#))

Eine neue Petition einreichen | **Öffentliche Petitionen** | Hilfe und Hinweise | Kontakt

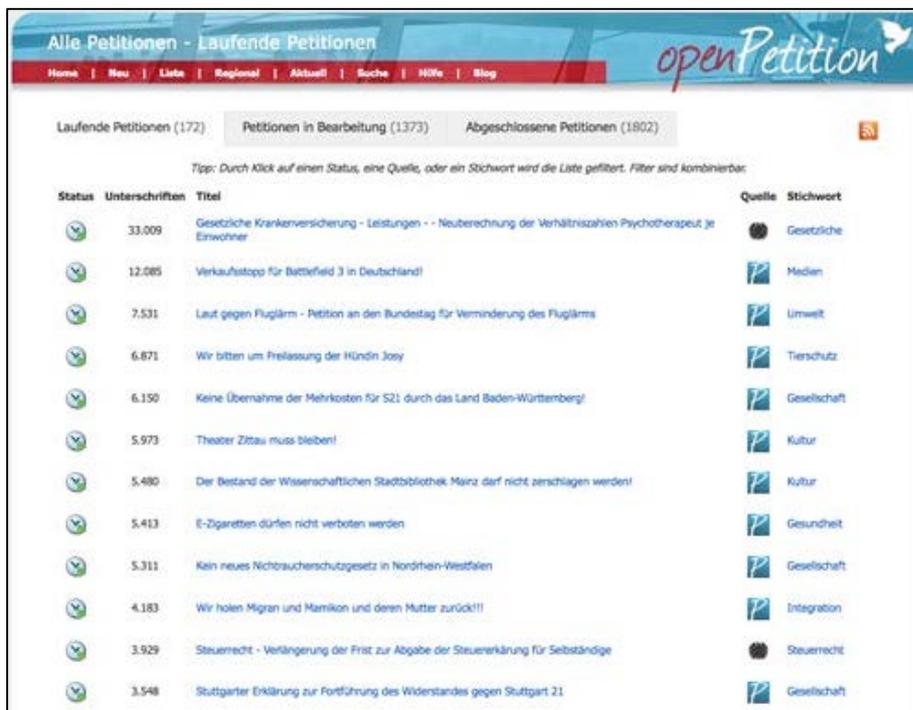
Übersicht über öffentliche Petitionen

Seiten: [1] 2 3 ... 7 >> Einträge pro Seite: 10

Petitionen in der Mitzeichnung (69)		Petitionen in der parlamentarischen Prüfung (898)		Abgeschlossene Petitionen (1330)	
Pet-ID	Titel	Hauptpetent	Ende Mitzeichnungsfrist	Anzahl Mitzeichnungen Neue = ●	Forenbeiträge Neue = ●
17779	→ Marktforschung - Neufestlegung des Warenkorbs (Preisindex) in kürzeren Zeitabständen	Jagodzinski, Günther	30.06.2011	15 Mitzeichner	2 Beiträge → neue Beiträge per RSS
17030	→ Arbeitsgerichtsbarkeit - Regelungen zu Kosten eines Arbeitsgerichtsverfahrens	Duscher, Stefan	30.06.2011	16 Mitzeichner	2 Beiträge → neue Beiträge per RSS
16158	→ Arbeitsrecht - Aufhebung genereller Handyverbote am Arbeitsplatz	König, Frank	29.06.2011	22 Mitzeichner	39 Beiträge → neue Beiträge per RSS

Neben den beiden Parlamenten bieten auch Nicht-Regierungsorganisationen und einzelne Bürgerinnen oder Bürger eine Möglichkeit zur Abfassung und Mitzeichnung von Petitionen und eine

Übersicht über bereits eingereichte Petitionen und deren Beantwortung bei den unterschiedlichsten Adressaten an. So bietet die von einem Einzelnen entwickelte Petitionsplattform openPetition die Möglichkeit, Petitionen zu verfassen und zur Mitzeichnung zu veröffentlichen. Zudem bündelt sie die an den Deutschen Bundestag und die Bremische Bürgerschaft gerichteten Petitionen. Alle auf der Plattform befindlichen Petitionen können über eine Suchfunktion gefunden werden. Zudem wird man bei der Einreichung einer Petition mit Hinweisen auf bereits eingereichte ähnliche Petitionen unterstützt. Zu jeder einzelnen Petition werden die Mitzeichner genannt, und es können zu jeder Petition pro- und contra Argumente angezeigt und auch selbst formuliert werden. Initiatoren einer Petition können nach Ablauf der Mitzeichnungsfrist eine Unterschriftenliste erstellen und diese online oder ausgedruckt an den Adressaten der Petition schicken. Sofern es sich um Petitionen an den Deutschen Bundestag oder die Bremische Bürgerschaft handelt, wird man zur Mitzeichnung auf die jeweiligen offiziellen Webangebote verwiesen. Von diesem Angebot wird intensiv Gebrauch gemacht. Stets sind es 100 bis 200 Petitionen offen zur Mitzeichnung. Anfang Januar 2012 waren über 1.300 Petitionen in Bearbeitung und 1800 abgeschlossen. Manche Petitionen finden zehntausende Unterstützerinnen und Unterstützer.



Alle Petitionen - Laufende Petitionen

Home | Neu | Liste | Regional | Aktuell | Suche | Hilfe | Blog

Laufende Petitionen (172) | Petitionen in Bearbeitung (1373) | Abgeschlossene Petitionen (1802)

Tip: Durch Klick auf einen Status, eine Quelle, oder ein Stichwort wird die Liste gefiltert. Filter sind kombinierbar.

Status	Unterschriften	Titel	Quelle	Stichwort
	33.009	Gesetzliche Krankenversicherung - Leistungen - - Neuberechnung der Verhältniszahlen Psychotherapeut je Einwohner		Gesetzliche
	12.085	Verkaufstopp für Bitterfeld 3 in Deutschland!		Medien
	7.531	Lauf gegen Fluglärm - Petition an den Bundestag für Verminderung des Fluglärms		Umwelt
	6.671	Wir bitten um Freilassung der Hündin Josy		Tierschutz
	6.150	Keine Übernahme der Mehrkosten für S21 durch das Land Baden-Württemberg!		Gesellschaft
	5.973	Theater Zittau muss bleiben!		Kultur
	5.480	Der Bestand der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek Mainz darf nicht zerschlagen werden!		Kultur
	5.413	E-Zigaretten dürfen nicht verboten werden		Gesundheit
	5.311	Kein neues Nichtraucherschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen		Gesellschaft
	4.183	Wir holen Migran und Mamikon und deren Mutter zurück!!!		Integration
	3.929	Steuerrecht - Verlängerung der Frist zur Abgabe der Steuererklärung für Selbständige		Steuerrecht
	3.548	Stuttgarter Erklärung zur Fortführung des Widerstandes gegen Stuttgart 21		Gesellschaft

Petition unterschreiben

Home | Neu | Liste | Regional | Aktuell | Suche | Hilfe | Blog

Übersicht | Debatte | Weitersagen | Abo | Unterzeichner | Statistik

Gesetzliche Krankenversicherung - Leistungen - - Neuberechnung der Verhältniszahlen Psychotherapeut je Einwohner

Von: Jan Kassel

An: Deutschen Bundestag in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit möchte ich Sie zu einer Neuberechnung der nötigen Verhältniszahlen von Psychotherapeut je Einwohner auffordern.

Begründung: Mit Besorgnis nehme ich zur Kenntnis, dass eine Umsetzung des geplanten GKV-Versorgungsstrukturgesetzes zu einer Reduktion der psychotherapeutischen Kassensitze um bis zu 30%, in Deutschland führen kann. Laut Bedarfplanung ist Deutschland insgesamt mit Psychotherapeuten überversorgt. Faktisch ist es jedoch so, dass selbst in Städten mit einer deutlichen rechnerischen Überversorgung noch immer Wartezeiten von mehreren Wochen bis einigen Monaten bestehen. Ein Zustand, der für die Erkrankten als unzumutbar anzusehen ist. Während verschiedene Studien der Gesetzlichen Krankenkassen und der Psychotherapeutenkammer darauf hinweisen, dass die Anzahl von Personen, die psychotherapeutischer Hilfe bedürfen, zunimmt und es aufgrund der Unterversorgung zu einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitsunfähigkeit und Frühberentungen aufgrund von psychischen Erkrankungen kommt, soll nun das bereits jetzt unzureichende Angebot von Psychotherapeuten mit Kassensitz reduziert werden. Die aus den Praxisschließungen vermeintlich entstehenden Einsparungen werden schnell durch die Folgekosten zunichte gemacht werden. Hierzu gehören vermehrte, mit hohen Kosten verbundene stationäre Aufenthalte von Betroffenen in psychiatrischen Kliniken, eine unnötige, die spätere Behandlung verkomplizierende Chronifizierung von Erkrankungen und nicht zuletzt hohe volkswirtschaftliche Kosten als Folge von Arbeitsunfähigkeit und Frühberentung. Die rechnerische Überversorgung mit psychotherapeutischen Leistungen in vielen deutschen Städten geht auf die 1993 eingeführte Bedarfplanung für Ärzte sowie die 1999 recht willkürlich festgelegte Höchstgrenze für Psychotherapeuten zurück, die sich bereits bei ihrer Einführung nicht am

Unterstützer **33.102** Status

Zuletzt unterzeichnet von

Name	Ort	Datum
Anonym	Baden-Württemberg	heute
Anonym		heute
Anonym	Hessen	heute
Anonym	Rheinland-Pfalz	heute
Anonym	Berlin	heute
Anonym	Rheinland-Pfalz	heute
Anonym	Bayern	heute
Anonym	Baden-Württemberg	heute
Anonym		heute
Anonym	Nordrhein-Westfalen	heute

>>> Alle Unterzeichner

Zeichnungsfrist

Letzter Tag!

Petitionsverlauf

>>> Alle Statistiken

Zeit bis zum Erreichen des Quorums (50.000 Unterstützer)

Die 3 Wochen Frist zum Erreichen des Quorums ist abgelaufen.

6 Was ist Barrierefreiheit und wie kann man sie messen und herstellen?

Barrierefreiheit wird verstanden als die Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderungen, um deren gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft sicherzustellen. In Deutschland wurde mit der im Jahr 2002 in Kraft getretenen "Behindertengleichstellungsgesetz" (BGG) erstmals auch die Barrierefreiheit von Informations- und Kommunikationstechnischen Systemen auf Bundesebene gesetzlich geregelt. Zur Anwendung kam dabei ein inkludierendes Verständnis von Barrierefreiheit, das Sonder- oder Teillösungen für einzelne Betroffenengruppen generell ablehnt. Die meisten Bundesländer haben entsprechende Regelungen zur Gleichstellung behinderter Menschen auf Landesebene erlassen.

Gemäß § 4 BGG wird Barrierefreiheit folgendermaßen definiert: „Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen

- in der allgemein üblichen Weise,
- ohne besondere Erschwernis und
- grundsätzlich ohne fremde Hilfe

zugänglich und nutzbar sind.

Während das BGG für die Träger öffentlicher Gewalt des Bundes gilt, sind in den entsprechenden Gesetzen der Länder Regelungen für die Träger öffentlicher Gewalt auf Landes- und teilweise auch auf kommunaler Ebene festgelegt. Für Anbieter aus der Wirtschaft sind die Regelungen des BGG nicht verpflichtend. Hier hat der Gesetzgeber stattdessen das Instrument der Zielvereinbarungen gewählt. Dieses besagt, dass vom zuständigen Ministerium (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) dafür anerkannte Verbände berechtigt sind, Wirtschaftsunternehmen zu Verhandlungen über Zielvereinbarungen aufzufordern. Die betroffenen Unternehmen können sich diesem Verfahren nicht entziehen.

6.1 Barrierefreie Informationstechnik

Für den Bereich Informationstechnik ist in § 11 BGG "Barrierefreie Informationstechnik" die Verpflichtung der Bundesbehörden zur barrierefreien Gestaltung ihrer Internetauftritte und -angebote sowie der von ihnen zur Verfügung gestellten grafischen Programmoberflächen festgeschrieben. Für die Gestaltung zugänglicher Internetangebote setzte sich in Deutschland durch die als Ausführungsverordnung zu § 11 des Behindertengleichstellungsgesetzes in Kraft getretene "Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung" (BITV) vornehmlich der Begriff Barrierefreies Webdesign durch, während international von (Accessibility) der Web-Anwendungen gesprochen wird. Beide Bezeichnungen umfassen das Gleiche: und zwar "die technische Zugänglichkeit der Software, verbunden mit grundlegenden Prinzipien der Software-Ergonomie"⁴¹.

Auf internationaler Ebene sind die Anforderungen an die barrierefreie Seitengestaltung in den von der Web Accessibility Initiative (WAI) entwickelten Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) definiert. Auf Fassung 1.0 dieser Richtlinien basierte die deutsche Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV) in der ersten Fassung aus dem Jahr 2002. Im Dezember 2008 wurde eine vollständig überarbeitete Fassung der WCAG als Version 2.0 verabschiedet. In Deutschland trat im September 2011 die hierauf basierende BITV 2.0 in Kraft.

⁴¹ Bühler, Christian (Hrsg.): Barrierefreies Webdesign. Praxishandbuch für Webgestaltung und grafische Programmoberflächen. Heidelberg: dpunkt-Verlag 2005, S. 6.

Für die Anwendung der beiden Regelwerke durch Entwickler und für die Überprüfung von Webangeboten haben sich verschiedene Anleitungen und Prüfkataloge etabliert, die einerseits die Vorgaben der Verordnung für die Praxis handhabbar formulieren und gleichzeitig Kriterien aufstellen, anhand derer der Grad der erreichten Barrierefreiheit gemessen werden kann.

Die WAI selbst bietet als Orientierungshilfen zu den normativen Richtlinien (Guidelines) zwei Dokumente an, die Anleitungen und Programmierbeispiele enthalten: den Leitfaden zur Implementierung der Richtlinien für barrierefreie Web-Inhalte 2.0⁴² und die Techniken und Fehler für die Richtlinien für barrierefreie Web-Inhalte 2.0⁴³. Diese beiden Dokumente sind nicht normativ und „lebendige“ Dokumente, d. h. sie unterliegen einer ständigen Überarbeitung.

Für Deutschland hat das aus Bundesmitteln geförderte Projekt BIK (barrierefrei informieren und kommunizieren) seit 2004 ein Testverfahren basierend auf der BIT-V 1.0 und folgend zur BIT-V 2.0 entwickelt und zur Anwendung gebracht. Die Testentwicklung erfolgte in enger Abstimmung mit Behindertenverbänden, Webdienstleistern und Experten für Barrierefreiheit. Der BITV-Test basiert auf der ersten Prioritätsstufe der BITV 2.0 und umfasst insgesamt 50 Prüfschritte. Neben den vergleichenden Tests, die durch BIK durchgeführt werden, besteht die Möglichkeit, das ausführlich dokumentierte Testverfahren für die entwicklungsbegleitende Selbstbewertung eigener Webangebote zu nutzen.

Zur Identifizierung von Webangeboten, die den Anforderungen der Barrierefreiheit in besonders hohem Maße entsprechen, wurde im Rahmen des BIENE-Wettbewerbs, der seit dem Jahr 2003 regelmäßig von der Stiftung Digitale Chancen und der Aktion Mensch durchgeführt wird, ein Kriterienkatalog entwickelt. Dieser basiert auf den Vorgaben der BIT-V und berücksichtigt darüber hinaus Aspekte der Usability, wie sie in der DIN EN ISO 9241-110 und -171 festgelegt sind. Der Kriterienkatalog wurde seit 2003 regelmäßig an die aktuellen technischen Webentwicklungen und die Vorgaben der Regelwerke BIT-V und WCAG durch den Fachlichen Beirat des Wettbewerbs angepasst. Er umfasst in der aktuellen Fassung 92 Kriterien, denen 266 Prüfschritte zugeordnet sind und steht öffentlich⁴⁴ zur Verfügung.

Im Rahmen des Projektes Bürgerbeteiligung wurden im Sommer und Herbst 2011 insgesamt 82 Beteiligungsangebote in Form eines Vortests auf ihre Barrierefreiheit untersucht, um zu ermitteln, inwieweit die geltenden Vorschriften zur barrierefreien Gestaltung speziell von Internetangeboten zur Bürgerbeteiligung bereits umgesetzt sind und wie diese Umsetzung unterstützt werden kann. Dieser **Vortest** bestand aus 13 Prüfschritten, die basierend auf der BITV grundlegende Mängel von formularbasierten Anwendungen identifizieren. Nur 25 Angebote haben diesen Vortest bestanden. Sie wurden näher auf ihre Eignung für das jeweilige Beteiligungsziel betrachtet und einem **Haupttest** zur Barrierefreiheit und zu für die Zielgruppen relevanten Aspekten der Usability anhand eines Prüfkatalogs aus 92 Kriterien und 266 Prüfschritten basierend auf BITV und ISO 9241-110 unterzogen. Die Ergebnisse wurden einem Expertengremium von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen zur Kommentierung und Ergänzung vorgelegt.

	Angebote insgesamt	Konsultation	BHH	Petition/Eingaben
Vortest	82	27	30	25
Haupttest	25	9	8	8

Tab. 6.1: Anzahl der auf Barrierefreiheit geprüften Beteiligungsangebote

⁴² In der deutschen Fassung liegt das Dokument auf einem Stand vom 14.10.2010 vor: <http://www.einfach-fuer-alle.de/wcag2.0/uebersetzungen/Understanding-WCAG-2.0/complete.html>

⁴³ Die englische Version wird laufend fortgeschrieben: <http://www.w3.org/TR/UNDERSTANDING-WCAG20/>
In der deutschen Fassung liegt das Dokument auf einem Stand vom 14.10.2010 vor: <http://www.einfach-fuer-alle.de/wcag2.0/uebersetzungen/WCAG20-TECHS/complete.html>

⁴⁴ Die englische Version wird laufend fortgeschrieben: <http://www.w3.org/TR/WCAG20-TECHS/>
<http://www.biene-award.de>

Im Vortest lagen die Ergebnisse der Prüfung zwischen 1,1 und 3,0 Punkten. Der Maximalwert von 3.0 Punkten wurde nur von einem der 82 Angebote erreicht. Die Ergebnisse aus den 25 im Haupttest geprüften Angeboten liegen zwischen Werten von 1,5 und 2,9. Es gibt keinen systematischen Unterschied zwischen den Werten der verschiedenen Beteiligungsverfahren, aber eine große Varianz darin, wie der Durchschnittswert zustande kommt.

Durchschnitt	Angebote insgesamt	Konsultation	BHH	Petition/ Eingaben
Vortest	2,1295	2,0820	2,1478	2,1588
Haupttest	2.3160	2.3378	2.3731	2.2344

Tab. 6.2: Durchschnittswerte im Testverfahren

Viele Projekte weisen einerseits Mängel auf und haben andererseits gleichzeitig eine interessante Lösung für die eine oder andere Anforderung. Auf diesen Beispielen guter Praxis bauen die hier vorgelegten Empfehlungen auf. Sie gehen jedoch über technische Gestaltungshinweise hinaus und behandeln den gesamten Prozess der Planung und Umsetzung eines Beteiligungsverfahrens, um auch deutlich zu machen, wann wer auf die Berücksichtigung der Barrierefreiheit hinwirken und achten sollte. Die diesen Darstellungen zugrunde gelegten Systematisierungen und Empfehlungen wurden im Oktober 2011 in einem Workshop mit Entwicklern von Online-Beteiligungsangeboten erörtert und bei einer Projektkonferenz im November 2011 mit einem größeren Kreis von Anwendern und Betroffenen diskutiert.

Basierend auf den Ergebnissen der Untersuchung von 82 Beteiligungsverfahren und der Erörterung der Ergebnisse mit Anwendern und Entwicklern wurden die im folgenden Kapitel 7.1 vorgestellten Leitlinien formuliert und anhand von Beispielen guter Praxis illustriert. Zielsetzung ist es, dass die Vorgaben der BITV durch konkrete auf den Anwendungsbereich Bürgerbeteiligung fokussierte Leitlinien von Entscheidern und Entwicklern besser verstanden und umgesetzt werden können.

6.2 Barrierefreie Rahmenbedingungen

Für einige Verfahren der Bürgerbeteiligung, wie z. B. formale Verfahren der Bauleitplanungen über Kartenanwendungen, ist eine vollständig barrierefreie Lösung online derzeit nicht zu realisieren. Dies ist aber kein Grund auf ein nur weitgehend barrierefreies Online-Angebot zu verzichten. Auch wenn die Anforderungen der BITV nicht vollständig erfüllt werden, bedeutet das keinen Rechtsverstoß, der das gesamte Verfahren infrage stellt. Zum Ausgleich muss dann beispielsweise im Rahmen von Präsenzveranstaltungen, wie Bürgerversammlungen oder -sprechstunden der Dialog so angeboten werden, dass diejenigen, die das Online-Angebot nicht nutzen wollen oder können, die Gelegenheit bekommen, sich zu beteiligen.

Wie in Kapitel 4 dargelegt, ist gerade diese parallele Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle und Medien einer Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung von Beteiligungsprozessen. Durch den Einsatz einer Kombination verschiedener Medien und Kanäle kann der Anspruch der Barrierefreiheit von Beteiligungsprozessen unterstützt werden, weil nicht immer alle Betroffenen über alle Kanäle (Online, Print, Präsenz etc.) gleichermaßen angesprochen werden müssen.

Dabei ist zu beachten, jeweils mindestens ein Kanal für die unterschiedlichen Gruppen barrierefrei zugänglich sein muss. So kann zum Beispiel in Abhängigkeit vom Beteiligungsgegenstand erwogen werden, ob es sinnvoller ist, eine Bürgerversammlung entweder gezielt in der Gehörlosen-Community anzukündigen und dabei dann Gebärdensprachübersetzung anzubieten oder Gebärdensprach-Filme zu den Grundinformationen auf der Online-Plattform bereit zu stellen, um damit eine gleichberechtigte Diskussionsmöglichkeit zu gewährleisten.

Für spezielle Themen der Beteiligung, die nur eine relativ kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern betreffen, wie bspw. Bauplanungen kann sich der persönliche Kontakt als

ressourceneffizienter erweisen als eine für alle Bürgerinnen und Bürger online bereitgestellte Beteiligungsmöglichkeit. Im direkten Kontakt kann beispielsweise blinden oder sehbeeinträchtigten Menschen die zugrundeliegende Kartografie angemessen erklärt und auf Nachfragen kann besser eingegangen werden; für Gehörlose und Menschen mit Lernschwierigkeiten können ihre jeweiligen Kommunikationsanforderungen individuell bedient werden. Andererseits kann ein online bereit gestellter virtueller Rundgang durch das in Frage stehende Gelände für Menschen, die aufgrund einer motorischen Beeinträchtigung an einer Ortsbegehung nicht teilnehmen können, eine gute Alternative darstellen.

Schon bei der Konzeption von Beteiligungsprozessen kann die Einbeziehung von Multiplikatoren, wie den zuständigen Behindertenbeauftragten, Vertretern aus Verbänden und Selbstvertretungsvereinen usw. eine hilfreiche Einschätzung zur Erreichbarkeit und Ansprache der jeweiligen Zielgruppen liefern, vergleiche hierzu auch Kapitel 7.3.2.6 und 7.3.2.7. Als grundsätzliches Ziel sollte dabei gelten, dass die Beteiligung für alle – also barrierefrei – ermöglicht werden muss.

Empfehlungen zur Sicherstellung der Barrierefreiheit der verschiedenen Kommunikationskanäle sind in Kapitel 7.3 aufbereitet.

7 Realisierung von barrierefreien Beteiligungsverfahren

Die Realisierung von barrierefreien Beteiligungsverfahren, die zugleich die in Kapitel 4 beschriebenen Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung angemessen berücksichtigen, umfasst die online angebotenen Beteiligungsplattformen ebenso wie die darüber hinaus zu nutzenden Kommunikationskanäle und Medien. Im Folgenden werden zunächst die Kernaktionen der verschiedenen Online-Beteiligungsverfahren und die Komponenten zu deren Realisierung vorgestellt. Anschließend werden Leitlinien vorgestellt, die Entscheider und Entwickler bei der barrierefreien Umsetzung der Online-Angebote unterstützen. Abschließend wird auf Aspekte der Barrierefreiheit von Kommunikationselementen der Bürgerbeteiligung zur Ergänzung von Online-Beteiligungsverfahren hingewiesen.

7.1 Kernaktionen der verschiedenen Online-Beteiligungsverfahren und Komponenten zu deren Realisierung

Wie in Kapitel 5 dieses Leitfadens beschrieben, finden bei den verschiedenen Online-Beteiligungsverfahren unterschiedliche Aktionen der beteiligten Personen statt. Im Falle von Konsultationen kann die Aktion z. B. das Einreichen von Ideen und Vorschlägen sein. Derartige Aktionen werden online durch verschiedene so genannte Kernaktionen abgebildet, die – wie in der unten stehenden Tabelle (graue Zeile) dargestellt – vom A. verdeckte Mitteilung: Texte schreiben bis F. Verbleib der Beiträge verfolgen reichen. Zur Realisierung dieser sechs Kernaktionen werden wiederum Komponenten benötigt, wie z. B. Formulare, Such- und Sortierfunktionen oder Visualisierungen. Die folgende Tabelle stellt ähnliche Kernaktionen in den verschiedenen Verfahren gegenüber und macht sie gleichnamig. Kernaktionen sind z. B. das verdeckte oder offene Schreiben einer Mitteilung oder eines Kommentars sowie das Abgeben eines Votums (Abstimmen). Sie werden von den Veranstaltern eines Beteiligungsverfahrens als Funktionalität angeboten und sollen von den sich beteiligenden Personen ausgeführt werden.

formelle/ informelle Konsultationen	Vorschläge/Ideen einreichen	Vorschläge/Ideen einreichen und lesen	Vorschläge/Ideen diskutieren	Planungen, Vorschläge/Ideen bewerten	Über Planungen abstimmen	
Bürgerhaushalte	Vorschläge einreichen	Vorschläge einreichen und lesen	Vorschläge diskutieren	Vorschläge bewerten/priorisieren	Über Vorschläge/Haushaltsposten abstimmen	Entscheidung über die/Umsetzung der Vorschläge verfolgen
Eingaben, Beschwerden, Petitionen	Eingabe/Beschwerde/Petition einreichen	Eingabe/Beschwerde/Petition einreichen und lesen	Eingabe/Beschwerde/Petition diskutieren		Eingabe mitzeichnen	Bearbeitung der Eingabe/Beschwerde/Petition verfolgen
Kernaktion	A. verdeckte Mitteilung: Texte schreiben	B. offene Mitteilung: Texte schreiben und lesen	C. Diskurse: Beiträge und Kommentare lesen und schreiben	D. Bewerten bzw. Prioritäten festlegen	E. Abstimmen	F. Verbleib der Beiträge verfolgen

Tab. 7.1: Kernaktionen verschiedener Online-Beteiligungsverfahren

Die einzelnen Komponenten zur Realisierung der Kernaktionen von Online-Beteiligungsverfahren können als Tools oder Werkzeuge verstanden werden. Wie andere Werkzeuge werden sie danach ausgewählt und eingesetzt, ob mit ihrer Hilfe bestimmte Ziele besser oder leichter erreicht werden können. Die Komponenten können je nach Verfahren Basiskomponenten (= muss) oder Ergänzungskomponenten (= optional) sein. Es gibt daher Komponenten, die bei einigen Verfahren Basiskomponente sind und bei anderen Ergänzungskomponenten. Die Unterscheidung in Basiskomponenten und optionale Komponenten ist abhängig von der Komplexität der Anwendung, die realisiert wird.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Komponenten zur Umsetzung der Kernaktionen und soll Entscheider und Entwickler dabei unterstützen, die für das jeweilige Beteiligungsziel relevanten Komponenten zu identifizieren, um anschließend die passenden Leitlinien für die barrierefreie Realisierung anzuwenden.

Kernaktion	A. verdeckte Mitteilung: Texte schreiben	B. offene Mitteilung: Texte schreiben und lesen	C. Diskurse: Beiträge und Kommentare lesen und schreiben		D. Bewerten bzw. Prioritäten festlegen	E. Abstimmen	F. Verbleib der Beiträge verfolgen
<i>Beschreibung des Systems zur Realisierung der Kernaktion</i>	<i>Geschlossenes System (nur Übermittlung, „Zettelbox“)</i>	<i>Offenes System (Übermittlung und Veröffentlichung, „Pinnwand“)</i>	<i>Hierarchische Struktur (klassische Foren mit Baumstruktur)</i>	<i>Flache Struktur (chronologische Darstellung, Bulletin Boards)</i>	<i>Differenzierte Bewertung (Punktevergabe, Schieberegler)</i>	<i>Pauschale Abstimmung (Ja/Nein, Pro/Contra)</i>	<i>Tracking und Tracing</i>
Komponenten zur Umsetzung	Basiskomponenten 1. Eingabe von Inhalten durch die Nutzer a) Formular b) Alternative Bedienkonzepte 2. Bereitstellung von Inhalten durch den Anbieter a) Texte b) Visualisierungen c) Alternative Erschließungen 5.a) Beschreibung des Vorgangs der Beteiligung	Basiskomponenten 1.-2. 3. Such- und Sortierfunktionen 4. a) Beschreibung d. Vorgangs 5.a) Visualisierung von Nutzungszahlen	Basiskomponenten 1.-2. 3. Such- und Sortierfunktionen 4. a) Beschreibung d. Vorgangs 4. b) Hilfestellungen 4. c) Moderation 4. d) Social Media-Einsatz 5.a) Visualisierung von Nutzungszahlen 5. b) Visualisierung des Verlaufs		B+D C+D oder Basis-komponenten 1.-2. 4. a) Beschreibung des Vorgangs 4. b) Hilfestellungen 4. c) Moderation 4. d) Social Media 5. Visualisierung	B+E oder Basis-komponenten 1.-2. 4. a) Beschreibung des Vorgangs 5. Visualisierung	B+F C+F 5. Visualisierung

Tab. 7.2: Komponenten zur Realisierung der Kernaktionen verschiedener Online-Beteiligungsverfahren

7.1.1 Basiskomponenten

(1) *Eingabe von Inhalten durch die Nutzer*

Unter der Basiskomponente 1 wird die Möglichkeit der Meinungsäußerung durch Eingabe von Inhalten durch die Nutzerinnen und Nutzer und deren technische Umsetzung verstanden.

Die Grundfunktionen der Beteiligung werden technisch über Formulare realisiert. Neben den in der BIT-V auch abgehandelten allgemeinen Anforderungen an Formulare und deren Fehlerhandling werden Umsetzungsanleitungen für Aspekte, die besonders in Beteiligungsverfahren relevant sind, angeboten:

- Formulare allgemein (7.2.1)
- Formulkontrollelemente, die nicht über HTML verfügbar sind (z.B. Slider) (7.2.1)
- Registrierung und CAPTCHAs (7.2.2)
- User Generated Content (Editoren, Hochlademöglichkeiten, Qualifikation der Nutzer) (7.2.3)

Neben der Eingabe der persönlichen Meinung oder Beschwerde in ein Formular, können alternative Bedienkonzepte es den Nutzenden ermöglichen, ihr Anliegen zu veranschaulichen:

- Kartenanwendungen (7.2.12)
- Spielerische Elemente zur Sortierung, z.B. Drag and drop (7.2.4)

(2) *Bereitstellung von Inhalten durch den Anbieter*

Diese Basiskomponente umfasst die Darstellung aller Informationen zum Gegenstand der Beteiligung. Diese werden überwiegend in Textform angeboten. Zur Veranschaulichung des Anliegens aus Sicht des Anbieters können Visualisierungen oder alternative Erschließungswege den Zugang für die Nutzerinnen und Nutzer erleichtern.

- Texte (Ausgangsinformation zum Gegenstand) (7.2.5)
- Visualisierte Inhalte (z. B. von Statistiken, Kartenanwendungen) (7.2.6, 7.2.12)
- Alternative Erschließungswege des Inhalts, wie Rechentools oder Spiele (z. B. Quiz, Multimedia-Elemente) (7.2.4)

7.1.2 Optionale Komponenten

(3) *Such- und Sortierfunktionen*

Umfangreiche Angebote bzw. Partizipationsvorgänge, in denen eine hohe Beteiligung zu erwarten ist, sollten über angemessene Such- und Filterfunktionen verfügen (7.2.7).

(4) *Prozessbegleitende Kommunikation*

Im Rahmen von komplexeren Beteiligungsprozessen kann es sinnvoll sein, Erklärungen und Hilfestellungen zum Vorgang der Beteiligung bereit zu stellen, sowie die Diskussion zu strukturieren und zu moderieren.

- Einführungstexte: Beschreibung des Vorgangs der Beteiligung (7.2.5)
- Hilfestellungen wie FAQ, „Spielregeln“ o. ä. (7.2.8)
- Moderation (7.2.9)
- Social Media-Einsatz (7.2.10)
- Chat (7.2.11)

(5) *Visualisierung des Beteiligungsprozesses*

Visualisierungen erleichtern das spontane Erschließen von komplexen Informationen und Zusammenhängen. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses kann es daher an unterschiedlichen Stellen sinnvoll sein, Visualisierungen einzusetzen. Z.B. zur Darstellung

- von Nutzungszahlen (ggf. von Datentabellen, Diagramme) (7.2.6)
- des Verlaufs (Ampel, Tracking and Tracing) (7.2.6)
- von Abstimmungsergebnissen und Bewertungen (7.2.6)
- ggf. über Kartenanwendungen (7.2.12)

7.2 Leitlinien für die barrierefreie Umsetzung der Komponenten von Online-Beteiligungsverfahren

Aktuelle Grundlage für die Umsetzung barrierefreier Internetanwendungen sind die rechtlichen Anforderungen der Barrierefreien Informationstechnik Verordnung (BIT-V 2.0). Für die konkreten Anwendungstypen, die bei Bürgerbeteiligungsverfahren eingesetzt werden, lassen sich die Anforderungen der BIT-V 2.0 weiter konkretisieren. So wurden für die folgenden Umsetzungsanleitungen insgesamt 82 Bürgerbeteiligungsplattformen auf ihre Barrierefreiheit nach BIT-V 2.0 hin betrachtet und evaluiert. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Formulierung der Umsetzungsanleitungen ein sowie in deren Konkretisierung anhand von Beispielen guter barrierefreier Praxis. Die Beispiele werden anhand von Screenshots dargestellt. Links werden zu Dokumentationszwecken angegeben, waren aber teilweise nur im Beteiligungszeitraum online verfügbar.

Weil in vielen Beteiligungsverfahren personenbezogene Daten anfallen - als Bestandsdaten z. B. Namen und E-Mailadressen und als Nutzungsdaten ggfs. statische IP-Adressen in den Log-Dateien sind bei der Gestaltung eines Online-Angebots auch datenschutzrechtliche Anforderungen einzuhalten. Die BIT-V 2.0 gilt grundsätzlich auch für den Datenschutz. Zur Konkretisierung kann nach unserer Auffassung der Internet Privacy Standard (IPS) herangezogen werden, der speziell für die datenschutzrechtliche Bewertung und Erteilung eines Datenschutzgütesiegels für Online-Angebote entwickelt wurde (Näheres unter <http://www.datenschutz-cert.de/zertifizierungsstelle/Datenschutz-Gütesiegel-ips.html>).

In den folgenden Tabellen erfolgt in der Spalte „Bezug“ der Verweis auf die zugrundeliegenden Quellen, vornehmlich die BIT-V 2.0, aber auch auf ISO-Normen, den IPS-Standard und die in Kapitel 4 beschriebenen Erfolgsfaktoren aus der Studie zur erfolgreichen Bürgerbeteiligung.

7.2.1 Formulare allgemein

Formulare sind die Grundlage für die technische Umsetzung eines Onlinebeteiligungsverfahrens. Spezielle Anforderungen an die Formulare, die sich aus diesem Gegenstand der Beteiligung ergeben, werden hier über die allgemeinen Anforderungen der BIT-V hinaus formuliert und an bestehenden Beispielen illustriert. Im Folgenden wird im Bezug mit BIT-V Bedingungen immer auf die BIT-V 2.0 abgestellt.

Formularfelder und -bereiche	Bezug
Ist die Anordnung der Felder nachvollziehbar?	BIT-V Bed. 1.3.2 BIT-V Bed. 2.4.3
Erfolgt eine angemessene Beschriftung der Eingabemöglichkeiten über Hinweise und Label?	BIT-V Bed. 3.3.2
Sind die Formularbereiche zu logischen Einheiten sichtbar gruppiert?	BIT-V Bed. 1.3.1
Sind logisch gruppierte Einheiten in einem Formular z. B. mit FIELDSET umgesetzt und inhaltlich sinnvoll?	BIT-V Bed. 3.3.2
Werden Zusatzinformationen zur Eingabe angeboten, die das Ausfüllen erleichtern, wie z.B. TTMMJJJJ für ein Datumsfeld?	BIT-V Bed. 3.3.5 (WCAG G184)
Werden Formulkontrollelemente vermieden, die nicht direkt barrierefrei umgesetzt werden können, z.B. Slider?	Erforderlichkeit prüfen ⁴⁵
Werden Formulkontrollelemente, die nicht im HTML-Standard abgebildet werden können so nachgebildet, dass ein zugänglicher Bedienweg bereitgestellt wird ⁴⁶ ?	Siehe Fußnote

Datenschutzkonformität von Formularen	Bezug
Soweit in dem Formular personenbezogene Daten erhoben werden, und sei es nur, dass IP-Adressen protokolliert werden, sind folgende Punkte zu beachten:	
Ist erkennbar, wer das Formular anbietet und die Daten erhebt? (Ladungsfähige Anschrift ?)	IPS M1-1.1
Erfolgt eine Unterrichtung der Nutzer über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten in Form einer Datenschutzerklärung bzw. von Datenschutzhinweisen? Sind diese konkret, vollständig und rechtlich korrekt ?	M1-1.2. IPS, § 13 Telemediengesetz
Sind die Datenschutzhinweise direkt von der Formularseite aus erreichbar?	M1-1.2. IPS
Erfolgt die Unterrichtung über das Ob und Wie der Verarbeitung personenbezogener Daten so, dass diese VOR dem Absenden wahrgenommen werden kann?	M1-1.2. IPS

⁴⁵ Vgl. S. 4: Kernforderungen als Basis der Handlungsempfehlungen: Reduzierte Komplexität, das heißt, dass Online-Beteiligungsangebote sich auf die erforderlichen Elemente beschränken, um unnötige Barrieren zu vermeiden.

⁴⁶ Hintergrundinformationen zu den Möglichkeiten und Grenzen dynamischer Elemente in Formularen liefern <http://www.einfach-fuer-alle.de/artikel/barrierefreie-formulare-mit-html-css-und-javascript/html-elemente/>
<http://www.einfach-fuer-alle.de/artikel/barrierefreie-formulare/javascript-ajax/>

Beschränken sich die Formularfelder auf die für den Beteiligungszweck unbedingt erforderlichen personenbezogenen Daten? (Gebot der Erforderlichkeit und der Datensparsamkeit)	IPS M1-2.2 + 3
Wird eine Einwilligung in die Verarbeitung der über das Erforderliche hinausgehenden Daten eingeholt? Ist diese jederzeit abrufbar und widerrufbar?	IPS M1-2.5
Besteht die Möglichkeit, die eigenen personenbezogenen Daten einzusehen?(Auskunftsrecht)	IPS M I 6.1
Besteht die Möglichkeit, eigene personenbezogene Daten zu löschen? <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für die Möglichkeit, dass die Mitzeichnung einer Petition rückgängig gemacht werden kann: http://petition.bremische-buergerschaft.de/ 	Informatio- nelles Selbst- bestimmungs- recht

Verständlichkeit in Formularen , einschließlich ergänzender Erläuterungen wie insbes. der Datenschutzerklärung	Bezug
Werden verständliche Begriffe und Bezeichnungen in den Formularen verwendet?	BIT-V Bed. 3.1.5
Sind die verwendeten Abkürzungen oder Akronyme allgemein verständlich?	BIT-V Bed. 3.1.5
Gibt es für Abkürzungen einen Mechanismus, der ihre ausgeschriebene Form bereit stellt oder ihre Bedeutung beschreibt	BIT-V Bed. 3.1.4
Können in einem Formular Symbole verwendet werden, um die Verständlichkeit zu erhöhen?	BIT-V Anlage 2, Teil 2, Vorgabe 11
Werden für alle Formular-Elemente, die mehrfach vorhanden sind bzw. im Webangebot wiederholt auftreten, gleiche Bezeichnungen verwendet?	BIT-V Bed. 3.2.4

Wahrnehmbarkeit von Formularen	Bezug
Sind Formulareingabefelder in fokussiertem und unfokussiertem Zustand gut zu erkennen und können sie gut voneinander unterschieden werden?	BIT-V Bed. 1.4.3 BIT-V Bed. 1.4.6
Ist eine deutliche optische Unterscheidbarkeit von Eingabefeldern und Datenfeldern gewährleistet?	BIT-V Bed. 1.4.3 BIT-V Bed. 1.4.6
Ist der Tastaturfokus in den Formularelementen ausreichend sichtbar?	BIT-V Bed. 2.4.7
Ist gut erkennbar, welche Angaben Pflichteingaben sind und welche freiwillig, d.h. vor der Eingabe und mit entsprechender Erklärung? <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer übersichtlichen Anordnung der Pflicht- und zusätzlichen freiwilligen Angaben: http://www.essen-kriegt-die-kurve.de/user/register 	BIT-V Bed. 1.3.1

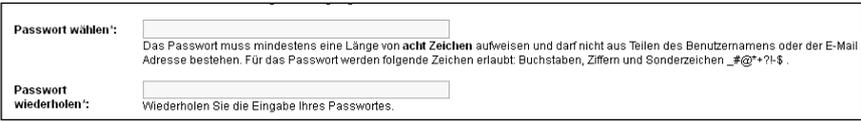
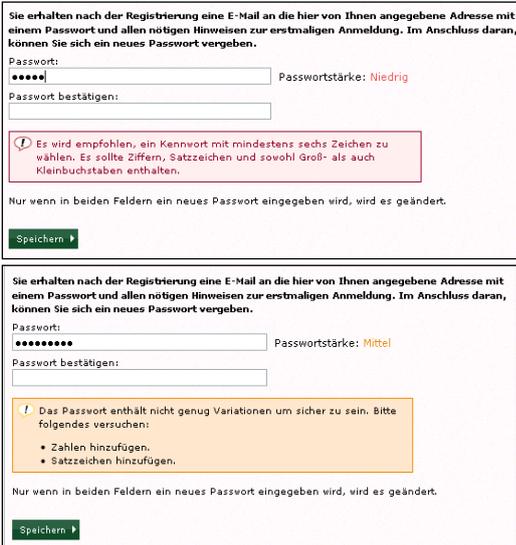
<p>Erstmalig anmelden</p> <p>Um während der Vorschlags-Phase (13.09. bis 03.10.2011) eigene Vorschläge machen oder andere Vorschläge kommentieren und bewerten zu können, müssen Sie sich hier erstmalig anmelden. Falls Sie bereits einen Nutzernamen und Passwort haben, können Sie sich direkt einloggen.</p> <p>Kontoinformationen</p> <p>Nutzername: *</p> <input type="text"/> <p>Leerzeichen sind erlaubt. Zeichensetzung ist mit der Ausnahme von Punkten, Bindestrichen und Unterstrichen nicht erlaubt.</p> <p>E-Mail-Adresse: *</p> <input type="text"/> <p>Eine gültige E-Mail-Adresse. Alle E-Mails dieser Plattform werden zu dieser Adresse geschickt. Ihre E-Mail-Adresse ist nicht öffentlich sichtbar. Sie wird nur dazu benutzt, Ihnen bei Bedarf ein neues Passwort zuzuschicken oder um Sie auf dem Laufenden zu halten sofern Sie das wünschen.</p> <p>Zusätzliche Angaben</p> <p>Damit wir besser einschätzen können, welche Bürgerinnen und Bürger sich an diesem Angebot beteiligen, würden wir uns freuen, wenn Sie uns folgende freiwilligen Angaben machen. Diese werden vom Betreiber dieser Plattform ohne Angaben von Nutzernamen oder Namen ausgewertet. Vielen Dank!</p> <p>Geschlecht:</p> <input type="text"/> <p>Altersgruppe:</p> <input type="text"/>	
<p>Werden Pflichtfelder nicht ausschließlich über Farbe gekennzeichnet?</p>	<p>BIT-V Bed. 1.4.1</p>

Fehlervermeidung und Fehlerhandling	Bezug
<p>Erfolgt keine unerwartete Kontextänderung bei der Eingabe?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.2.2</p>
<p>Ist das Formular fehlertolerant, d.h. werden z.B. verschiedene Eingaben für ein Datum oder Telefonnummern toleriert?</p>	<p>BIT-V Anforderung 3.3, ISO 9241-110 Fehlertoleranz</p>
<p>Wird auf unrealistische Eingaben überprüft?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.3.1</p>
<p>Erfolgt der Hinweis auf einen Fehler bereits im Fenstertitel?</p>	<p>BIT-V Bed. 2.4.2</p>
<p>Werden die Rückmeldungen konstruktiv und einfach verständlich formuliert?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.3.3</p>
<p>Können Korrekturvorschläge, z.B. in Form einer Liste, angeboten werden, sofern es vom Inhalt her angemessen ist?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.3.3</p>
<p>Wird auf den Eingabe-Ort des Fehlers hingewiesen und wird diese Information nicht nur über Farbe dargestellt?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Ein vorbildhaftes Fehlerhandling ist zu finden auf: https://www.behindertenbeauftragter.de/SiteGlobals/Forms/Kontakt/Kontakt_Formular.html;jsessionid=2E31FAD3EE672F3FD8E88A07BB0E19BE.2_cid104 	<p>BIT-V Bed. 3.3.1 BIT-V Bed. 3.3.3</p>

	
<p>bleiben nach der Fehlermeldung die Daten in den richtig ausgefüllten Feldern vorhanden?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.3.4 BIT-V Bed. 3.3.6</p>
<p>Wird vor dem Absenden der Daten eine Visualisierung bereitgestellt, wenn die Auswirkungen einer Interaktion folgeschwer sind?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.3.6</p>
<p>Ist eine Korrektur der eingegebenen Daten möglich?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.3.4</p>

7.2.2 Registrierung und CAPTCHAs

Eine Registrierung kann wegen ungenügender Barrierefreiheit die erste große Hürde sein, die zum Ausschluss von aktiver Beteiligung führen kann. Aus Datenschutzgründen dürfen nur die für den Beteiligungszweck unbedingt erforderlichen personenbezogenen Daten erhoben werden (§ 15 Telemediengesetz). Das Gebot der Datensparsamkeit erfordert eine explizite Prüfung, ob ein bestimmter Zweck nicht auch mit weniger personenbezogenen Daten erreicht werden kann. Deswegen muss in einem ersten Schritt geklärt werden, ob eine Registrierung vermieden werden kann. Dem häufigen Argument, über eine Registrierung verhindern zu wollen, dass Spam-Nachrichten gepostet werden, kann technisch mittlerweile vielfältig auch anders begegnet werden.

Registrierung	Bezug
Kann eine Registrierung vermieden werden? Ist eine Registrierung aus rechtlichen, technischen oder anderen Gründen zwingend erforderlich?	IPS M1 -2.2.1
Werden nur die für den Beteiligungszweck unbedingt erforderlichen personenbezogenen Daten erhoben und nur so lange, wie erforderlich gespeichert?	IPS M1 -2.2.1
Ist ein anonymer oder pseudonymer Zugang möglich?	IPS M4-3, M6-3
Werden Passwörter verschlüsselt übertragen?	IPS M4-4
Ist eine einfache Unterscheidbarkeit vom Log-In Bereich und der Neu-Registrierung möglich?	ISO 9241-110 Selbstbeschreibungsfähigkeit
Ist der Log-In-Bereich bei Tastaturbedienung leicht erreichbar, z.B. über eine Sprungnavigation?	BIT-V Bed. 2.4.1
Werden Informationen und Hilfen zur sicheren Passwortwahl einfach verständlich angeboten? <ul style="list-style-type: none"> ○ Zum Beispiel über einen angemessenen Hinweistext, wie auf https://epetitionen.bundestag.de/ 	BIT-V Bed. 3.3.5
Sind dynamische Hilfen zur sicheren Passwortwahl vorhanden? Sind diese barrierefrei zugänglich? <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für eine dynamische Hilfe zur sicheren Passwortwahl auf http://medienpass.lfm-nrw.de/ 	BIT-V Bed. 3.3.3

<p>Sie erhalten nach der Registrierung eine E-Mail an die hier von Ihnen angegebene Adresse mit einem Passwort und allen nötigen Hinweisen zur erstmaligen Anmeldung. Im Anschluss daran, können Sie sich ein neues Passwort vergeben.</p> <p>Passwort: <input type="password" value="*****"/> Passwortstärke: Hoch</p> <p>Passwort bestätigen: <input type="password"/></p> <p>Nur wenn in beiden Feldern ein neues Passwort eingegeben wird, wird es geändert.</p> <p><input type="button" value="Speichern"/></p>	
--	--

CAPTCHA	Bezug
Werden CAPTCHAs vermieden?	Erforderlichkeit prüfen ⁴⁷
<p>Besteht ein barrierefreier Zugang zum CAPTCHA?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zum Beispiel über Audiodateien, wie auf https://epetitionen.bundestag.de <div style="border: 1px solid gray; padding: 5px; margin-bottom: 10px;"> <p>Visuelle Verifizierung : Bitte geben Sie aus Sicherheitsgründen die fünf angezeigten Buchstaben aus dem Bild ein. Erst nach korrekter Eingabe wird das Formular versendet. Groß- bzw. Kleinschreibung ist dabei nicht relevant.</p>  <p><input type="text" value="DM SFD"/></p> <p><small>▶ Hören Sie sich die Buchstaben an ▶ Neues Bild anfordern</small></p> </div> <p>oder auf https://ec.europa.eu/transparencyregister/public/contact/contact.do?locale=de#de</p> <div style="border: 1px solid gray; padding: 5px; margin-bottom: 10px;">  <p>Bitte wiederholen Sie hier die <input type="button" value="Audioversion"/> den Zeichen.</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zum Beispiel als einfache Rechenaufgabe, wie auf http://klimawerkstadt-beteiligung.de/markers/view/4ca4af56-dcf4-4c85-b49f-47555dbbea27 <div style="border: 1px solid gray; padding: 5px; margin-bottom: 10px;"> <p>Spam-Schutz: Bitte rechnen Sie folgende Aufgabe:</p> <p>4 + 3 <input type="text"/></p> </div> <p>Zum Beispiel als einfache Zuordnungsaufgabe, wie auf https://www.mindestlohn.de/kampagne/aktion/2011/frankfurter-dgb-beim-fdp-parteitag/?ctype=pariah#wwe3_form_forum_newcomment</p> <div style="border: 1px solid gray; padding: 5px;"> <p>Sicherheitstest* Welcher der vier Begriffe passt nicht zu den anderen drei?</p> <p>Dreieck Kreis Westen Quadrat <input type="text"/></p> <p>Spanien Afrika Europa Asien <input type="text"/></p> <p>Kaninchen Meerschwein Katze Flugzeug <input type="text"/></p> <p><input type="checkbox"/> Ich habe die Regeln zum Verfassen von Kommentaren gelesen und bin damit einverstanden.</p> <p style="text-align: right;"><input type="button" value="Absenden"/></p> </div>	BIT-V Bed. 1.1.1
Sind die alternativen Audiodateien, die zu CAPTCHAs angeboten werden, deutschsprachig und haben sie eine gute Tonqualität?	BIT-V Bed. 3.1.5

⁴⁷ Vgl. S. 4: Kernforderungen als Basis der Handlungsempfehlungen: Reduzierte Komplexität, das heißt, dass Online-Beteiligungsangebote sich auf die erforderlichen Elemente beschränken, um unnötige Barrieren zu vermeiden.
© Stiftung Digitale Chancen / Institut für Informationsmanagement Bremen 12_2011

7.2.3 User Generated Content

Zur persönlichen Meinungsbildung hilft Nutzerinnen und Nutzern eine gute Orientierung, welche Beiträge vom Anbieter oder der Moderation und welche von anderen Nutzern verfasst worden sind. Bei der Erstellung von Inhalten sollten die Nutzerinnen und Nutzer auch dafür sensibilisiert werden, wer potenziell die verfassten Beiträge lesen kann.

Inhaltliche Strukturierung	Bezug
Erfolgt eine übersichtliche Strukturierung der nutzererzeugten Inhalte, so dass sowohl in der Bildschirmansicht als auch aus der Struktur deutlich wird, welche Beiträge zusammen gehören?	BIT-V Bed. 1.3.1

Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherstellung von barrierefreien Inhalten	Bezug
<p>Besteht die Möglichkeit, Zusatzinformationen zu den eingestellten Inhalten zu verfassen, z.B. über Alternativtexte, Tagging, Beschreibungstexte o. ä.?</p> <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel: Foto-Upload mit Aufforderung, einen entsprechenden Alternativtext zu vergeben auf http://klimawerkstadt-beteiligung.de/startup 	BIT-V Bed. 1.1.1

<p>Werden einfach formulierte Hinweise gegeben, was hochgeladen werden darf (Größe, Format,...)?</p> <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel: Information über erlaubte Formate und Größen auf http://klimawerkstadt-beteiligung.de/startup  <p>Beispiel: Information über die maximale Größe auf http://www.nienburg.de/internet/page.php?naviID=902000009&brotID=902000009&site=146</p> 	BIT-V Bed. 3.3.5
--	------------------

Verkleinert der Server automatisch große Bilddateien?	ISO 9241-110 Steuerbarkeit
---	----------------------------

Ist der Hochladevorgang von nutzererzeugten Inhalten barrierefrei bedienbar?	BIT-V Bed. 1.4.3, 1.4.4, 2.1.1-2.1.3, 2.4.3, 2.4.6, 2.4.7,
--	--

	3.3.2- 3.3.6
<p>Erfolgt eine Qualifizierung der Nutzer hinsichtlich der barrierefreien Erstellung und Einbindung von Inhalten? Dies kann z.B. über entsprechende Hinweise vor den Eingabefeldern erfolgen oder eine dynamisch erzeugte Rückmeldung, einem Dialog, der die Sinnhaftigkeit von Barrierefreiheit erklärt und auf die Features des Angebots hinweist.</p> <ul style="list-style-type: none"> o Zum Beispiel durch einen Hinweis vor dem Verfassen eines Beitrags: „Schön wäre es, wenn Sie Ihre Beiträge so gestalten, dass auch die Interessen behinderter Menschen berücksichtigt werden. Wie dies geht, sagen wir Ihnen auf unserer Seite "Ihr Beitrag zur Barrierefreiheit" diese verlinkt auf http://www.moers.de/C12571D10045491B/html/72A3D6E8F7AD42EEC125747B004A95A7?openDocument <div data-bbox="384 638 1023 848" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Einen Kommentar schreiben</p> <p>Schön wäre es, wenn Sie Ihre Beiträge so gestalten, dass auch die Interessen behinderter Menschen berücksichtigt werden. Wie dies geht, sagen wir Ihnen auf unserer Seite "» Ihr Beitrag zur Barrierefreiheit".</p> <p>Felder mit einem * sind Pflichtfelder und müssen ausgefüllt werden.</p> <p>Kommentarformular</p> <p>Name *</p> <input type="text"/> </div> <p>Verlinkt auf:</p> <div data-bbox="384 889 1034 1471" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Ihr Beitrag zur Barrierefreiheit</p> <p>Die Stadt Moers versucht, auf Ihrer Internetseite die Interessen behinderter Menschen möglichst zu berücksichtigen. Das Stichwort lautet: Barrierefreiheit.</p> <p>Auf www.moers.de haben Sie verschiedene Möglichkeiten, sich mit eigenen Beiträgen zu beteiligen. Zu diesen Möglichkeiten zählen zurzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weblog ▪ Forum <p>Wir würden uns freuen, wenn Sie in Ihren Beiträgen auf die Belange behinderter Menschen Rücksicht nehmen würden. Dabei geht es vor allem darum, Beiträge verständlich zu formulieren.</p> <p>Was können Sie tun?</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ersetzen Sie Fremdwörter möglichst durch deutsche Wörter. ▪ Schreiben Sie grundsätzlich in deutscher Sprache. ▪ Verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen. ▪ Schreiben Sie kurze Sätze. <p>Gestaltungsleitfaden</p> <p>Alle Grundsätze, die wir bei der sprachlichen und textlichen Gestaltung befolgen, finden Sie in unserem Gestaltungsleitfaden. Diesen stellen wir Ihnen hier gerne zur Verfügung.</p> <p>Der Gestaltungsleitfaden gliedert sich in 3 Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Formatierungen zum Beispiel von Zahlen, Maßeinheiten und Telefonnummern wird auf Screenreader abgestellt. Screenreader sind Programme, die Internetseiten zum Beispiel vorlesen können. ▪ Die Forderung nach einer geschlechtergerechten Sprache setzen wir so um, dass die Texte lesbar bleiben. Dies bedeutet, dass wir unter anderem auf die so genannte Schrägstrichvariante (Beispiel: Bürger(in)) verzichtet haben. ▪ Einfache Sprache und Textgestaltung </div>	BIT-V Bed. 3.3.5

Einbindung von Multimedia-Inhalten	Bezug
Werden Videos direkt eingebunden oder wird nur verlinkt?	BIT-V Bed. 1.1.1, 1.3.1, 1.2.1- 1.2.5, 1.2.7- 1.2.9, 1.4.3, 1.4.4, 1.4.7, 2.1.1- 2.1.3, 2.2.2, 2.4.3, 2.4.6, 2.4.7
Sind die Video-Inhalte barrierefrei wahrnehmbar und bedienbar?	BIT-V Bed. 1.1.1, 1.3.1, 1.2.1- 1.2.5, 1.2.7- 1.2.9, 1.4.3, 1.4.4, 1.4.7, 2.1.1- 2.1.3, 2.2.2, 2.4.3, 2.4.6, 2.4.7

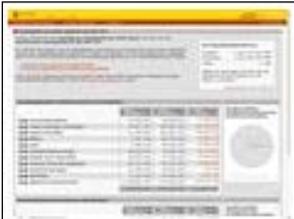
Einsatz von Editoren	Bezug
Ist der Einsatz von Editoren notwendig oder kann er vermieden werden?	Erforderlichkeit prüfen ⁴⁸
Ist der eingesetzte Editor zumindest in seinen Grundfunktionen barrierefrei bedienbar?	BIT-V Bed. 1.1.1, 1.3.1, 1.3.2, 1.4.3, 1.4.4, 2.1.1 - 2.1.3, 2.4.3, 2.4.6, 2.4.7, 3.3.2- 3.3.6
Ist die Verwendung einer vereinfachten plattformspezifischen Sprache (z.B. Textile, Markdown, BBCode) möglich oder wird eine HTML-Ansicht geboten, die es ermöglicht, bereits vorhandene Inhalte herauszukopieren und in einem Editor der Wahl zu bearbeiten und dann wieder einzufügen? <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel-Erklärungen zu „Markdown“ durch Adhocracy auf https://enquetebeteiligung.de/static/formatting.en.html 	ISO 9241-110 Individualisierbarkeit

⁴⁸ Vgl. S. 4: Kernforderungen als Basis der Handlungsempfehlungen: Reduzierte Komplexität, das heißt, dass Online-Beteiligungsangebote sich auf die erforderlichen Elemente beschränken, um unnötige Barrieren zu vermeiden.

<p style="text-align: center;">Formatierungshilfen</p> <p>Adhocracy nutzt das recht einfache Formatierungs-System <i>Markdown</i> zum Formatieren der Texte. Markdown wurde entwickelt, um Dir mit einfachen Befehlen einige Formatierungsoptionen auf Internet-Seiten zu ermöglichen - ohne dass Du HTML lernen musst. Einige der Befehle kennst Du vielleicht bereits aus Wikis wie Wikipedia. Hier sind einige der Befehle, die Markdown Dir bietet um Deine Texte zu gestalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Absätze kannst Du durch eine Leerzeile erzeugen. • kursiver Text: setze Sternchen vor und hinter Deinen Text, wenn Du ihn kursiv haben möchtest: *Das ist kursiv* • Fett gedruckter Text: zwei Sternchen vor und hinter Deinem Text stellen ihn fett gedruckt dar: **Ich bin fett gedruckter Text** • Listen erzeugt man, indem man jede Zeile mit einem Sternchen oder einer Zahl mit einem Punkt dahinter beginnt. Listen müssen zudem mit einer Leerzeile eingeführt werden. Sternchen erzeugen Listen mit Punkten, während Zahlen nummerierte Listen erzeugen: * Das ist eine Liste * Die mit Punkten beginnt <ol style="list-style-type: none"> 1. Während diese Liste 2. nummeriert dargestellt wird <p>Achte darauf, dass Du zwischen dem Text der in der Liste dargestellt werden soll und dem Sternchen oder den Zahlen ein Leerzeichen einfügst.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hyperlinks: um eine andere Seite zu verlinken, nutze folgende Formatierung: [Link Titel] (http://Deine.Link.Adresse.de) • Bilder Können mit einem sehr ähnlichen Befehl eingebunden werden: ![Bild Beschreibung] (http://Bild.Host.com/Bild.png) 		
<p>Unterstützt der Editor bei der Erzeugung von barrierefreien Inhalten?</p>		<p>BIT-V Bed. 1.1.1, 1.3.1, 1.4.3, 1.4.5, 1.4.6, 2.4.4, 2.4.6, 2.4.10, 3.1.2- 3.1.6</p>

7.2.4 Alternative Erschließungswege und Bedienkonzepte

Alternative Erschließungswege und Bedienkonzepte verfolgen das Ziel, das Verständnis des oft komplexen Gegenstands der Beteiligung zu erleichtern. Auch der Beteiligungsprozess selbst könnte statt einer Erklärung über eine Guided Tour alternativ vereinfacht dargestellt werden, z. B. kann eine Abstimmung über verschiedenen Alternativen mittels Drag-and-drop umgesetzt werden, wo die Angebote entweder in einen Papierkorb oder auf einen Schreibtisch gezogen werden können.

Bereitstellung von Alternativen	Bezug																														
<p>Werden alternative Erschließungswege und Bedienkonzepte bereit gestellt?</p> <p>Beispiel: Rechentools</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Haushaltsplaner: im BHH Leipzig: http://www.haushaltsplanrechner-leipzig.de/cont/haushaltsplanrechner.asp  <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für eine nicht komplett barrierefreie Umfrage auf http://www.essen-kriegt-die-kurve.de/inhalt/umfrage 	<p>BIT-V Bed. 3.1.5 BIT-V Anlage 2, Teil 2, Vorgabe 11</p>																														
<p>Umfrage</p> <p>Die Stadt Essen muss auch weiterhin sparen. Ziel ist es, bis zum Jahre 2015 wieder den Haushaltsausgleich zu erreichen. Mit diesem Konsolidierung haben Sie die Möglichkeit, für den mittelfristigen Zeitraum bis zum Jahre 2015 Ihre ganz persönlichen Schwerpunkte beim Sparen zu setzen. Auf der sehen Sie die Schwerpunktsetzung nach den Vorstellungen der Verwaltung. Teilen Sie uns Ihre Vorstellungen mit. Weitere Erläuterungen erfahren Sie häufige Fragen.</p> <p>Wenn Sie Ihren Sparvorschlag an die Stadt Essen senden wollen, dann müssen Sie sich vorher mit Ihrem Nutzernamen und Passwort einloggen. Wenn keinen Nutzernamen haben, müssen Sie sich zunächst erstmalig anmelden.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Hausbereich</th> <th>Städtisches Sparziel</th> <th>weniger oder mehr sparen?</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Politik und Verwaltung:</td> <td>29877122 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Finanzen:</td> <td>56781191 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Bildung:</td> <td>5591377 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Kultur:</td> <td>13759372 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Kinder, Familie, Jugend & Soziales:</td> <td>45620189 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Umwelt, Planen & Bauen:</td> <td>15179500 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Städtische Unternehmen:</td> <td>58405977 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> <tr> <td>Sparsumme:</td> <td>225214728 €</td> <td>225214728 €</td> </tr> <tr> <td>Einnahmen erhöhen?:</td> <td>0 €</td> <td>- <input type="range"/> +</td> </tr> </tbody> </table> <p>Mein Sparziel: 225214728 €</p> <p>Die Umfrage ist seit dem 04.10.2011</p> <p>Grundsteuererhöhung je Einwohner bei Nichterreichen des Sparzieles: 0 €</p>	Hausbereich	Städtisches Sparziel	weniger oder mehr sparen?	Politik und Verwaltung:	29877122 €	- <input type="range"/> +	Finanzen:	56781191 €	- <input type="range"/> +	Bildung:	5591377 €	- <input type="range"/> +	Kultur:	13759372 €	- <input type="range"/> +	Kinder, Familie, Jugend & Soziales:	45620189 €	- <input type="range"/> +	Umwelt, Planen & Bauen:	15179500 €	- <input type="range"/> +	Städtische Unternehmen:	58405977 €	- <input type="range"/> +	Sparsumme:	225214728 €	225214728 €	Einnahmen erhöhen?:	0 €	- <input type="range"/> +	
Hausbereich	Städtisches Sparziel	weniger oder mehr sparen?																													
Politik und Verwaltung:	29877122 €	- <input type="range"/> +																													
Finanzen:	56781191 €	- <input type="range"/> +																													
Bildung:	5591377 €	- <input type="range"/> +																													
Kultur:	13759372 €	- <input type="range"/> +																													
Kinder, Familie, Jugend & Soziales:	45620189 €	- <input type="range"/> +																													
Umwelt, Planen & Bauen:	15179500 €	- <input type="range"/> +																													
Städtische Unternehmen:	58405977 €	- <input type="range"/> +																													
Sparsumme:	225214728 €	225214728 €																													
Einnahmen erhöhen?:	0 €	- <input type="range"/> +																													
<p>Beispiel: Spiele</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Quizfragen zum Thema auf http://www.essen-soll-leiser-werden.de/dito/forum?action=polling&id=14&view=showpoll 																															
<p>1. Quizfrage</p> <p>Straßenverkehrs- und Schienenverkehrslärm, Fluglärm sowie Gewerbe- und Industrielärm gehören zum so genannten Umgebungslärm nach der EU-Umgebungslärmverordnung. Darüber hinaus gibt es weitere Lärmarten. Dazu gehören insbesondere Arbeitslärm, Gewerbelärm, Baulärm, Nachbarschaftslärm und Freizeitlärm.</p> <p>Was glauben Sie, welche Lärmquelle gehört nicht zum Nachbarschaftslärm?</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="radio"/> Spielplätze <input type="radio"/> Heimwerkerarbeiten im Garten <input type="radio"/> Betrieb von Fahrzeugen auf privatem Gelände 																															
<p>Beispiel: Semantische Karten/ Topic maps</p>																															

Beispiel: Multimedia-Elemente

- Beispiel: Video-Mitschnitt des Fachdialogs ist auch gegliedert nach konkreten Fragen abrufbar auf <http://mitreden.gorlebendialog.de/mitreden/experten>

Fachdialog zu Gas- und Kohlenwasserstoffvorkommen

Am 12.10.2011 beantworteten Experten Ihre Fragen zu Gas- und Kohlenwasserstoffvorkommen in Gorleben. Hier finden Sie die Aufzeichnung der Liveübertragung.

Dokumente zum Herunterladen:
Resümee des BMU
Statistikbericht der Onlinebeteiligung

Dr. Guido Bracke | Dr. Jan Richard Weber | Dr. Roland Wyss

Warum dieser Dialog? | Vorkommen & Entwicklung | Offene Fragen | Sicherheit

Vollständige Aufzeichnung

Fachdialog Gas- und Kohlenwasserstoffe

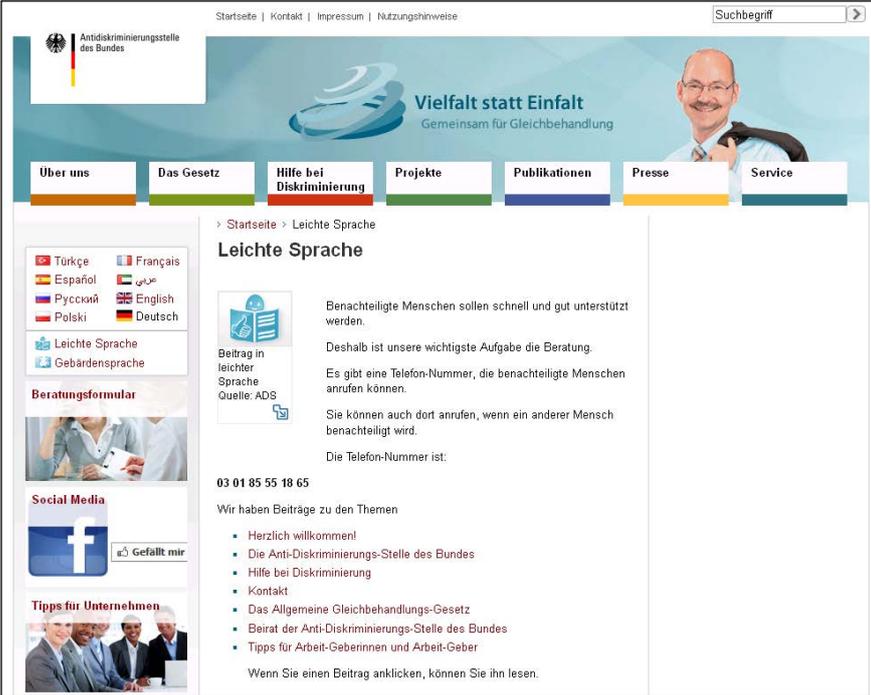
Ihre Fragen im Fachdialog

- Genese und Verteilung**
 - zur Frage
 - Antwort im Video
- Abnahme der Kondensate nach G8ten**
 - zur Frage
 - Antwort im Video
- Umfang geologischer Untersuchungen**
 - zur Frage
 - Antwort im Video
- Verwendung des Ansatzes von BAYES**
 - zur Frage
 - Antwort im Video
- Weshalb wurden die Gasvorkommen so lange "geheimgehalten"?**
 - zur Frage
 - Antwort im Video
- Gibt es auch Salzstöcke ohne**

7.2.5 Texte

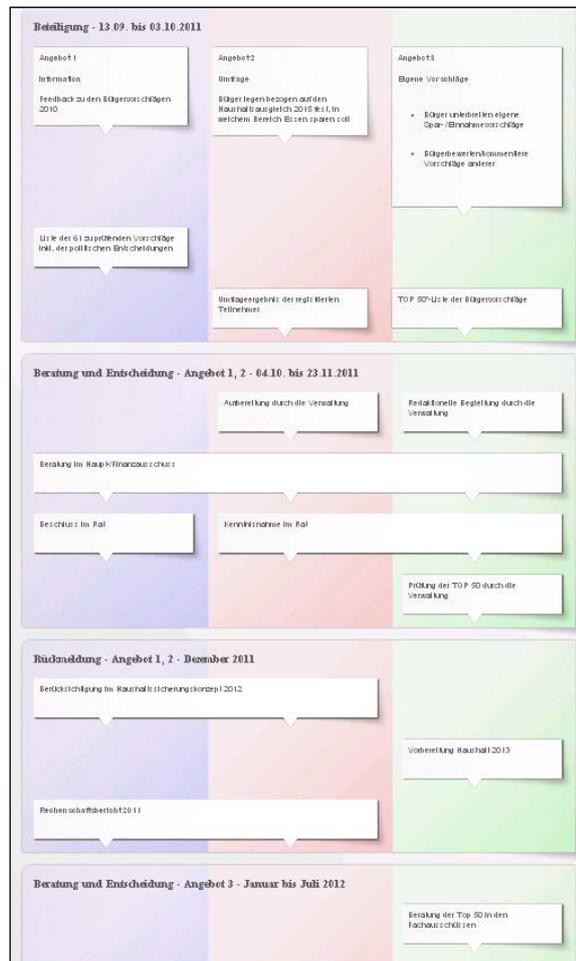
Online-Bürgerbeteiligung richtet sich bis auf wenige Ausnahmen zu speziellen Themengebieten zu denen ein spezifisches Publikum angesprochen werden soll, an die breite Öffentlichkeit. Dies sollte durch den verwendeten Sprachgebrauch deutlich werden. Neben einer zielgruppengerechten und -sensiblen Ansprache sollte allgemein auf eine einfache, leicht verständliche Sprache geachtet werden. Die Grundinformationen zum Inhalt und der Navigation sind darüber hinaus als Übersetzungen in Leichte Sprache und Deutsche Gebärdensprache bereit zu stellen (BIT-V §3 Absatz 2).

Aufbau von Texten und Textalternativen	Bezug
<p>Werden die Ausgangsinformation, begleitende Überblickszusammenfassungen und die Dokumentation der Ergebnisse in einer einfachen, allgemein verständlichen Sprache verfasst?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer einfachen und persönliche Ansprache mit anschaulicher Baumgrafik: http://www.wolgast.de/index.php?id=492 <div data-bbox="229 837 793 1615" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Einladung – Bürgerhaushalt 2011 der Stadt Wolgast - Anregen - Diskutieren - Mitgestalten!</p> <p>Es geht in die nächste Runde des „Bürgerhaushaltes“. Die Wolgaster können mitreden und entscheiden bei der positiven Entwicklung in ihrem Wohngebiet. Der Bürgerhaushalt 2010 hat eindrucksvoll gezeigt, dass es sich lohnt, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. So konnten auf Grund ihrer Initiative u. a. ein Kinderspielplatz, ein Fahrradrastplatz und eine Hundebadestelle entstehen.</p> <p>Die Auswertung des Bürgerhaushaltes 2010 und die aktuellen Haushaltszahlen der Stadt Wolgast sollen in einer Auftaktveranstaltung am 02.11.2010 in der Stadtbibliothek, Hufelandstr. 2, erläutert und diskutiert werden. Im Anschluss daran findet die 1. Bürgerhaushaltsversammlung für den Bereich Wolgast Nord statt.</p> <p>Für die anderen Wohngebiete gibt es folgende Termine:</p> <p>04.11.10 in der Gaststätte „Zur Schwedenschanze“, Dorfstr. 46A (Bereich Mahlzow) 15.11.10 im Kornspeicher, Burgstr. 6a (Bereich WLG Altstadt) 16.11.10 in der Anglergaststätte „Drellindgrund“ (Bereich Tannenpark) 17.11.10 im Sportforum, Am Stadion 1 (Bereich WLG Süd)</p> <p>Alle Veranstaltungen beginnen um 18.30 Uhr.</p> <p>Ich freue mich auf angeregte Diskussionen, Vorschläge und eine zahlreiche Teilnahme.</p> <p>Stefan Weigler Bürgermeister</p> <p>Bürgerhaushalt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Haushalt • Mitarbeit anbieten • Vorschlag machen  <p>+ zurück</p> </div>	<p>BIT-V Bed. 3.1.5</p>
<p>Werden der Kerninhalt und Besonderheiten der Navigation auch in Deutscher Gebärdensprache angeboten?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Kerninformationen in DGS http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Home/home_node.html 	<p>BIT-V §3 Absatz 2</p>

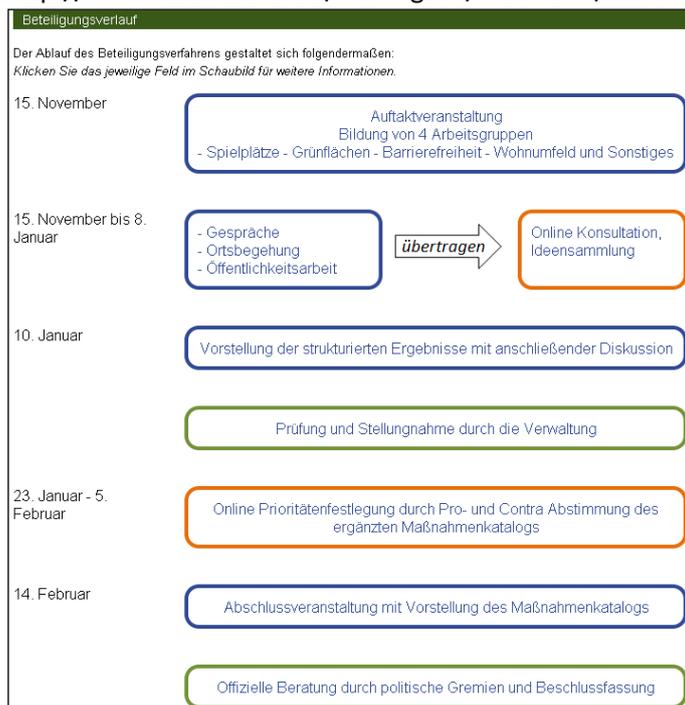
	
<p>Werden der Kerninhalt und Besonderheiten der Navigation auch in Leichter Sprache angeboten?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Kerninformationen in Leichter Sprache http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Home/home_node.html 	<p>BIT-V §3 Absatz 2</p>
<p>Erfolgt eine persönliche Ansprache, sofern dies angemessen ist, z.B. durch das Stadtoberhaupt bei Bürgerhaushalten?</p>	<p>BIT-V Anlage 2, Teil 2, Vorgabe 2</p>
<p>Wenn Hintergrundinformationen in Form von Artikeln angeboten werden: Erfolgt der Artikelaufbau konsistent, bestehend aus einer aussagekräftigen Überschrift, einem Teaser und dann dem ausführlichen Text?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.1.5</p>

<p>Können zur Kerninformation anschauliche Beispiele gegeben werden?</p>	<p>BIT-V Anforderung 3.1</p>
<p>Werden einfach verständliche Erklärungen zum Ablauf der Beteiligung gegeben?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Zum Beispiel wird das „Mitmachen“ erklärt auf https://buengerhaushalt.stadt-muenster.de/mitmachen.html <div data-bbox="288 456 1059 1173" data-label="Complex-Block"> </div> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer ausführlichen Erklärung des Beteiligungskonzepts auf http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/haushalt/bhh_konzept.html <div data-bbox="384 1290 999 2027" data-label="Complex-Block"> </div>	<p>BIT-V Anforderung 3.1</p>
<p>Können die Erklärungen grafisch unterstützt werden?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.1.5</p>

- Beispiel für eine gelungene Visualisierung des Ablaufs, aber technisch leider nicht komplett barrierefrei auf <http://www.essen-kriegt-die-kurve.de/inhalt/ablauf>



- Beispiel einer grafischen Aufbereitung des Ablaufs auf <http://www.stateboard.de/wennigsen/index.cfm/secid.13>



Sind die Informationen zum Datenschutz einfach verständlich? (s. a. 7.2.5) (Nach §13 Telemediengesetz müssen die Informationen zum Datenschutz gleichzeitig fachlich genau und vollständig sein und u.a. muss über den Einsatz von Cookies, IP-Adressen u.a.m. konkret unterrichten werden. Leider haben wir kein Beispiel gefunden, das diese Anforderungen vorbildlich erfüllt.)	BIT-V Bed. 3.1.5
--	------------------

Einfache Sprache	Bezug
Sind die Sätze kurz und wenig verschachtelt?	BIT-V Bed. 3.1.5
Werden längere Texte in überschaubare Absätze gegliedert?	BIT-V Bed. 3.1.5
Werden Sonderzeichen entsprechend ihrer Bedeutung verwendet?	BIT-V Bed. 3.1.5
Sind die vorhandenen Abkürzungen und Akronyme allgemein verständlich oder werden diese erklärt? Werden die hierfür vorgesehenen Elemente der verwendeten Markup-Sprache eingesetzt?	BIT-V Bed. 3.1.4
Werden nichtgängige Fremdwörter vermieden oder erklärt?	BIT-V Bed. 3.1.5
Unterstützt die Gliederung und das Layout die Lesbarkeit?	BIT-V Bed. 1.3.1 BIT-V Anforderung 2.4, ⁴⁹

Bereitstellung eines Glossars	Bezug
<p>Werden Fachbegriffe in angemessener Weise erläutert, z. B. direkt im Text oder in einem Glossar?</p> <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel eines einfachen Glossars auf http://beteiligungshaushalt-freiburg.de/drupal/index.php?q=haushalt/glossar) <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p>Glossar</p> <p>Beiträge</p> <p>Beiträge sind Geldleistungen zur Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen ohne die laufende Unterhaltung und Instandsetzung.</p> <p>Doppik</p> <p>Der Begriff Doppik ist eine Abkürzung, die für "Doppelte Buchführung in Konten" steht. Die kommunale Doppik berücksichtigt durch die flächendeckende Veranschlagung von Abschreibungen im Gegensatz zum kameralistischen System den gesamten Werteverzehr von Sachanlagen und Gebäuden. Vorteile dieses Systems sind die Darstellung des Gesamtressourcenauflommens und -verbrauches, die so mögliche Erfassung und Darstellung des gesamten Vermögens der Kommune, die Hervorhebung der Ziele und Ergebnisse des Verwaltungshandelns, die Unterstützung einer flexiblen Mittelbewirtschaftung sowie die Aufhebung der Zweiteilung des Rechnungswesens bei Auslagerung von bestimmten Aufgaben in selbständige Betriebe.</p> <p>Die Verwaltung wird bis 2015 das städtische Haushalts- und Rechnungswesen von der bisherigen Kameralistik auf das gesetzlich vorgeschriebene Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) umzustellen. Der Doppelhaushalt 2015/2016 wird somit der erste Haushalt auf Basis der neuen Rechnungslegung sein.</p> <p>Ersatzdeckungsmittel</p> <p>Wenn die Zuführung an den Vermögenshaushalt geringer ist als die Kreditbeschaffungskosten und die ordentlichen Tilgungen, ist die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung trotzdem gewahrt, wenn Ersatzdeckungsmittel zur Verfügung stehen. Darunter versteht man die Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens, Entnah-Beiträge und ähnliche Entgelte</p> </div>	<p>BIT-V Bed. 3.1.3 BIT-V Bed. 3.1.4 BIT-V Bed. 3.1.6 WCAG 2.0 G62</p>

⁴⁹ Vgl. auch <http://www.einfach-fuer-alle.de/blog/id/2699/>

<p>○ Beispiel eines umfangreichen Glossars auf http://www.buergerhaushalt-hamburg.de/page105.html</p> <div data-bbox="268 264 799 831" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Glossar</p> <p>[A] [B] [D] [E] [F] [G] [H] [I] [K] [L] [P] [R] [S] [T] [U] [V] [Z]</p> <p>[A]</p> <p>Ausgaben</p> <p><i>bereinigte Gesamtausgaben:</i> Gesamtausgaben des Haushalts abzüglich Zahlungen Hamburgs in den Länderfinanzausgleich, Zuführungen an Rücklagen, haushaltstechnische Verrechnungen und Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren.</p> <p><i>bereinigte Betriebsausgaben:</i> bereinigte Gesamtausgaben abzüglich Investitionen.</p> <p>[B]</p> <p>Betriebshaushalt</p> <p>Einnahmen und Ausgaben des Haushalts, soweit sie nicht investive Einnahmen und Ausgaben betreffen. Zum Betriebshaushalt gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> ☒ auf der Einnahmenseite die Steuereinnahmen und die übrigen laufenden Einnahmen, ☒ auf der Ausgabenseite insbesondere die Personalausgaben, die Sach- und Fachausgaben, der Schuldendienst und die globalen Mehr-Minder Ausgaben. <p>Zur Finanzierung des Betriebshaushalts dürfen keine Krediteinnahmen eingesetzt werden, Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (§ 18 LHO).</p> <p>BIP</p> <p>Bruttoinlandsprodukt (Abkürzung: BIP) gibt den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.</p> </div>	
Ist das Glossar von dort aus, wo es benötigt wird, direkt erreichbar?	BIT-V Bed. 3.1.3 BIT-V Bed. 3.1.4 WCAG 2.0 H60

Bereitstellung von Downloads	Bezug
Ist klar erkennbar ist, wie groß die Download-Datei ist?	BIT-V Bed. 2.4.9
Ist vor dem Download erkennbar, ob die Datei barrierefrei zugänglich ist?	BIT-V Bed. 1.1.1 BIT-V Bed. 1.3.1
Sind die Downloads aussagekräftig benannt, wenn sie heruntergeladen wurden?	BIT-V Anford. 2.4
Ist es notwendig und angemessen, eine Beschreibung beizufügen, die Auskunft über den Inhalt des Downloads gibt?	BIT-V Bed. 3.1.5

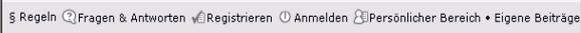
7.2.6 Visualisierung

Visualisierungen erleichtern das spontane Erschließen von komplexen Informationen und Zusammenhängen. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses kann es an unterschiedlichen Stellen sinnvoll sein, Visualisierungen einzusetzen. Wir unterscheiden zwischen Visualisierung

- der Grundinformation (z. B. von Statistiken) und von Bedienfunktionen
- des Verlaufs (z. B. einer Ampel) und von Nutzungszahlen
- von Ergebnissen (z. B. auch dem Feedback, wie andere abgestimmt haben)

Bei allen Formen der Visualisierung ist eine barrierefreie Umsetzung, wie sie die BIT-V vorgibt, notwendig, z.B. die Sicherstellung von aussagekräftigen Text-Alternativen (Bedingung 1.1.1) oder die Sicherstellung ausreichender Kontraste (Bedingung 1.4.3).

Allgemeine Anforderungen an Visualisierung	Bezug
Werden Alternativen in Textform bereit gestellt?	BIT-V Bed. 1.1.1
Werden keine Informationen durch Farbe allein vermittelt?	BIT-V Bed. 1.4.1
Sind die Kontraste ausreichend?	BIT-V Bed. 1.4.3 BIT-V Bed. 1.4.6
Ist eine gut sichtbare Tastaturnavigation sichergestellt?	BIT-V Bed. 2.4.7
Werden Hilfen oder Erklärungen zur Bedienung angeboten?	BIT-V Bed. 3.3.5

Visualisierung der Grundinformation und von Bedienfunktionen	Bezug
<p>Werden Navigationsbegriffe und Bedienfunktionen auch über Piktogramme oder Bilder visualisiert?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Piktogramme in der Navigation auf http://www.das-ist-sozialdemokratisch.de/bildung/  <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Piktogramme für Bedienfunktionen auf http://forum.erfurt.de  <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für die Verwendung von Fotos auf https://www.buergerhaushalt.guetersloh.de/diskussion 	<p>BIT-V Bed. 3.1.5</p> <p>Zu BIT-V Anlage 2, Teil 2, Vorgabe 11</p> <p>WCAG 2.0 G103</p>

Vorschlag Nr. B105 von Tassilo (Bürger)



Sparkassen-Gewinne einfordern
Sicher arbeitet die Sparkasse Jahr für Jahr mit einem nennenswerten Gewinn. Wird der Gewinn in...

Kategorie	Einnahmenvorschlag
Kommentare	0
Pro	95
Neutral	28
Contra	25

[MEHR LESEN](#)

Vorschlag Nr. B99 von Jugendparlament (Bürger)



Energie und Geld sparen-Bewegungsmelder für Straßenlaternen
Alle Straßenlaternen der Stadt sollen mit einem Bewegungsmelder ausgestattet werden. Die müssen...

Kategorie	Sparrvorschlag
Kommentare	8
Pro	18
Neutral	17
Contra	106

[MEHR LESEN](#)

Vorschlag Nr. B98 von Jugendparlament (Bürger)



Schwimmbadpreise für Schüler/Innen
Die Preise heute kann ein Jugendlicher kaum noch zahlen, denn man muss bedenken, dass ein...

Kategorie	Ausgabevorschlag
Kommentare	2
Pro	139
Neutral	10
Contra	26

Und auch auf <http://www.essen-kringt-die-kurve.de/diskussion>

Vorschlag Nr. B163 von assindianer (Bürger)



Viel zu wenig Nutzer - Trotzdem nicht aufgeben !!
Extrem wenig Nutzer, aber interessante Vorschläge. Bitte nicht aufgeben! Die Einsicht und die...

Kategorie	k.A.
Kommentare	2
Pro	2
Neutral	0
Contra	0

[Mehr lesen](#)

Vorschlag Nr. B162 von Yölpel (Bürger)



Anregungen zur Auswertung Maßnahmenarbeit
Verstärker sich auch der Vorschläge widmen, die mit viel Contra ohne Kommentar bewertet wurden...

Kategorie	k.A.
Kommentare	0
Pro	1
Neutral	0
Contra	0

[Mehr lesen](#)

Vorschlag Nr. B160 von Jumper (Bürger)



Solaranlagen auf und an Gebäuden der Stadt
Solaranlagen auf und an Gebäuden der Stadt anbringen, so macht man was für die Umwelt und für...

Kategorie	Einnahmenvorschlag
Kommentare	1
Pro	3
Neutral	0
Contra	0

[Mehr lesen](#)

Werden die Inhalte der Beteiligung visualisiert?

- Beispiel einer Visualisierung über (nicht komplett barrierefreien) Themenkarten auf [http://www.frankfurt-gestalten.de/themenmap?term_node_tid_depth=111129&date_filter\[value\]\[year\]=2011](http://www.frankfurt-gestalten.de/themenmap?term_node_tid_depth=111129&date_filter[value][year]=2011)

BIT-V Bed. 3.1.5

Themen-Karte: Frankfurter Lokalpolitik im Überblick

Thema: Jahr:

Auf dieser Themen-Karte sind alle Anträge der Ortsbeiträge mit Ortsbezug nach Themen auf der Karte gefiltert. Einfach oben ein Thema auswählen und nach Wunsch ein Jahr und dann "Anwenden" klicken. Diese Anwendung ist ein Experiment. Wir freuen uns über Feedback.

- o Beispiel der Visualisierung von Problemen der Infrastruktur auf <http://maerker.brandenburg.de>

Maerker Brandenburg

Willkommen!

Maerker ist der Dienst, mit dem Bürgerinnen und Bürger aus Brandenburg und Berlin ihrer Kommune bei der Aufgabenerfüllung helfen. Hier können Sie auf einfachem Weg **Ihrer Kommune mitteilen**, wo es ein Infrastrukturproblem gibt: Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Deponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen.

Insgesamt gibt es **7592 Hinweise**.

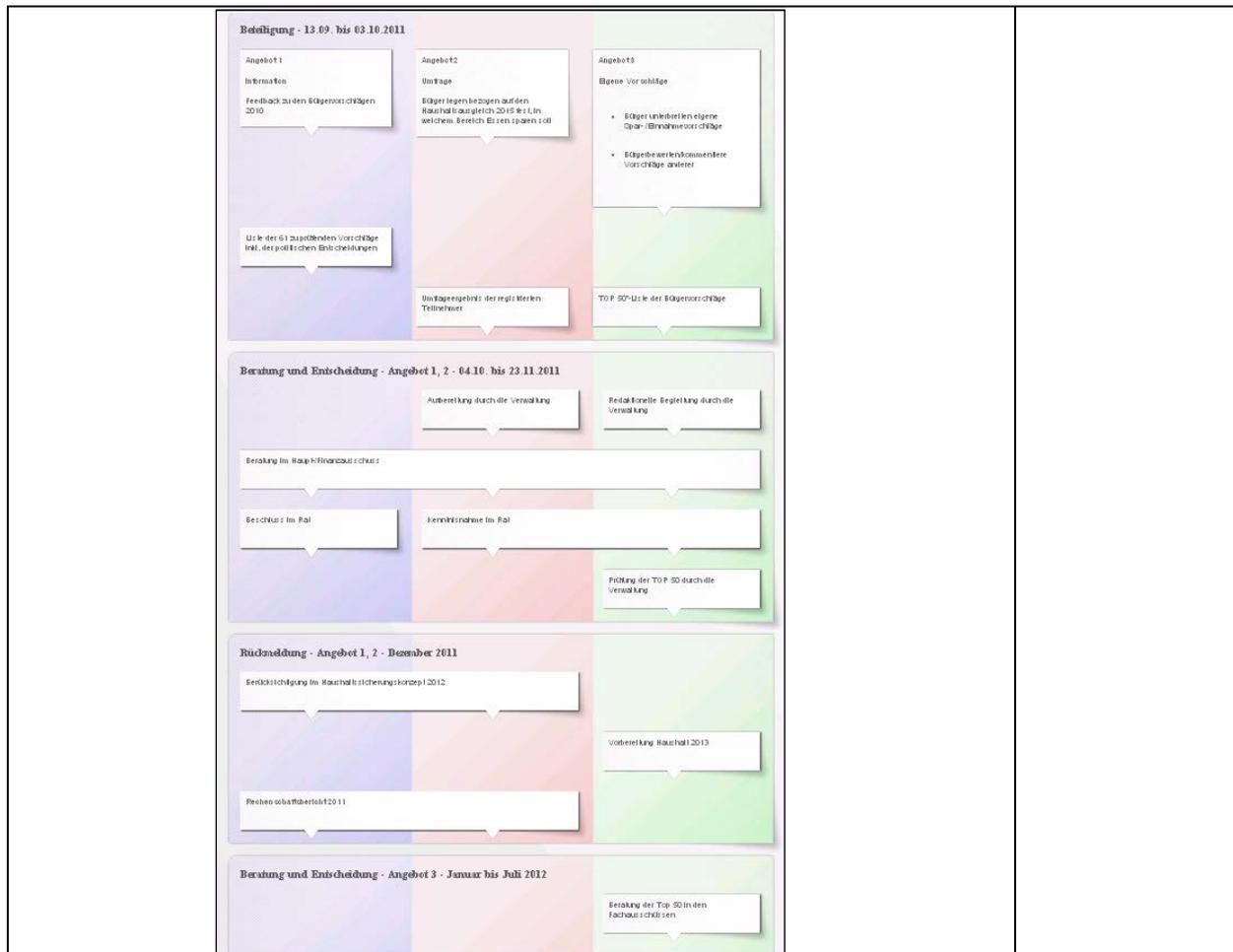
Bitte wählen Sie unter den teilnehmenden

<p>Brandenburger Kommunen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Amt Briesow-Finkenheerd ▪ Amt Märkische Schweiz ▪ Amt Neuhausen ▪ Amt Nienstedt ▪ Amt Plassa ▪ Amt Scharmützelsee ▪ Bad Belzig ▪ Bestensee ▪ Dallgow-Döberitz ▪ Eisenhüttenstadt ▪ Friedersdorf-Vogelsdorf ▪ Groß Kreutz (Havel) ▪ Grünheide (Mark) ▪ Kleinmachnow ▪ Leegebusch (CD) ▪ Luckenwalde ▪ Mittenwalde ▪ Nauen ▪ Neuenhagen bei Berlin ▪ Nurthe-Ustromtal ▪ Potsdam ▪ Prenzlitz ▪ Rathenow ▪ Rudersdorf ▪ Schöniche bei Berlin (CD) ▪ Schwielowsee ▪ Seddiner See ▪ Seelow ▪ Senftenberg ▪ Stahndorf ▪ Stahnow (Mark) ▪ Teltow ▪ Velten ▪ Werder (Havel) ▪ Wernsee (CD) ▪ Wittenberg 	<p>Berliner Bezirke</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lichtenberg
--	--

[größere Karte](#)

© GeoBasis-DE/LGB 2011

Visualisierung des Verlaufs und von Nutzungszahlen	Bezug															
<p>Wird der Ablauf des Beteiligungsprozesses visualisiert?</p> <ul style="list-style-type: none"> Beispiel für die Darstellung der verschiedenen Phasen auf https://medienpass.nrw.de/ziele_und_ablauf <div data-bbox="268 371 815 1025" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Ablauf - Aktuelle Phase</p> <p>Die Initiative „Medienpass NRW“ wird getragen von der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, der Landesanstalt für Medien NRW (LFM) sowie der Medienberatung NRW.</p> <p>Ziel der Initiative „Medienpass NRW“ ist es, die systematische Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule zu stärken. Der Medienpass soll in einem mehrstufigen Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit, von Expertinnen und Experten sowie Pilotschulen erarbeitet werden.</p> <table border="0" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td style="width: 25%;">1.</td> <td style="width: 25%;">2.</td> <td style="width: 25%;">3.</td> <td style="width: 25%;">4.</td> </tr> <tr> <td>Online-Dialog Kompetenzrahmen</td> <td>Auswertung und Information</td> <td>Erprobungsphase in Grundschulen</td> <td>Ausdehnung</td> </tr> <tr> <td>(14. Juni bis 25. Juli)</td> <td>(1. Schulhalbjahr 2011/2012)</td> <td>(2. Schulhalbjahr 2011/2012)</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Online-Dialog ist Teil der Initiative „Medienpass NRW“, mit der die Projektträger die Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule und Jugendarbeit stärken möchte.</p> <p>Zu Beginn der Initiative wird in einem Online-Dialog diskutiert, über welche Fähigkeiten Kinder und Jugendliche in verschiedenen Altersgruppen verfügen sollen.</p> <p>Die Ergebnisse des Online-Dialogs fließen ein in einen Kompetenzrahmen, der Lehrerinnen und Lehrern als Orientierung bei der Einschätzung von Fähigkeiten und Fertigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler dient.</p> <p>Ein Lehrplankompass wird entwickelt, um Pädagogen praxisbezogene Hilfen für den Unterricht zu geben. Als Drittes wird der eigentliche Medienpass etabliert. Er dokumentiert das Kompetenzniveau und motiviert zur weiteren Beschäftigung mit den Medien.</p> <p>Kompetenzrahmen, Lehrplankompass und Nachweis werden ab Februar 2012 in einer Pilotphase an ausgewählten Grundschulen erprobt.</p> <p>Interessierte Grundschulen sind aufgerufen, sich bis zum 4. Oktober 2011 zu <u> bewerben</u>.</p> <p>Der Medienpass NRW wird flächendeckend allen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> Weiteres Beispiel auf http://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/phasen <div data-bbox="268 1070 1066 1653" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 33%;"> <p>DIALOGPHASE 1:</p> <p>05.10.2009 bis 05.12.2009</p> <p>„Ich bin Frankfurterin/ Frankfurter, weil...“</p> <p>In einer ersten Phase konnten Sie sich über das Integrationskonzept informieren und formulieren, was Vielfalt in Frankfurt für Sie persönlich bedeutet. Sie konnten Videos hochladen und persönliche Eindrücke veröffentlichen, warum Sie Frankfurter sind: „Ich bin Frankfurter, weil ...“</p> <p>Diese Phase ist bereits abgeschlossen. Die Ergebnisse können Sie weiterhin einsehen</p> <p>VIDEOSTATEMENTS SEHEN </p> <p>TEILNEHMERBEITRÄGE LESEN </p> </td> <td style="width: 33%;"> <p>DIALOGPHASE 2:</p> <p>11.01.2010 bis 31.01.2010</p> <p>Themen setzen und bewerten/ Karte der Kulturen</p> <p>Welche Themen der Integrationspolitik sind Ihnen besonders wichtig? In fünf Fragebögen konnten Sie erste Vorschläge des Konzeptes bewerten und sagen, was aus Ihrer Sichte vorrangig zu behandeln wäre. Ergänzend konnten Sie selbst Themen öffentlich ins Gespräch bringen und Vorschläge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer „unterstützen“. In der Karte der Vielfalt zeigen Sie uns, wo Integration stattfindet oder Handlungsbedarf besteht.</p> <p>Am 21.01.2010 fand zwischen 13 und 14 Uhr der erste Live-Chat des Frankfurter Magistrats mit Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg statt. Die Integrationsdezernentin nahm sich Zeit, um Fragen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Online-Dialogs zum Entwurf des Frankfurter Integrationskonzepts zu beantworten. Sie können alle Fragen und Antworten im Chat-Protokoll nachlesen.</p> <p>ERGEBNISSE THEMEN BETZTEN </p> <p>CHAT-PROTOKOLL LESEN </p> </td> <td style="width: 33%;"> <p>DIALOGPHASE 3:</p> <p>01.02.2010 bis 19.02.2010</p> <p>Vorschläge machen</p> <p>In dieser Phase konnten Sie konkrete Vorschläge machen und die Ideen anderer kommentieren und diskutieren. Sie konnten Mitstreiter und Unterstützer für eigene Vorschläge gewinnen. Die Ergebnisse der Online-Beteiligung werden durch das Moderationsteam ausgewertet und zusammenfassend dargestellt. Anschließend werden die Ergebnisse öffentlich auf Veranstaltungen und in den politischen Gremien vorgestellt.</p> <p>ALLE VORSCHLÄGE </p> </td> </tr> </table> </div>	1.	2.	3.	4.	Online-Dialog Kompetenzrahmen	Auswertung und Information	Erprobungsphase in Grundschulen	Ausdehnung	(14. Juni bis 25. Juli)	(1. Schulhalbjahr 2011/2012)	(2. Schulhalbjahr 2011/2012)		<p>DIALOGPHASE 1:</p> <p>05.10.2009 bis 05.12.2009</p> <p>„Ich bin Frankfurterin/ Frankfurter, weil...“</p> <p>In einer ersten Phase konnten Sie sich über das Integrationskonzept informieren und formulieren, was Vielfalt in Frankfurt für Sie persönlich bedeutet. Sie konnten Videos hochladen und persönliche Eindrücke veröffentlichen, warum Sie Frankfurter sind: „Ich bin Frankfurter, weil ...“</p> <p>Diese Phase ist bereits abgeschlossen. Die Ergebnisse können Sie weiterhin einsehen</p> <p>VIDEOSTATEMENTS SEHEN </p> <p>TEILNEHMERBEITRÄGE LESEN </p>	<p>DIALOGPHASE 2:</p> <p>11.01.2010 bis 31.01.2010</p> <p>Themen setzen und bewerten/ Karte der Kulturen</p> <p>Welche Themen der Integrationspolitik sind Ihnen besonders wichtig? In fünf Fragebögen konnten Sie erste Vorschläge des Konzeptes bewerten und sagen, was aus Ihrer Sichte vorrangig zu behandeln wäre. Ergänzend konnten Sie selbst Themen öffentlich ins Gespräch bringen und Vorschläge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer „unterstützen“. In der Karte der Vielfalt zeigen Sie uns, wo Integration stattfindet oder Handlungsbedarf besteht.</p> <p>Am 21.01.2010 fand zwischen 13 und 14 Uhr der erste Live-Chat des Frankfurter Magistrats mit Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg statt. Die Integrationsdezernentin nahm sich Zeit, um Fragen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Online-Dialogs zum Entwurf des Frankfurter Integrationskonzepts zu beantworten. Sie können alle Fragen und Antworten im Chat-Protokoll nachlesen.</p> <p>ERGEBNISSE THEMEN BETZTEN </p> <p>CHAT-PROTOKOLL LESEN </p>	<p>DIALOGPHASE 3:</p> <p>01.02.2010 bis 19.02.2010</p> <p>Vorschläge machen</p> <p>In dieser Phase konnten Sie konkrete Vorschläge machen und die Ideen anderer kommentieren und diskutieren. Sie konnten Mitstreiter und Unterstützer für eigene Vorschläge gewinnen. Die Ergebnisse der Online-Beteiligung werden durch das Moderationsteam ausgewertet und zusammenfassend dargestellt. Anschließend werden die Ergebnisse öffentlich auf Veranstaltungen und in den politischen Gremien vorgestellt.</p> <p>ALLE VORSCHLÄGE </p>	<p>BIT-V Bed. 3.1.5</p>
1.	2.	3.	4.													
Online-Dialog Kompetenzrahmen	Auswertung und Information	Erprobungsphase in Grundschulen	Ausdehnung													
(14. Juni bis 25. Juli)	(1. Schulhalbjahr 2011/2012)	(2. Schulhalbjahr 2011/2012)														
<p>DIALOGPHASE 1:</p> <p>05.10.2009 bis 05.12.2009</p> <p>„Ich bin Frankfurterin/ Frankfurter, weil...“</p> <p>In einer ersten Phase konnten Sie sich über das Integrationskonzept informieren und formulieren, was Vielfalt in Frankfurt für Sie persönlich bedeutet. Sie konnten Videos hochladen und persönliche Eindrücke veröffentlichen, warum Sie Frankfurter sind: „Ich bin Frankfurter, weil ...“</p> <p>Diese Phase ist bereits abgeschlossen. Die Ergebnisse können Sie weiterhin einsehen</p> <p>VIDEOSTATEMENTS SEHEN </p> <p>TEILNEHMERBEITRÄGE LESEN </p>	<p>DIALOGPHASE 2:</p> <p>11.01.2010 bis 31.01.2010</p> <p>Themen setzen und bewerten/ Karte der Kulturen</p> <p>Welche Themen der Integrationspolitik sind Ihnen besonders wichtig? In fünf Fragebögen konnten Sie erste Vorschläge des Konzeptes bewerten und sagen, was aus Ihrer Sichte vorrangig zu behandeln wäre. Ergänzend konnten Sie selbst Themen öffentlich ins Gespräch bringen und Vorschläge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer „unterstützen“. In der Karte der Vielfalt zeigen Sie uns, wo Integration stattfindet oder Handlungsbedarf besteht.</p> <p>Am 21.01.2010 fand zwischen 13 und 14 Uhr der erste Live-Chat des Frankfurter Magistrats mit Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg statt. Die Integrationsdezernentin nahm sich Zeit, um Fragen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Online-Dialogs zum Entwurf des Frankfurter Integrationskonzepts zu beantworten. Sie können alle Fragen und Antworten im Chat-Protokoll nachlesen.</p> <p>ERGEBNISSE THEMEN BETZTEN </p> <p>CHAT-PROTOKOLL LESEN </p>	<p>DIALOGPHASE 3:</p> <p>01.02.2010 bis 19.02.2010</p> <p>Vorschläge machen</p> <p>In dieser Phase konnten Sie konkrete Vorschläge machen und die Ideen anderer kommentieren und diskutieren. Sie konnten Mitstreiter und Unterstützer für eigene Vorschläge gewinnen. Die Ergebnisse der Online-Beteiligung werden durch das Moderationsteam ausgewertet und zusammenfassend dargestellt. Anschließend werden die Ergebnisse öffentlich auf Veranstaltungen und in den politischen Gremien vorgestellt.</p> <p>ALLE VORSCHLÄGE </p>														



Werden Besucherzahlen und die Nutzungsfrequenz visualisiert?

- o Beispiel für Statistiken über das Engagement der Beteiligung auf <http://www.bonn-packs-an.de>

Aktuelle Statistik	
Anzahl der registrierten Teilnehmer:	12754
Anzahl der Besuche:	465394
Anzahl der Kommentare:	14464
Anzahl der Bewertungen:	535724
Anzahl der Vorschläge:	1602
Anzahl Vorschlagsaufrufe:	619410
Seitenaufrufe:	2499310

- o Weiteres Beispiel, das nicht nur die Online-Komponenten abbildet auf <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de>

Statistik	
Daten	Anzahl
Registrierte Teilnehmende	7182
Gäste online	4
Teilnehmende online	0
Vorschläge insgesamt	643
- registriert	429
- Gäste	214
Vorschläge per Brief	6
Vorschläge via Call-Center	12
Kommentare	2450
Bewertungen	50796
Vorschlagsaufrufe	125744
Seitenaufrufe	504253

BIT-V Bed. 3.1.5

- Beispiel für eine allgemeine Information über alle Ereignisse auf der Plattform auf <https://governance.enquetebeteiligung.de/event/all>

Was ist der Stand der Dinge?

1-10 von 50

mohajtpme meldete sich an
21. Dezember 2011 08:12 · Mehr...

andmetusek meldete sich an
21. Dezember 2011 06:43 · Mehr...

EnqueteSekretariat änderte die Projektgruppe Bildung und Forschung
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Userinnen und User!
Abgeordnete und Sachverständige diskutieren seit einigen Wochen, was...
20. Dezember 2011 15:06 · Mehr...

EnqueteSekretariat änderte die Projektgruppe Wirtschaft, Arbeit, Green IT
Aktuelles
Grundlage der jetzt laufenden Textarbeit der Projektgruppe ist deren Arbeitsprogramm, das Sie
20. Dezember 2011 15:06 · Mehr...

EnqueteSekretariat änderte die Projektgruppe Demokratie und Staat

Informiert eine Ampel über den Stand der Bearbeitung?

BIT-V Bed. 3.1.5

- Beispiel für eine Ampel-Funktion auf <http://maerker.brandenburg.de>

Willkommen!

Maerker ist der Dienst, mit dem Bürgerinnen und Bürger aus Brandenburg und Berlin ihrer Kommune bei der Aufgabenerfüllung helfen. Hier können Sie auf einfachem Weg **Ihrer Kommune mitteilen**, wo es ein Infrastrukturproblem gibt: Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Deponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen.

Kategorien:

Es gibt **47 Hinweise** für **Amt Brieskow-Finkenheerd**.

Status	Beschreibung	Ort/ Datum	Foto
	(ID 275884) Kategorie: Verkehrsfährdung Vielen Dank für Ihre Meldung. Hinweise, die bis 18 Uhr eingetragen werden, erscheinen am nächsten Arbeitstag bis 16 Uhr. Status: eingetragen (rot).	eingetragen: am 19.12.2011 um 20:13 Uhr	Kein geeignetes Foto vorhanden
	Straßenbeleuchtung defekt (ID 275523) Kategorie: Verkehrsfährdung In der Ernst-Thälmann-Straße (Kreuzung Sandweg) ist die Lampe Nr. 15 defekt. Die Lampe leuchtet den gesamten Kreuzungsbereich aus und sollte bald repariert werden. Status: angenommen (rot).	Amt Brieskow-Finkenheerd / QT Brieskow-Finkenheerd Ernst-Thälmann-Straße brandenburg viewer eingetragen: am 09.12.2011 um 21:12 Uhr	Kein geeignetes Foto vorhanden
	Hinweisschild (ID 273098) Kategorie: Verkehrsfährdung Schild "Kein Winterdienst" von der zubringenden Straße (Bahnhofstraße) nicht lesbar. Status: erledigt (grün). Das Hinweisschild wurde abgenommen.	Amt Brieskow-Finkenheerd / QT Ziltendorf Sägewerksweg 4 brandenburg viewer eingetragen: am 28.10.2011 um 09:57 Uhr	Kein geeignetes Foto vorhanden
	Biber hat weiteren Baum geschädigt (ID 273045) Kategorie: Tiere/Ungeziefer Ich hatte vor einigen Wochen bereits mitgeteilt, dass ein Biber sich an einer Weide zwischen Schulweg und Lindenstraße zu schaffen gemacht hat. Die Weide droht bei stürmischem Wind umzukippen. Jetzt ist der Biber wieder aktiv geworden und hat auch die zweite Weide bis zu einer Tiefe von 15 cm angeknagt. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass beim Urknippen der	Amt Brieskow-Finkenheerd / QT Groß Lindow Schulweg 27 brandenburg viewer eingetragen: am 27.10.2011 um 17:44 Uhr	

- Weiteres Beispiel für den Einsatz einer Ampel:
https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/discoursemachine.php?id_viewback=38&menucontext=78&page=detail&id_item=5028&menucontext=78

Vorschlags-Nr. 1058
Ausgabenvorschlag für Gesamt Köln
von [kreativ](#) | 02.12.2009 | 00:02 | Via Internet

Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!

Bildung findet nicht nur im Elternhaus, Kindergärten und Schulen statt - sondern auch in Jugendeinrichtungen!
Die aktuellen Kürzungsvorschläge durch die Kämmerei werden dazu führen, dass viele Jugendeinrichtungen ihre Pforten schließen müssen. Wenn Köln sich weiterhin als Soziale Stadt versteht, darf das nicht geschehen. Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ohne Leistungsdruck ausprobieren können, ihre Stärken und Neigungen entwickeln können und vor allem auch sinnvolle Freizeit verbringen können.
Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die notwendigste Investition in die Zukunft!

Unterstützer: 937
Ablehnungen: 70
Kommentare: 108

Umsetzung

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand per 30.04.2011

Der Ansatz für den Gesamtzuschuss aller Jugendeinrichtungen freier Träger wurde in geringfügigem Umfang gekürzt (um 39.800 EUR, das entspricht 0,57 % des Zuschusses 2010). Der Zuschuss für die stadtnahe Betreibergesellschaft Jug2 g GmbH wurde gegenüber 2010 um 10% erhöht, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. Der Bestand von Einrichtungen ist damit nicht gefährdet. Die Ziele des Vorschlags wurden demnach erreicht.

- o Beispiel für die Verwendung der Ampelmetapher ohne Einsatz des Symbols auf <http://www.buergerhaushalt-trier.de/vorschlaege>

Jahr	Nr.	Titel	Status	Stadtteil	Thema	Wirkung
2010	3759	Streupflicht der Stadt Trier im Winter	vorher bereits umgesetzt	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	Sparidee
2010	3757	Gründung einer Bürgerstiftung in Trier	in Umsetzung	Trier (gesamt)	Zusätzliche Themen	kostenneutral
2010	3754	Keine weitere Versiegelung von Boden	in Planung	Trier (gesamt)	Grünflächen	kostenneutral
2010	3750	Alle Signale auf Rot?!	Rat stimmt zu	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	kostenneutral
2010	3749	Individualverkehr vor der Stadt abfangen	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Verkehr, Auto, LKW, Krad	Investition mit Spareffekt
2010	3745	Bewirtschaftung von Regenwasser, Dachbegrünung	Rat stimmt zu, Dritte zuständig	Trier (gesamt)	Abgaben, Steuern	Einnahme
2010	3744	Nutzung von städtischen Gehölzschnitt	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Energie	Sparidee
2010	3742	Konsequent Parkgebühren erheben	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Verkehr, Auto, LKW, Krad	Einnahme
2010	3739	Verwaltungsabläufe Überdenken: E-Mails nicht ausdrucken und mit Eingangsstempel versehen	in Planung	Trier (gesamt)	Zusätzliche Themen	Sparidee
2010	3737	Erhöhung der Gebühren für Kleingärtner	Rat lehnt ab	Trier (gesamt)	Abgaben, Steuern	Einnahme
2010	3736	LKW-Maut oder Verbot	rechtlich unzulässig	Trier (gesamt)	Verkehr, Auto, LKW, Krad	Einnahme
2010	3734	Diensträder für die Dienststellen der Verwaltung	in Planung	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	Investition mit Spareffekt
2010	3729	Freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln im ganzen Stadtgebiet	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Verkehr, Bus, Bahn	kostenneutral

Wird der Ablauf einer Diskussion visualisiert?

- o Beispiel für die Visualisierung einer Forumdiskussion: Sprechblasenmetapher anhand der auch deutlich wird, ob der Kommentar von der Moderation oder einer Pro- oder Contra-Stimme kommt auf <http://www.bonn-packts-an.de>
<http://www.bonn-packts-an.de/dito/forum?action=bhhtopicshow&id=9382>

BIT-V Bed. 3.1.5

Bürgervorschlag B945 von fleckenzweg



Laubbläser abschaffen

Die Dinger sind laut, stinken, verbrauchen teuren Sprit und nützen nix: gerade im Herbst, wenn es auch noch windig ist, erkenne ich keinen Vorteil gegenüber einem Besen!

Die Online-Phase ist beendet. Bewertung und Kommentierung nicht mehr möglich.

Verkehr-Bauen-Umwelt

Sparvorschlag

geschätztes Volumen für 2011-2012	0
geschätztes Volumen für 2011-2015	0
Pro	319
Neutral	11
Contra	22
Kommentare	13
Meine Wertung	

Kommentar Nr. 9755 von RedaktionIU | 26.01.2011 | 13:05

Antwort der Verwaltung

Sehr geehrte(r) fleckenzweg, vielen Dank für Ihre Anregung. In der Regel werden die Geräte nur zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit (zum Beispiel auf Wegen) eingesetzt oder wenn fachlich Belange den Einsatz notwendig machen. Eine Alternative ist aufgrund der angespannten Personalsituation und der in der Regel Unaufsichtbarkeit der Arbeiten nicht möglich. In Wohngebieten werden nur zugelassene, geräuschgedämmte Geräte eingesetzt. Viele Grüße Redaktion IU

Keine Verknüpfung

Kommentar von ochterbeck | 25.01.2011 | 13:42

s. B 952
s. Überschrift

unterstützt den Vorschlag

Kommentar von Susanna | 25.01.2011 | 13:56

Laut, teuer, stinkend

Jahrhundertlang haben es Besen und Harke getan, nun ist ein neues "Spielzeug" da: der Laubbläser. Es gibt Dinge, die keiner braucht (Lärmbelastung, umweltunfreundlich da Spritbetriebs), die aber trotzdem erfunden und auch noch gekauft und eingesetzt werden. Manchmal muss man sich fragen wessen Interessen damit gedient werden soll.

- Beispiel für die Visualisierung von Pro- und Contra-Stimmen auf <http://www.e-konsultation.de/netzpolitik/mitreden/bewusstsein-f-r-gemeinsame-werte-sch-rfen>

Pro Ich stimme dieser Aussage grundsätzlich zu, weil...

Simmt mit meinem verständnis des gemeinschaftlichem zusammenlebens.

Dierolf
22.Jul.2010
13:37 Uhr

Pro Ich stimme dieser Aussage grundsätzlich zu, weil...

ok

Gast
22.Jul.2010
13:09 Uhr

Pro Ich stimme dieser Aussage grundsätzlich zu, weil...

Auch im Internet gilt für mich diese Maxime, wie es im Alltag im realen Leben selbstverständlich sein sollte.

metajazz
22.Jul.2010
13:08 Uhr

Contra Ich stimme dieser Aussage grundsätzlich nicht zu, weil...

.. es im realen Leben schon nicht funktioniert. Chancengleichheit und gegenseitiger Respekt sind de facto in breiten Schichten der Bevölkerung unbekannte Begriffe. Genauso wie beide Begriffe auf dem Arbeitsmarkt nicht beachtet werden, kann man dieses in virtuellen Räumen garantieren bzw. gesetzlich verordnen.

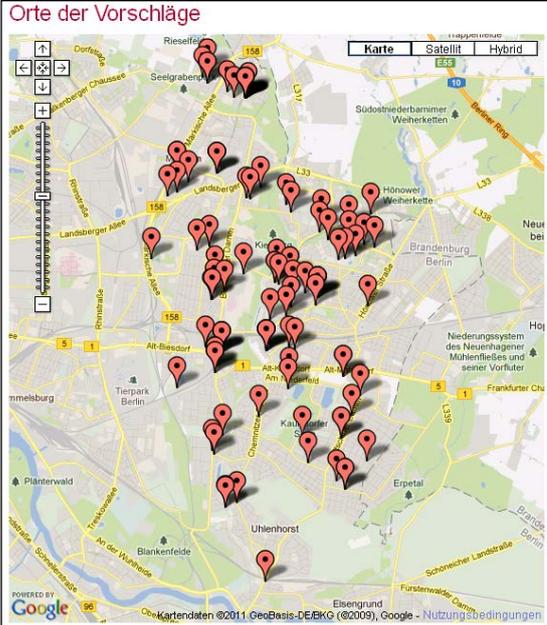
Gast
22.Jul.2010
11:59 Uhr

Idee! Ich habe hierzu eine konkrete Handlungsempfehlung:

Dies sollte grundsätzlich überall so gelten, das Internet ist nur ein(r) Lebensbereich, der genau so wie jeder Andere durch das Grundgesetz zu schützen ist. Schützen bedeutet Bewahren des Einzelnen vor Straftaten, aber auch vor (schleichender) Einschränkung der freiheitlichen Grundrechte. Daher sehe ich diese These in erster Linie an die Begehrlichkeiten der

Gast
22.Jul.2010
10:03 Uhr

- Beispiel für eine Darstellung der Kommentare getrennt nach Bürgerkommentare/Fraktionskommentare auf <http://www.buergerhaushalt-trier.de/vorschlag/4270>

<p>Ergebnis des Rates</p> <p>Der Verkauf des ehemaligen Franzosenviertels im Bereich Burgunderstraße ist bereits geplant. Ein von der Verwaltung erstellter Rahmenplan wird im Dezernatsausschuss IV Anfang 2012 vorgestellt.</p> <p>Verwaltungshinweis für den Rat</p> <p>Derzeit wird in Abstimmung zwischen dem städtischen Baudezernat und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ein Rahmenplan für die zivile Neunutzung des Standort erstellt. Es ist vorgesehen, dieses Rahmenkonzept nach Abstimmung zwischen den Beteiligten in den Stadtrat einzubringen und auf dieser Grundlage im Jahr 2012 einen Bebauungsplan aufzustellen. Die Entwicklung des Gebietes ist auch wichtig für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum.</p> <p>Im Übrigen ist aber festzustellen, dass das Gebiet im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland ist, so dass der Verkauf der Grundstücke der Stadt keine unmittelbaren finanziellen Vorteile bringen wird.</p> <p>Kommentar Ortsbeirat</p> <p>Ortsbeirat Künze (Sitzung am 02.11.2011) Der Vorschlag macht deutlich, dass der Bürger die aktuelle Situation nicht kennt. Offenbar ist er nicht darüber informiert, dass bereits verschiedene Maßnahmen eingeleitet und Gremien mit der Umsetzung befasst sind. Im Ortsbeirat ist über den Sachstand informiert worden.</p> <p>Kommentare der Fraktionen</p> <p>CDU Riesiges Potenzial vorhanden für generationsübergreifendes Wohnen</p> <p>Die Burgunderstraße bietet mit ihren über 170 Wohneinheiten ein ideales Potenzial für Projekte generationsübergreifenden Wohnens. Die CDU-Fraktion hat sich zusammen mit dem Ortsvorsteher Bernd Michels schon frühzeitig mit einer Erschließung und potentiellen Nutzung im Sinne der Bürger befasst. Im Dezernat IV liegen bereits konkretere Planungen vor; jetzt müssen die Verhandlungen mit der BfMA vorangetrieben werden.</p> <p>SPD SPD für Entwicklung Burgunderstraße</p> <p>Bereits im September 2010 hat die SPD Fraktion den Stadtrat mit der Frage zur Zukunft des Burgunderviertels beschäftigt. Leider konnten wir damals keine Mehrheit für unseren Antrag finden (http://www.spd-er.de/files/AntragBurgunderstr-02092010.pdf), jedoch sind wir seitdem stetig dran, dieses Gelände schnellstmöglich entwickeln lassen zu können. Die SPD setzt sich für eine breit gefächerte Wohnbebauung im Bezug auf die Vielfältigkeit von Angeboten, Wohnstrukturen und Finanzmöglichkeiten ein. Dazu braucht es aus unserer Sicht einen regionalen Investor mit breitem Ansatz, der das Gelände von der BfMA kauft und mit der Stadt gemeinsam entwickelt. Auf Initiative der SPD wurde bereits ein erstes mögliches Konzept vorgestellt. Wir hoffen, dass wir in 2012 die entscheidenden Schritte tun können, um dieses Gelände entwickelt zu wissen. Sven Teuber, SPD Fraktionsvorsitzender</p> <p>Läuft bereits</p> <p>und soweit die Entwicklung in die Zuständigkeit der Stadt fällt (Rahmenplanung) setzen wir uns auch bei diesem Baugelände wieder dafür ein, dass ein Leben ohne eigenes Auto möglich sein muss. Das bedeutet, ÖPNV- und Raderschließung müssen berücksichtigt werden. Ebenso dezentrale Einrichtungen wie Kitas und Lebensmittelgeschäfte vor Ort.</p> <p>Kommentare der Teilnehmenden</p> <p>Das Franzosenviertel</p> <p>von Senne Tieren: 14.02.2011 gehört leider nicht der Stadt, sondern dem Bund. Die Stadt kann nur den Rahmen vorgeben (Südwärte-Bebauungspläne). Es steht aber zu befürchten, das hier Investoren mal wieder ein abgeschottetes Wohnviertel entstehen lassen, welches für Otto-Normal-Verdienler unerschwinglich sein wird. Ich persönlich glaube, das das Fell des Bären schon vor dem Erlegen verteilt wurde.</p>		
<ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für die Visualisierung des Ablaufs anhand einer geographischen Verortung der eingegangenen Vorschläge auf http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/buergerhaushalt/karte 		
		

Visualisierung von Ergebnissen	Bezug
<p>Werden Ergebnisse, z.B. auch Zwischenergebnisse im Abstimmungsprozess, visualisiert?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für eine gelungene Visualisierung der Bewertung über Sterne, aber technisch leider nicht barrierefrei umgesetzt, auf http://mitreden.buergerdialog-bmbf.de/energietechnologien-fuer-die- 	BIT-V Bed. 3.1.5

zukunft/vorschlaege/energieeffizienz/kraft-waerme-kopplung-optimieren

Energieeffizienz - Lösungsvorschlag

A [Bürgerdialog / 26.08.2011 - 14:12](#) ☆☆☆☆☆ 17 Bewertungen

Kraft-Wärme-Kopplung optimieren

Der Bau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (sog. Blockheizkraftwerke) sollte auf die Nähe zu Wärmeverbrauchern hin optimiert werden, z.B. bei großen Industriebetrieben als Fernwärme für Siedlungen.

Was sagen andere zu diesem Vorschlag?

Geschrieben von [EEGenial](#) am 30. September 2011 - 16:43 ☆☆☆☆☆

Wird das nicht sowieso gemacht?

Das wird doch durch die steigende Wirtschaftlichkeit der verbrauchernahen Projekt sowieso schon darauf konzentriert.

[mehr...](#)
[0 Kommentare](#)

Geschrieben von [Mittlmeier](#) am 27. September 2011 - 17:05 ☆☆☆☆☆

Wohnungen

Nach meiner Meinung ist auch für Wohnanlagen ist die Wärme-Kraft-Kopplung sehr sinnvoll

[mehr...](#)
[0 Kommentare](#)

- Beispiel einer Visualisierung über einen Slider auf <http://www.direktzu.de/kanzlerin/messages/aufgaben-des-bundesministeriums-fuer-familie-senioren-frauen-und-jugend-35950?order=random>

● 7 Tage zum Abstimmen

Autor [F. Leiffheidt](#)
am 28. November
Platz 17 - 2073 Leser · 157 Stimmen · [0 Kommentare](#)

Die Kanzlerin direkt
Aufgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel,

Liegt es im Kompetenzbereich des Familienministeriums, Informationsbroschüren* an Deutschlands Schulen zu versenden, in denen vor den Gefahren des Linksextremismus gewarnt wird oder fällt dies nicht in den Bereich des Bildungsministeriums?

Wieso verfasst die Familienministerin, Frau Schröder mit Ihrem Ministerium alleine eine solche Broschüre, ohne Kooperation mit Bildungs- oder Innenminister/in?

Liegt hier nicht eine Kompetenzüberschreitung vor?

Mit freundlichen Grüßen

*Link zur Broschüre:
<http://www.zeitbild.de/2011/09/26/demokratie-starken-%E2%80%A3>

Da Sie nicht angemeldet sind, müssen Sie den Code eingeben, bevor Ihre Stimme zählt.

Ich akzeptiere, dass meine IP-Adresse beim Abstimmen als nicht angemeldeter Nutzer gespeichert wird, um Mehrfachabstimmung zu vermeiden.

+149

- [dagegen stimmen](#) [dafür stimmen](#) +

- Beispiel für eine Visualisierung über einen Farbverlauf auf <http://www.buergerhaushalt-trier.de/vorschlag/3757>

Gründung einer Bürgerstiftung in Trier

Bürgervorschlag
von: xyz264; 23.06.2010; Nummer: 3757
Stadtteil: Trier (gesamt); Wirkung: kostenneutral; Thema: Zusätzliche Themen

Zitat von der Internetseite www.buergerstiftungen.de:

"Bürgerstiftungen sind eine der am schnellsten wachsenden Stiftungsformen weltweit, die in einer beständig wachsenden Zahl von Städten und Regionen auf der ganzen Welt als ein wirksamer Katalysator zivilgesellschaftlichen Engagements entdeckt wird. Mittlerweile gibt es mehr als 1.400 Community Foundations in mindestens 50 Ländern rund um den Globus. Obwohl Institutionen mit einer im Wesentlichen lokalen oder regionalen Zielsetzung, sehen auch sie sich in zunehmendem Maße mit den Auswirkungen schnell voranschreitender Globalisierungsprozesse konfrontiert. Immer mehr Bürgerstiftungen werden deshalb auch international tätig und verlihen so der Maxime 'global denken, lokal handeln' (think globally, act locally) eine neue Bedeutung."

Für unsere Stadt ist der Vorschlag:



Durchschnitt: 0,77
(61 mal bewertet)

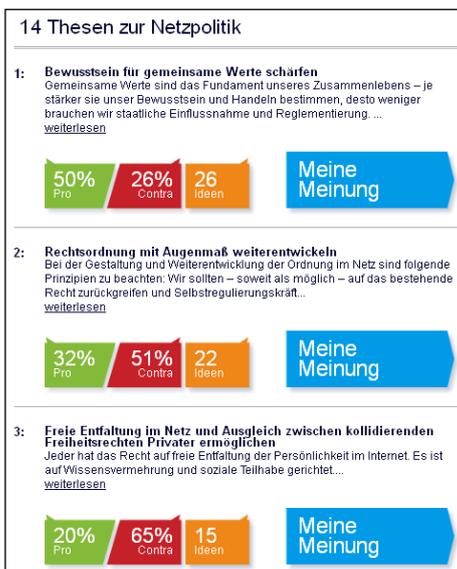
- Beispiel für die Visualisierung über Balken und Zahlen auf <http://www.alle.de/diskussionen/>



- Weiteres Beispiel für eine Visualisierung über Balken und Zahlen auf <http://beteiligungshaushalt-freiburg.de/drupal/index.php?q=haushaltsthemen/instandhaltung-und-bau-von-schulen>

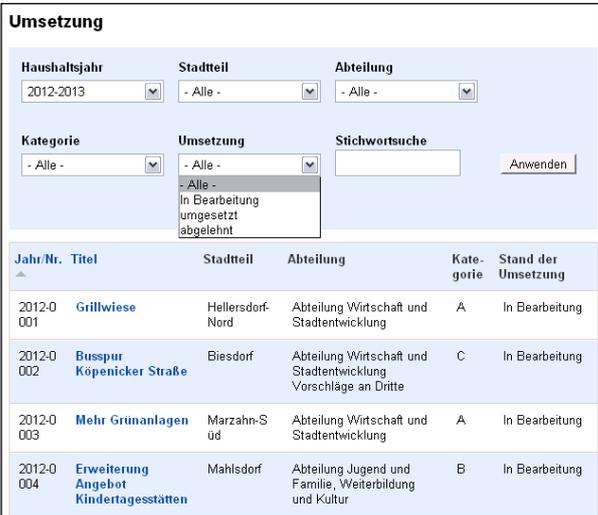


- Beispiel für die Visualisierung des Endergebnisses: Pro-/Contra-Stimmen auf <http://www.e-konsultation.de/netzpolitik/>



7.2.7 Suche und Sortierfunktionen

In Abhängigkeit von der Komplexität eines Beteiligungsangebots erleichtern vielfältige Such- und Sortierfunktionen die Erschließung der Inhalte.

Suchfunktion und Trefferliste	Bezug
<p>Wird für den Beteiligungsbereich, wenn angemessen, eine gesonderte Such- oder Sortierfunktionalität angeboten, z.B. eine Suche im Forum oder Filterfunktionen nach vorgegebenen Kategorien?</p> <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel für thematische Filter auf http://www.frankfurt-gestalten.de/thema/behindert  o Beispiel für diverse Filtermöglichkeiten auf http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/buergerhaushalt/startseite_phase3?field_haushaltsjahr_value=189&field_stadteil_value=All&field_category_value=All&field_categoryselect_value=All&field_standumsetzung_value=All&title  o Weiteres Beispiel für Filtermöglichkeiten auf https://www.buergerhaushalt-trier.de/vorschlaege 	<p>BIT-V Bed. 2.4.5</p>

Filtern

Jahr: 2010 | Stadtteil: | Thema: | Wirkung: |

Prüfung durch den Rat: wird geprüft (264) | Umsetzung: - Alle - | Anwenden

Jahr	Nr.	Titel	Status	Stadtteil	Thema	Wirkung
2010	3759	Streupflicht der Stadt	vorher bereits umgesetzt	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	Sparidee
2010	3757	Gründung einer Bürgerstiftung in Trier	in Umsetzung	Trier (gesamt)	Zusätzliche Themen	kostenneutral
2010	3754	Keine weitere Versiegelung von Boden	in Planung	Trier (gesamt)	Grünflächen	kostenneutral
2010	3750	Alle Signale auf Rot?!	Rat stimmt zu	Trier (gesamt)	Verkehr, Rad, Fuß	kostenneutral
2010	3749	Individualverkehr vor der Stadt abfangen	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Verkehr, Auto, LKW, Krad	Investition mit Spareffekt
2010	3745	Bewirtschaftung von Regenwasser, Dachbegrünung	Rat stimmt zu, Dritte zuständig	Trier (gesamt)	Abgaben, Steuern	Einnahme
2010	3744	Nutzung von städtischen Gehölzschnitt	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Energie	Sparidee
2010	3742	Konsequent Parkgebühren erheben	Rat: prüfen	Trier (gesamt)	Verkehr, Auto, LKW, Krad	Einnahme
2010	3739	Verwaltungsabläufe überdenken: E-Mails nicht ausdrucken und mit Eingangsstempel versehen	in Planung	Trier (gesamt)	Zusätzliche Themen	Sparidee
2010	3737	Erhöhung der Gebühren für Kleingärtner	Rat lehnt ab	Trier (gesamt)	Abgaben, Steuern	Einnahme

- o Beispiel für eine optionale erweiterte Suche zum Stand der Bearbeitung auf <http://www.direktzu.de/kanzlerin/messages/aufgaben-des-bundesministeriums-fuer-familie-senioren-frauen-und-jugend-35950?order=random#search:utf8=%E2%9C%93&q=kind&page=1×pan=all>

Suchen & Finden

Suche: kind
1920 Treffer

Suche verfeinern ▲

in Abstimmung in Beantwortung beantwortet archiviert

letzte Woche letzter Monat letztes Jahr alle

Nach dem **Kind** ist vor dem **Kind**

... Sehr geehrte Frau Merkel, meine Frage: Ich habe eine Schwester. Das bedeutet, dass meine Mutter 2 **Kinder** auf die Welt gebracht ...

erstellt von **Stefan Langwald** am 12. September 2008 -4 / +807 Stimmen

- o Beispiel für eine Filtermöglichkeit der beteiligten Teilnehmenden auf https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/index.php?page=author&id_one_author=1058683892&view_id_author=1058683892&id_authorview=1&menucontext=9&submenucontext=&subsubmenucontext=&id_authorview=1&pagestartAuthorlist=0

Anzeige der Teilnehmenden ändern

Aktivste Teilnehmer

Neueste Teilnehmer

Meiste Kommentare

Anfangsbuchstabe

Schule/Bildung

Umweltschutz

Sonstiges

Sparvorschlag

Ausgabenvorschlag

Ohne Angabe

OK

Wird einfach und unmittelbar deutlich, ob die Suche die gesamte Site durchsucht oder nur einen Teilbereich, z. B. das Forum?	BIT-V Anforderung 2.4
Ist eine Auto-Vervollständigingsfunktion für die Suche vorhanden und barrierefrei bedienbar mit dem Screenreader sowie barrierefrei wahrnehmbar mit Vergrößerungssoftware?	BIT-V Bed. 3.3.5
Sind die Trefferlisten übersichtlich und ist das Suchergebnis selbsterklärend?	BIT-V Bed. 3.1.5
<p>Werden zu einem erfolglosen Suchergebnis angemessene Informationen und Hilfestellungen bereitgestellt?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für eine weitgehend fehlerfreundliche Suche, die alternative Treffer liefert auf http://www.buergerhaushalt-trier.de/ 	BIT-V Bed. 3.3.5



Alternative Sortierangebote	Bezug
<p>Sind Tagclouds barrierefrei wahrnehmbar, so dass die Gewichtung der Elemente nicht nur optisch, sondern auch über alternative Erschließungsoptionen dargestellt wird?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer barrierefreien Tagcloud auf http://www.offenbach.de/blogs/haushaltsforum/ 	BIT-V Bed. 1.1.1



- Weiteres Beispiel einer barrierefrei umgesetzten Tagcloud, in der die Anzahl der Vorschläge auch visuell direkt erkennbar ist auf <http://www.bonn-packts-an.de>

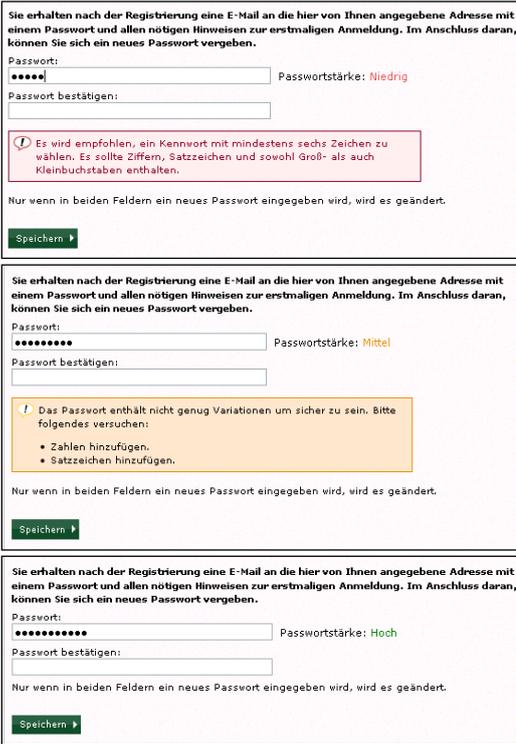


7.2.8 Hilfestellungen und Unterstützung

Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass Beteiligungsanwendungen intuitiv zu bedienen und selbsterklärend sind. Abhängig von der Komplexität und dem Innovationsgrad kann es sinnvoll sein, zusätzliche Hilfestellungen, z. B. auch für spezifische Nutzergruppen, anzubieten.

Hilfen zur Benutzung	Bezug
<p>Werden FAQs angeboten? Sind diese für das Angebot sinnvoll?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für verlinkte FAQs zu Unterthemen auf http://www.oldenburg.de/stadtol/index.php?id=6052 <div data-bbox="268 533 724 745" style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 5px 0;"> <p>● Fragen und Antworten Hier finden Sie Antworten auf Fragen zu folgenden Bereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Registrieren und anmelden > ■ Vorschlägen > ■ Abstimmen > ■ Weiteres Verfahren > ■ Allgemeine Fragen > </div> ○ Beispiel zu verlinkten FAQs, zu denen direkt auf der gleichen Seite ein Anker gesetzt wird auf Petition https://petition.bremische-buergerschaft.de/ <div data-bbox="268 857 855 1341" style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 5px 0;"> <p>Hilfe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übersicht über öffentliche Petitionen • Petitionen durchblättern • Detailansicht der einzelnen Petitionen • Suchen • Eine Petition einreichen • Eine Petition unterstützen • Eine Mitzeichnung rückgängig machen • Das Diskussionsforum <p>Übersicht über öffentliche Petitionen Die Übersicht listet die öffentlichen Petitionen auf. Die Petitionen sind in drei Gruppen unterteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Petitionen in der Mitzeichnung, • Petitionen in der parlamentarischen Beratung, • abgeschlossene Petitionen. <p>Beim Aufruf werden automatisch die aktuell in der Mitzeichnung befindlichen Petitionen angezeigt. Durch die Auswahl der gewünschten Gruppe in der Listbox lassen sich die entsprechenden Petitionen anzeigen.</p> <p>Petitionen durchblättern Rechts oben besteht die Möglichkeit, durch die verschiedenen Seiten der Anzeige zu blättern. Ebenso kann rechts oben eingestellt werden, wie viele Petitionen auf einer Seite angezeigt werden sollen.</p> <p>Detailansicht der einzelnen Petitionen In die Detailansicht einer Petition gelangt man, wenn man auf den Titel in der Spalte "Thema" klickt. Dort besteht die Möglichkeit, eine Petition durch die sogenannte Mitzeichnung zu unterstützen.</p> </div> ○ Weiteres Beispiel zu FAQs auf http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/haushalt/bhh_fragen.html <div data-bbox="268 1453 868 2000" style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 5px 0;"> <p>Häufig gestellte Fragen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Wie kann ich mich beteiligen? ▶ Wie kann ich mein Passwort ändern? ▶ Wo finde ich meinen Vorschlag? ▶ Wo finde ich die Vorschläge anderer? ▶ Wo finde ich Hinweise auf Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt in den Stadtteilzentren? <p>Wie kann ich mich beteiligen?</p> <p>Um selbst Vorschläge einbringen zu können, müssen Sie sich zuerst registrieren. Nach dem Registrieren bekommen Sie ein Passwort zugesandt, mit dem Sie sich dann anmelden können. Nach erfolgreicher Anmeldung können Sie Vorschläge einbringen und vorhandene Vorschläge kommentieren. Weitere Beteiligungsmöglichkeiten</p> <p>Wie kann ich mein Passwort ändern?</p> <p>Sie müssen sich mit Ihrem zugesandten Passwort einloggen, dann auf Ihr Profil/Vorschlag gehen. Unter "Profil bearbeiten" können Sie Ihr Passwort ändern.</p> <p>Wo finde ich meinen Vorschlag?</p> <p>Jeder Vorschlag erhält automatisch eine Nummer. Unter Ihrem Profil/Vorschlag wird der von Ihnen eingegebene Vorschlag angezeigt.</p> </div> 	<p>BIT-V Bed. 3.3.5</p>

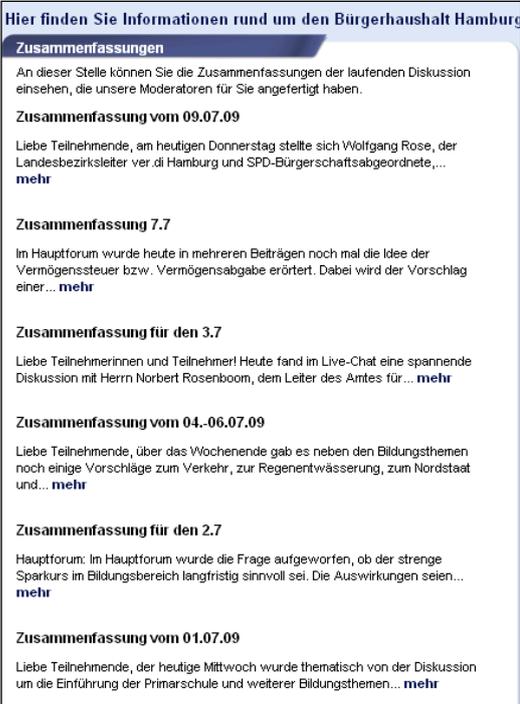
<p>Werden Hilfen oder Erklärungen zur Bedienung angeboten?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für eine „Kurzanleitung“ auf http://www.direktzu.de/kanzlerin/kurzanleitung.html <div data-bbox="268 304 892 916" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Kurzanleitung direktzu</p> <p>Auf den direktzu-Plattformen können Sie sich mit Ihren Anliegen und Fragen direkt an den Adressaten einer Plattform wenden. Sie können eigene Beiträge formulieren oder sich an der Abstimmung bereits gestellter Fragen beteiligen. Die bestbewerteten Beiträge (Top-Beiträge) werden regelmäßig zur Beantwortung an den Adressaten der Plattform weitergeleitet.</p> <p>Moderation von Beiträgen</p> <p>Beiträge werden vor ihrer Veröffentlichung von einem Moderations-Team gegengelesen und freigeschaltet. Die Moderation sorgt dafür, dass die Allgemeinen Veröffentlichungsregeln und Nutzungsbedingungen einer Plattform im Interesse aller Nutzer eingehalten werden. Die Allgemeinen Veröffentlichungsregeln einer Plattform sind oberhalb des Eingabefeldes für neue Beiträge nachzulesen.</p> <p>Freischaltung von Beiträgen</p> <p>Die Freischaltung von Beiträgen durch die Moderation findet Werktags, Montags bis Freitags, zwischen 9.00 Uhr und 17.00 Uhr statt. Die Freischaltung eines Beitrags erfolgt spätestens bis zum dritten Werktag, nach Absenden des Beitrags durch den Nutzer.</p> <p>Bündelung von Anliegen</p> <p>Ziel einer direktzu-Plattform ist es, anhand einer gezielten Bündelung von Beiträgen einer Vielzahl von Bürgeranliegen eine Beantwortung zu ermöglichen. Nutzer sind daher dazu aufgefordert, sich an der Abstimmung bereits veröffentlichter Beiträge zu beteiligen. Beiträge, die inhaltsgleich mit kürzlich beantworteten, in Beantwortung oder in Abstimmung befindlichen Beiträgen sind, können i. d. R. nicht veröffentlicht werden.</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für eine extra Hilfeseite auf https://buengerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/discoursemachine.php?page=infopage&id_page=3&menucontext=21 <div data-bbox="268 1039 748 1715" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Wir helfen Ihnen gerne! Hier finden Sie Hinweise, wo Sie Antworten auf Ihre Fragen erhalten.</p> <p>Besuchen Sie bitte zuerst die FAQ-Seite Antworten zu häufig gestellten Fragen, "Frequently Asked Questions", finden Sie auf der FAQ-Seite. Klicken Sie dazu ganz oben im Menü oder hier auf FAQ.</p> <p>🗨 Schon ausprobiert? Auf einigen Seiten dieser Plattform finden Sie Fragezeichen: 🗨 . Wenn Sie auf 🗨 klicken, wird Ihnen ein Hilfetext angeboten.</p> <p>Sie haben eine Frage zur Bedienung der Beteiligungsplattform? Fragen zu dieser Beteiligungsplattform können Sie im Forum Fragen, Lob & Kritik stellen. Dort werden die Moderatorinnen und Moderatoren Ihre Fragen gerne beantworten. Sie können sich jederzeit auch direkt an die Moderation wenden. Schreiben Sie dazu eine E-Mail an moderation-koeln[at]zebralog.de. Wir werden Ihnen so schnell wie möglich antworten.</p> <p>Sie haben eine fachliche Frage zum städtischen Haushalt oder zu Vorschlägen? Fachliche Informationen, zum Beispiel "Was kostet eine Betreuung in der Ganztagschule?", können Sie ebenfalls im Forum Fragen, Lob & Kritik erfragen. Dort wird die Redaktion des Bürgerhaushaltes Ihre Fragen gerne beantworten. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir nicht alle Frage sofort beantworten können - für manche müssen mehrere Fachabteilungen einbezogen werden. Sie können sich jederzeit auch direkt an die Redaktion des Bürgerhaushaltes wenden. Schreiben Sie dazu eine E-Mail an buengerhaushalt[at]stadt-koeln.de. Wir werden Ihnen so schnell wie möglich antworten.</p> <p>Sie haben Verbesserungsvorschläge zu dieser Plattform? Verbesserungsvorschläge zur Nutzung dieser Beteiligungsplattform können Sie in das Forum Fragen, Lob & Kritik eintragen. Dort werden die Moderatorinnen und Moderatoren auf Ihre Hinweise antworten. Wenn möglich, werden Ihre Anregungen umgesetzt. Weitere Anregungen werden wir für kommende Verfahren dokumentieren. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!</p> </div>	<p>BIT-V Bed. 3.3.5 WCAG 2.0 G71</p>
<p>Ist es angemessen eine Guided Tour, ein Tutorial o. ä. anzubieten?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Video- und PDF-Tutorials, die sich jedoch nicht an die Endnutzer wenden auf http://www.entera.de/bo-tutorials.html 	<p>BIT-V Bed. 3.3.5</p>

<p>BO.PLUS-Tutorials für Beteiligte</p> <p>Da bei der Benutzung der Beteiligungs-Plattform BO.PLUS durch beteiligte Privatpersonen und Mitarbeiter von Institutionen immer wieder die selben Arbeitsschritte auftreten, hat es sich als zweckmäßig erwiesen, die Hilfe in Form von prozess-orientierten Tutorials zu erarbeiten. Diese sind in einzelne, kurze Sequenzen unterteilt, die jeweils als Video und als PDF-Datei zur Verfügung stehen. Die Tutorials werden laufend ergänzt und aktualisiert.</p> <p>Video-Tutorials</p> <p>Unterhalb der Videos sind kleine Steuerelemente angebracht, mit denen Sie das Video bedienen können. Mit dem rot markierten Doppelkreuz können Sie das Video in guter Qualität auf Ihre Bildschirmgröße anpassen. Zum Betrachten der Videos muss der kostenlose Adobe Flash-Player auf Ihrem Rechner installiert sein. Den Flash-Player erhalten Sie bei Adobe.</p> <p>Video-Tutorial 2: Benutzerrollen in BO.PLUS (3:48 Min.) Video-Tutorial 3: Registrierung als Mitarbeiter einer Institution (2:54 Min.) Video-Tutorial 5: Textliche Stellungnahme verfassen (3:59 Min.) Video-Tutorial 6: Erstellen einer zeichnerischen Stellungnahme (5:25 Min.) Video-Tutorial 7: Stellungnahmen einsenden (3:02 Min.) Video-Tutorial 8: Stellungnahmen verwalten (5:45 Min.) Video-Tutorial 9: Teilnehmer verwalten (2:58 Min.)</p> <p>PDF-Tutorials</p> <p>Als Alternative zu den Video-Tutorials haben wir PDF-Tutorials gleichen Inhalts erstellt. Zum Betrachten der PDF-Dateien muss der kostenlose Adobe Reader auf Ihrem Rechner installiert sein. Den Adobe Reader erhalten Sie ebenfalls auf der Website von Adobe.</p> <p> PDF-Tutorial 2: Benutzerrollen in BO.PLUS (438,3 kB)</p>		
<p>Werden komfortable Bedienfunktionen geboten?</p> <ul style="list-style-type: none"> Beispiel einer Notizzettel-Funktion auf http://www.gorlebendialog.de/allgemein/aktuell/2.php 		<p>DIN 9241-110 Individualisierbarkeit</p>
<p>Sind dynamische Hilfen zur sicheren Passwortwahl vorhanden? Sind diese barrierefrei zugänglich?</p> <ul style="list-style-type: none"> Beispiel für eine dynamische Hilfe zur sicheren Passwortwahl auf http://medienpass.lfm-nrw.de/ 		<p>BIT-V Bed. 3.3.3</p>

7.2.9 Moderation

Über die Moderation kann eine aktive Strukturierung der Inhalte erfolgen und eine persönliche Bindung erfolgen. Zudem kann die Moderation auch Aktivitäten beim Einsatz von Social Media (vgl. 7.2.10) begleiten.

Moderation	Bezug
<p>Sind Ansprechpersonen vorhanden? Werden diese vorgestellt? Neben der rechtlich vorgeschriebenen Anbieterkennung (wer ist für die Angebote rechtlich verantwortlich) ist es sinnvoll, auch die praktisch tätigen Moderatoren vorzustellen, und zwar sowohl ihre Befugnisse als auch ihre Person</p> <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel für die Vorstellung des Moderationsteam und der Redaktion auf http://www.bonn-packs-an.de/dito/forum?action=cmsjournalshow&id=66 <div data-bbox="272 703 842 1393" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Moderation und Redaktion</p> <p>Dieses Beteiligungsangebot wird von einer Moderation und einer Redaktion betreut.</p> <p>Die Moderation achtet darauf, dass ein fairer Dialog zwischen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern geführt wird und die Spielregeln eingehalten werden. Wenn Sie einen Vorschlag oder Kommentar lesen, von dem Sie der Meinung sind, dass er gegen die Spielregeln verstößt: Bitte senden Sie uns einen kurzen Hinweis per E-Mail.</p> <p>Die Moderation können Sie bei allen Fragen und Anregungen zu diesem Beteiligungsangebot ansprechen! Die Moderatorinnen und Moderatoren helfen Ihnen gerne weiter. Auch bei technischen Fragen, können Sie sich jederzeit an uns wenden: moderation-bonn [ät] zebra-log.de. Nutzen Sie auch das Forum Lob & Kritik, das ebenfalls von der Moderation betreut wird.</p> <p>Die Moderatorinnen und Moderatoren:</p> <div data-bbox="277 1048 408 1218">  <p>Dr. Oliver Märker (ModerationOM) ist geschäftsführender Gesellschafter von Zebra-log. In Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn hat er dieses Beteiligungsverfahren zum Haushalt der Stadt Bonn vorbereitet.</p> </div> <div data-bbox="277 1245 408 1393">  <p>Sebastian Götz (ModerationSG) Ist Mitarbeiter bei Zebra-log.</p> </div> </div> <div data-bbox="272 1402 842 2033" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Die Redaktion</p> <p>Die Redaktion steht für alle inhaltlichen Fragen bereit. Wenn Sie zusätzliche Informationen zu einem Vorschlag benötigen, dann können Sie die Redaktion mithilfe der Kommentarfunktion unterhalb eines Vorschlages um Informationen bitten oder Fragen an die Redaktion stellen. Die Redaktion ist stets bemüht, die gewünschten Informationen zu ermitteln und schnell auf der Plattform einzustellen. Sie erreichen die Redaktion auch per E-Mail: bonnpacksan [ät] bonn.de</p> <div data-bbox="277 1536 831 1944">  </div> <p><i>Von links nach rechts: Sven Hense, Bürgerbeteiligung, Andreas Leinhaas, Dezernat II / Allgemeine Verwaltung, Guido Schlottmann, Dezernat VII / Stadtentwicklung und Baurecht, Dirk Lahmann, Bürgerbeteiligung, Ines Ulbrich, Dezernat III / Umwelt, Gesundheit und Recht, Carsten Buschmann, Dezernat II / Finanzen, Thomas Trümper, Dezernat V / Familiendezernat-Kinder, Jugend, Schule, Soziales, Hans-Jakob Heuser, Dezernat IV / Kultur, Sport und Wissenschaft.</i></p> </div>	<p>BIT-V Anlage 2, Teil 2, Vorgabe 2</p>

<p>Werden transparente Rückmeldungskanäle bereitgestellt?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer Lob und Kritik-Seite als Kontaktmöglichkeit direkt zur Moderation auf https://medienpass.nrw.de/lob_und_kritik 	<p>Erfolgsfaktor Transparenz, vgl. Kapitel 4</p>
<p>Ist die Moderation sensibilisiert, was die Zielgruppen der Menschen mit Behinderungen und einen angemessenen Sprachgebrauch zur zielgruppengerechten Ansprache betrifft?</p>	<p>BIT-V Anforderung 3.1</p>
<p>Ist die Moderation sensibilisiert für einen wertschätzenden Umgang mit Teilnehmenden mit Behinderungen?</p>	<p>BIT-V Anforderung 3.1</p>
<p>Werden regelmäßig Zusammenfassungen in einfacher Sprache von einer professionellen Moderation angeboten?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Tageszusammenfassungen, auch als RSS auf http://www.buergerhaushalt-hamburg.de/page107.html  <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Zusammenfassungen in größeren Abständen: http://www.pinneberg-innenstadt.de/discoursemachine.php?page=viewcompiler&id_view=149&menucontext=2&submenucontext=287 	<p>BIT-V Anforderung 3.1</p>

<p>Zusammenfassungen - An dieser Stelle können Sie die Zusammenfassungen der laufenden Diskussion einsehen, die unsere Moderatoren für Sie angefertigt haben.</p> <p>Zusammenfassung, 23.-26. Zusammenfassung, 23. bis 26. Mai 2011 Finanzierung Zunächst äußert sich Zaunhönig, er/sie lebe gern im schönen Pinneberg, dessen Innenstadt... mehr...</p> <p>Zusammenfassung, 19.-22. Hier eine Zusammenfassung der Beiträge, die vom 19. bis 22. Mai eingegangen sind. Natürlich ist sie unvollständig; um alle Beiträge in voller Länge... mehr...</p> <p>Zusammenfassung 16.5-18.5 Zu den einzelnen Entwürfen: ELBBERG/TGP Quellentaler merkt an, dass der Festplatz ein wenig klein geraten sei. Dafür seien der Biergarten und die... mehr...</p> <p>Zusammenfassung 12.-15.05.2011 Liebe Teilnehmende, seit letzten Donnerstag läuft unsere Onlinebeteiligung zur Neugestaltung der Pinneberger Innenstadt und es sind bereits... mehr...</p>		
<p>Sind die Beiträge des Anbieters bzw. der Moderation eindeutig und barrierefrei erkennbar?</p>	<p>BIT-V Bed. 1.3.1</p>	
<p>Werden klare „Spielregeln“ oder ein Verhaltenskodex angeboten? Wird darin sensibilisiert, dass auch Menschen mit Behinderungen teilnehmen und sich dies ggf. auf die Form der Beiträge auswirkt?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel von verlinkten „Spielregeln“ der Beteiligung auf http://www.buergerforum2011.de/discoursemachine.php?page=infopage&id_page=4&menucontext=119 <div data-bbox="268 981 906 1196" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Spielregeln für das BürgerForum 2011</p> <ul style="list-style-type: none"> Grundlagen der Zusammenarbeit Ablauf der Diskussion Zusammenarbeit bei Veranstaltungen Zusammenarbeit auf der Online-Plattform Weitere Nutzungsbedingungen Häufig gestellte Fragen(FAQ) </div> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel von gut strukturierten Spielregeln auf http://www.buergerhaushalt-hamburg.de/page104.html <div data-bbox="268 1272 906 1935" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Spielregeln</p> <p>1. Verhaltensrichtlinien</p> <p>2. Maßnahmen bei Regelverstößen</p> <p>3. Verbleib und Schutz der Daten / Gewährleistung der Anonymität</p> <p>1. Verhaltensrichtlinien</p> <p>Im Sinne der Erhaltung eines angenehmen Gesprächsklimas und konstruktiven Diskussion gelten in diesem Forum die folgenden Verhaltensregeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundsätzlichen Respekt für einander, gemäßigter Umgangston (<small>☹</small>schreibe nichts, was Du Deinem Gegenüber nicht auch in Anwesenheit anderer Leute ins Gesicht sagen würdest") 2. Nicht erlaubt sind Beleidigungen, Bedrohung, Schimpfwörter, Rassismus, Faschismus, Sexismus / Pornographie sowie alle strafrechtlich relevanten Äußerungen 3. Berücksichtigen Sie, dass die geschriebene Sprache Einschränkungen mit sich bringt, d.h. Tonfall, Gefühle, Ironie etc. können nur bedingt über bestimmte Kennzeichnungen (z.B. Icons, Unterstreichungen, Sternchen) verdeutlicht werden. Ein Beitrag sollte daher auch vor der Antwort genau gelesen werden, um versteckten Sarkasmus / Humor zu entdecken bzw. überflüssigen Missverständnissen vorzubeugen. 4. Das Fälschen von Postings (z.B. Artikel unter der Identität eines anderen verschicken) ist nicht erlaubt. Die angegebene Emailadresse muss valide sein. Die Teilnahme mit mehreren und / oder falschen Emailadressen ist nicht erlaubt. </div> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel von Spielregeln, in denen die zentrale Botschaft fett hervorgehoben ist, auf https://www.buergerhaushalt.guetersloh.de/inhalt/spielregeln 	<p>Erfolgsfaktor Transparenz, vgl. Kapitel 4</p>	

	<p>Spielregeln</p> <p>Der Online-Dialog wird durch eine Moderation geleitet, die darauf achtet, dass die Spielregeln eingehalten werden. Kommentare zu Vorschlägen, die die Spielregeln eines fairen Dialogs unterlaufen, können von der Moderation ausgeblendet werden. Die Moderation wird diese Eingriffe nach Möglichkeit mit der Verfasserin oder dem Verfasser abstimmen. Nutzernamen, unter denen wiederholt regelüberschreitende Beiträge verfasst werden, können gesperrt oder gelöscht werden.</p> <p>Der Online-Dialog zum Bürgerhaushalt Gütersloh soll einen fairen Bewertungs- und Diskussionsprozess über die Vorschläge der Verwaltung und der Teilnehmer ermöglichen. Beachten Sie daher folgende Spielregeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Seien Sie respektvoll! Denken Sie immer daran, dass Ihnen am anderen Ende des Computernetzes Menschen gegenüberstehen. Treten Sie für Ihre Meinungen und Interessen ein, aber verletzen Sie dabei nicht die Gefühle der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Greifen Sie nur Argumente und nicht den Menschen an. Beleidigungen, Bedrohungen, Schimpfwörter, rassistische, faschistische, sexistische oder pornographische sowie andere strafrechtlich relevante Äußerungen sind nicht erlaubt. • Nur einmal anmelden! Es ist nicht erlaubt, dass eine Person sich unter verschiedenen Nutzernamen anmeldet, um auf diese Weise mehrfach für oder gegen Vorschläge zu stimmen oder Kommentare zu schreiben. Die Moderation behält sich vor, die Ergebnisse der Beteiligung nach Abschluss der Online-Phase von ungültigen Stimmen zu bereinigen. • Streuen Sie keine Gerüchte! Stellen Sie immer sicher, dass alle Informationen die Sie zur Verfügung stellen, wahr sind. Außerdem sollte klar trennbar sein, was Ihre persönliche Meinung ist, was Sie von wem zitieren und was belegte Tatsachen sind. Achten Sie beim Zitieren von Webseiten darauf, dass Sie nicht auf kommerzielle Webseiten verweisen. • Beachten Sie die Besonderheiten der schriftlichen Kommunikation! Denken Sie daran, dass bei schriftlichen Beiträgen die Gefahr von Missverständnissen besonders hoch ist. Vergewissern Sie sich daher, ob der Beitrag eines anderen Teilnehmenden, auf den Sie antworten wollen, wirklich das gemeint hat, was Sie denken. So sollten Sie sich fragen, ob der Absender Ironie, Sarkasmus oder andere Varianten "versteckter" Humors genutzt haben könnte. Seien Sie deshalb vorsichtig mit doppeldeutigen Aussagen, um Missverständnisse zu vermeiden. 	
	<p>Erfolgt eine redaktionelle Zuordnung der Beiträge?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für die Präsentation von Vorschlägen zu ähnlichen Unterthemen durch die Redaktion auf https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/discoursemachine.php?id_viewback=38&menucontext=78&page=detail&id_item=3600&menucontext=78 <div data-bbox="268 763 1062 1850" style="border: 1px solid #ccc; padding: 10px; margin-top: 10px;"> <p>Kommentar von Herzog 14.12.2009 18:55</p> <p>🗨 unbedingt unterstützenswert, weil Kinder u. Jugendliche mit Behinderungen ansonsten fast keine Gelegenheit haben Ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Aber auch die nicht Behinderten nehmen durch die inklusive Jugendarbeit ihre Freizeit ganz anders wahr. Hier können beide Seiten voneinander lernen. Besonders gut finde ich es, dass auch die Eltern nicht außen vor bleiben. Bitte macht weiter so.</p> <p>Kommentar von Che Cologne 15.12.2009 10:21</p> <p>🗨 Verwandte Vorschläge Ich habe mal recherchiert: Es wären die Vorschläge 682, 166, 251, 1416, 1577, 787, 1287, 460 die sich mit inklusiven Schulen bzw. integrativem Unterricht beschäftigen und insofern auch unterstützt werden sollten.</p> <p>Kommentar von Che Cologne 19.12.2009 16:47</p> <p>🗨 Unterstützung Hallo, Vorschlag 460 braucht noch ein paar Stimmen um unter die TOP 100 zu kommen. Ich bitte daher hier um Unterstützung.</p> <hr style="border-top: 1px dashed #ccc;"/> <p>Ähnliche Vorschläge Hier werden alle Vorschläge gelistet, die durch die Redaktion einem gleichen Unterthema zugeordnet wurden</p> <div style="margin-bottom: 10px;"> <p> Jugendsozialarbeit in sozialen Brennpunkt-Veedeln fördern Vorschlags-Nr 1668</p> </div> <div style="margin-bottom: 10px;"> <p> Kinder- und Jugendparlament im Bezirk Rodenkirchen stärken Vorschlags-Nr 1661</p> </div> <div> <p> Jugendzentren Vorschlags-Nr 1652</p> </div> </div>	<p>Erfolgsfaktor Professionalisierung vgl. Kapitel 4</p>

7.2.10 Einsatz von Social Media

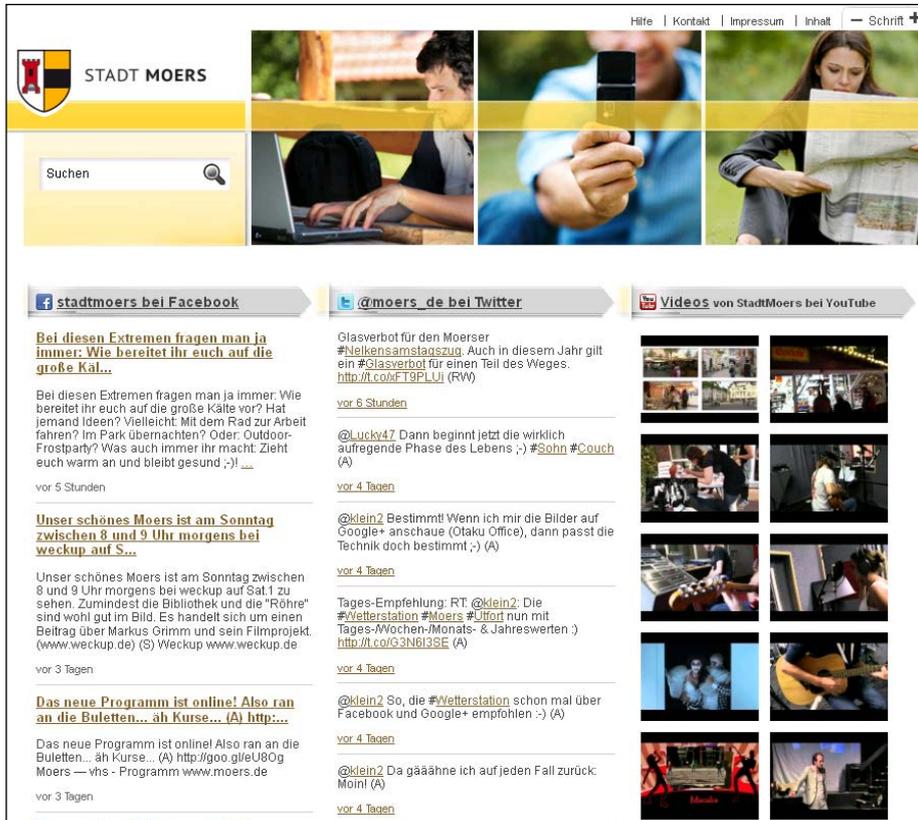
Social Media in den verschiedenen Ausprägungen wie soziale Netzwerke, Microblogging und Austauschplattformen können eingesetzt werden, um über die Möglichkeit der Online-Beteiligung zu informieren und Teilnehmende zu mobilisieren, aber auch Beteiligungsprozesse begleiten und deren Transparenz erhöhen, vgl. Kap. 4.4.

Social Media	Bezug
<p>Wird über die Beteiligung auch über Micro-Blogging-Dienste (twitter) und soziale Netzwerke informiert?</p> <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel für den Twitter-Einsatz zu http://twitter.com/#!/solingenspart  <ul style="list-style-type: none"> o Beispiel für eine eigene Facebook-Seite zum Bürgerhaushalt auf http://de-de.facebook.com/pages/Hildener-B%3C3%BCrgerhaushalt/252273991473189 	<p>Erfolgsfaktor Transparenz , Mobilisierung vgl. Kapitel 4</p>

Wenn im Rahmen von Micro-Blogging-Diensten (twitter) und sozialen Netzwerken eine Teilnahme bzw. eine Diskussion ermöglicht wird, ist der Rücklauf sichergestellt, d. h. werden alle Diskussionen wieder auf einer barrierefrei zugänglichen Plattform zusammengestellt?

- o Beispiel der Zusammenführung über einen „Newsroom“ auf <http://newsroom.moers.de/>

BIT-V
Anforderung
1.3, BIT-V
Anforderung
4.1



Information über Aktualisierungen

Bezug

Werden RSS-Feeds zur Information über Aktualisierungen angeboten?

- o Beispiel für die Möglichkeit, Diskussionsbeiträge per RSS-Feed mit zu verfolgen auf <https://epetitionen.bundestag.de/>

Erfolgsfaktor
Transparenz
vgl. Kapitel 4



Kann man sich über Mail informieren lassen, wenn ein neuer Kommentar zum eigenen Beitrag einging?

Erfolgsfaktor
Transparenz
vgl. Kapitel 4

7.2.11 Chat

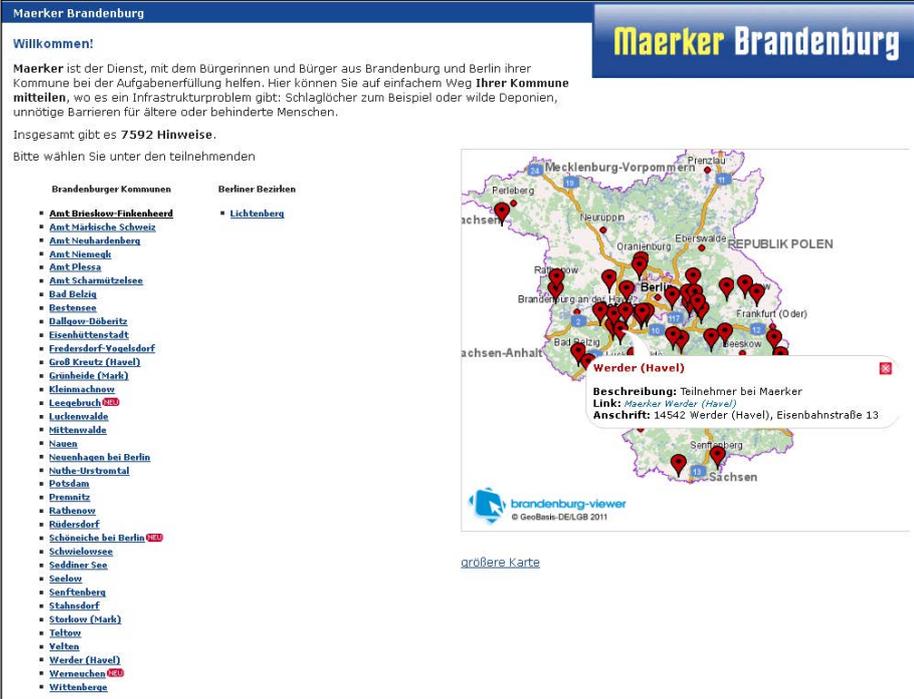
Die barrierefreie Umsetzung von Chat-Anwendungen ist nicht allein aus den allgemeinen Anforderungen an die Barrierefreiheit abzuleiten und wird daher in den folgenden Umsetzungsanleitungen erläutert.

	Bezug
Lässt sich die Auto-Aktualisierungsfunktion einfach abstellen und wird eine manuelle Funktion zur Aktualisierung angeboten?	BIT-V Bed. 2.2.2
Befindet sich bei veranlasster Aktualisierung der jeweils aktuellste Beitrag im Fokus, wenn die Auto-Aktualisierungsfunktion abgestellt wurde?	BIT-V Bed. 2.4.8
Kann man beim Zurückscrollen im Chat-Verlauf einen einfachen Überblick über die erfolgte Diskussion gewinnen? Bleibt der Fokus dann auch bei Auto-Aktualisierung im angescrollten Bereich erhalten?	BIT-V Bed. 2.4.8
Ist eine individuelle Schriftfarbzuweisung durch die Lesenden möglich?	BIT-V Bed. 1.4.3
Ist der Chat vollständig per Tastatur bedienbar? Wird insbesondere der rasche Wechsel von der Nachrichtenübersicht zur Nachrichteneingabe per Tastatur unterstützt?	BIT-V Bed. 2.1.1
Wird der Tastaturfokus beim Eintreffen neuer Nachrichten nicht automatisch auf die Nachrichtenübersicht gesetzt bzw. ist dies in den Optionen einstellbar?	BIT-V Bed. 2.1.1
<p>Werden Chatprotokolle angeboten? Werden die Beteiligten vorab aufgefordert, ihre Einwilligung zur Protokollierung zu geben?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel für Chatprotokolle auf http://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/phasen bzw. http://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/sites/default/files/Chat-Transcript.pdf <div data-bbox="268 1126 576 1803" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>DIALOGPHASE 2:</p> <p>11.01.2010 bis 31.01.2010 Themen setzen und bewerten/ Karte der Kulturen</p> <p>Welche Themen der Integrationspolitik sind Ihnen besonders wichtig? In fünf Fragebögen konnten Sie erste Vorschläge des Konzeptes bewerten und sagen, was aus Ihrer Sichte vorrangig zu behandeln wäre. Ergänzend konnten Sie selbst Themen öffentlich ins Gespräch bringen und Vorschläge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer „unterstützen“. In der Karte der Vielfalt zeigen Sie uns, wo Integration stattfindet oder Handlungsbedarf besteht.</p> <p>Am 21.01.2010 fand zwischen 13 und 14 Uhr der erste Live-Chat des Frankfurter Magistrats mit Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg statt. Die Integrationsdezernentin nahm sich Zeit, um Fragen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Online-Dialogs zum Entwurf des Frankfurter Integrationskonzepts zu beantworten. Sie können alle Fragen und Antworten im Chat-Protokoll nachlesen.</p> <p style="text-align: center;">ERGEBNISSE THEMEN SETZEN ...</p> <p style="text-align: center;">CHAT-PROTOKOLL LESEN ...</p> </div> <ul style="list-style-type: none"> ○ Weiteres Beispiel für Chatprotokolle auf http://www.pinneberg-innenstadt.de/demos.php?page=viewcompiler_forum&id_authorview=6&id_view=152&menucontext=403&submenucontext=454 	IPS M1 2.5

<p>Vielen Dank für Ihre Teilnahme bei der Livediskussion! Moderation am 19.05.2011 17:03:37 Kommentare: 0 Kategorie:Hinweise zur Neugestaltung</p>	<p>Sehr geehrte Frau Dr. Oldenburg, Herr Stieghorst, Herr Matthiessen, liebe Teilnehmende, leider ist die Zeit schon wieder um. Wir danken Ihnen...</p> <p>...mehr</p>	
<p>Einbindung der bestehenden Einzelhändler Moderation am 19.05.2011 16:48:21 Kommentare: 1 Kategorie:Hinweise zur Neugestaltung</p>	<p>Sehr geehrte Frau Dr. Oldenburg, Herr Stieghorst, Herr Matthiessen, mit Sorge wird von manchen Teilnehmenden gesehen, dass die Planung die bereits...</p> <p>...mehr</p>	
<p>Unterhaltungsaufwendungen StadtFluss am 19.05.2011 16:38:55 Kommentare: 2 Kategorie:Hinweise zur Neugestaltung</p>	<p>Sehr geehrte Frau Dr. Oldenburg, Herr Stieghorst, Herr Matthiessen, inwiefern wird der Unterhaltungsaufwand der neuen Innenstadt und seiner Plätze...</p> <p>...mehr</p>	

7.2.12 Kartenanwendungen

Kartenanwendungen stellen hohe Anforderungen an die Barrierefreiheit beim Einsatz von Screenreadern, Vergrößerungssystemen und ihrer alleinigen Bedienung über die Tastatur. Gleichzeitig bieten sie ein hohes Potenzial an intuitiver visueller Orientierung. Diesem Spannungsfeld möchten die folgenden Umsetzungsanleitungen begegnen.

Bedienung der Kartenanwendung	Bezug
<p>Können Ortsmarkierungen nicht nur über Maussteuerung, sondern auch über Tastaturnavigation erfolgen, z.B. über Textfelder, alternative Listendarstellung etc.?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel über die Eingabemöglichkeit über Formularfelder und einer Standortmarkierung mit der Maus auf einer externen Kartenanwendung http://www.nienburg.de/internet/page.php?naviid=902000009&brotID=902000009&site=146 	<p>BIT-V Bed. 2.1.1 BIT-V Bed. 2.1.2</p>
<p>Können Ortsmarkierungen alleine über Tastatur komfortabel angesteuert werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer zusätzlichen Linkliste auf http://maerker.brandenburg.de/lis/list.php?page=maerker  <ul style="list-style-type: none"> ○ Beispiel einer Eingrenzung über Stadtteile, dann über Straßennamen bei Tastaturnavigation auf http://www.frankfurt-gestalten.de/ 	<p>BIT-V Bed. 2.1.1</p>

<div data-bbox="268 192 858 880"> <p>Aktuelle Neuigkeiten: Was wird gerade wo diskutiert?</p> <p>Legend: ● OB-Anträge ● Initiativen ● Nahverkehr ● Polizei ● Termine ● Presse ● Stadt FFM ▲ Baustellen</p> <p>Stadtteile</p> <table border="1"> <tr><td>Allstadt</td><td>Eschersheim</td><td>Hausen</td><td>Niederursel</td><td>Schwanheim</td></tr> <tr><td>Bahnhofsviertel</td><td>Fechenheim</td><td>Heddernheim</td><td>Nordend</td><td>Seckbach</td></tr> <tr><td>Bergen-Enkheim</td><td>Flughafen</td><td>Höchst</td><td>Oberrad</td><td>Sindlingen</td></tr> <tr><td>Berkerzheim</td><td>Frankfurter Berg</td><td>Innenstadt</td><td>Ostend</td><td>Sossenheim</td></tr> <tr><td>Bockenheim</td><td>Gallus</td><td>Kalbach-Riedberg</td><td>Praunheim</td><td>Unterliederbach</td></tr> <tr><td>Bonames</td><td>Ginnheim</td><td>Nied</td><td>Preungesheim</td><td>Westend</td></tr> <tr><td>Bornheim</td><td>Griesheim</td><td>Nieder-Erlenbach</td><td>Riederwald</td><td>Zeilshcim</td></tr> <tr><td>Dornbusch</td><td>Guldtviertel</td><td>Nieder-Eschbach</td><td>Rödelheim</td><td></td></tr> <tr><td>Eckenheim</td><td>Harheim</td><td>Niederrad</td><td>Sachsenhausen</td><td></td></tr> </table> </div> <div data-bbox="268 887 571 1339"> <p>Infos nach Straßen</p> <ul style="list-style-type: none"> » Schärfengäßchen (0) » Karmelitergasse (3) » Museum für Moderne Kunst (0) » Blauhandgasse (1) » Kaiserdom (1) » Weckmarkt (2) » Am Geistpörtchen (0) » Carl-Theodor-Reiffenstein-Platz (0) » Liebfrauenstraße (0) » Frankfurter Volkstheater (0) <p>Alle Straßen Altstadt</p> </div>	Allstadt	Eschersheim	Hausen	Niederursel	Schwanheim	Bahnhofsviertel	Fechenheim	Heddernheim	Nordend	Seckbach	Bergen-Enkheim	Flughafen	Höchst	Oberrad	Sindlingen	Berkerzheim	Frankfurter Berg	Innenstadt	Ostend	Sossenheim	Bockenheim	Gallus	Kalbach-Riedberg	Praunheim	Unterliederbach	Bonames	Ginnheim	Nied	Preungesheim	Westend	Bornheim	Griesheim	Nieder-Erlenbach	Riederwald	Zeilshcim	Dornbusch	Guldtviertel	Nieder-Eschbach	Rödelheim		Eckenheim	Harheim	Niederrad	Sachsenhausen		
Allstadt	Eschersheim	Hausen	Niederursel	Schwanheim																																										
Bahnhofsviertel	Fechenheim	Heddernheim	Nordend	Seckbach																																										
Bergen-Enkheim	Flughafen	Höchst	Oberrad	Sindlingen																																										
Berkerzheim	Frankfurter Berg	Innenstadt	Ostend	Sossenheim																																										
Bockenheim	Gallus	Kalbach-Riedberg	Praunheim	Unterliederbach																																										
Bonames	Ginnheim	Nied	Preungesheim	Westend																																										
Bornheim	Griesheim	Nieder-Erlenbach	Riederwald	Zeilshcim																																										
Dornbusch	Guldtviertel	Nieder-Eschbach	Rödelheim																																											
Eckenheim	Harheim	Niederrad	Sachsenhausen																																											
<p>Werden bei Tastaturnavigation sichtbar werdende Sprunglinks angeboten, um die Karte zu umgehen?</p>	<p>BIT-V Bed. 2.4.1</p>																																													

Wahrnehmbarkeit der Kartenanwendung	Bezug
<p>Sind die Kontraste innerhalb der Karte ausreichend?</p>	<p>BIT-V Bed. 1.4.3 BIT-V Bed. 1.4.6</p>
<p>Werden Vergrößerungsmöglichkeiten angeboten?</p>	<p>BIT-V Bed. 1.4.4</p>

Verständlichkeit der Kartenanwendung	Bezug
<p>Werden eindeutige Symbole verwendet zur Visualisierung von Elementen in der Karte?</p>	<p>BIT-V Anlage 2, Teil 2, Vorgabe 11</p>
<p>Werden die Kartenanwendung und deren Bedienung in einfachen Worten beschrieben?</p>	<p>BIT-V Bed. 3.1.5</p>

7.3 Kommunikationselemente der Bürgerbeteiligung zur Ergänzung von Online-Beteiligungsverfahren

7.3.1 Beteiligungskommunikation

7.3.1.1 Face to Face Kommunikation

Face to face Kommunikation kann in Form von Präsenzveranstaltungen, wie Versammlung, Workshop, Zukunftswerkstatt o. ä. stattfinden. Daneben sind Bürgersprechstunden sowie Vor-Ort-Begehungen und Befragungen in Form von persönlichen Interviews Elemente der Face to Face Kommunikation in der Bürgerbeteiligung.

Für die Organisation von Präsenzveranstaltungen liegt eine 2011 erstellte Handreichung und Checkliste des Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit⁵⁰ (BKB) vor. An dieser kann sich auch orientiert werden, wenn es um die Organisation von Einzelkontakten, wie bspw. im Rahmen einer Bürgersprechstunde oder eines persönlichen Interviews geht.

Grundsätzlich sollten die Anforderungen zu den folgenden Aspekten berücksichtigt werden:

- Zugängliche Informationen im Vorfeld
- Zugänglichkeit der Wege und Räumlichkeiten⁵¹
- Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. der Vortragenden und der Moderation
- Sicherstellung von Übersetzungsdienstleistungen in Deutsche Gebärdensprache und Leichte Sprache
- Zugänglichkeit der verwendeten oder verteilten Materialien/Unterlagen

7.3.1.2 Telefonkommunikation

Telefonkommunikation kommt bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren zum Einsatz, wenn telefonische Befragungen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. Dies erfolgt zumeist über Callcenter.

Primär ist hier auf eine Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten, bspw. dass Grundkenntnisse in leicht verständlicher Sprache vorab vermittelt werden und zum Sprachgebrauch im Allgemeinen, vgl. hierzu die entsprechenden Abschnitte in der BKB Handreichung.

7.3.1.3 Printprodukte im Bürgerbeteiligungsverfahren

Schriftliche Materialien können in unterschiedlicher Form Verwendung finden, z.B. als Informationsmaterial, Fragebögen usw.

Eine Zusammenstellung der zu berücksichtigenden Anforderungen kann der BKB Handreichung entnommen werden.

7.3.2 Meta-Kommunikation

Elemente der Metakommunikation dienen der Kommunikation über den Beteiligungsprozess. Dabei geht es darum, Aufmerksamkeit zu wecken, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für das

⁵⁰ Die „Handreichung und Checkliste für barrierefreie Veranstaltungen“ steht als noch nicht barrierefreies PDF zum Download bereit unter <http://k-produktion.de/index.php?id=167> Das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit plant die abschließende Veröffentlichung des Dokuments in 2012.

⁵¹ Zu den Anforderungen an „Orientierungssysteme im öffentlichen Raum“ aus der Perspektive von Menschen mit Lernschwierigkeiten können Hintergrundinformationen dem Kriterienkatalog „Barrierefreiheit für Menschen mit kognitiven Einschränkungen“ der Lebenshilfe und des Bundeskompetenzzentrums für Barrierefreiheit entnommen werden (<http://www.barrierefreiheit.de/veroeffentlichungen.html>).

Beteiligungsverfahren zu betreiben, die Beteiligung anzukündigen und die adressierten Zielgruppen zu erreichen.

Als allgemeine Anforderung gilt, dass die Ankündigung über verschiedene Wege und Kanäle gleichzeitig erfolgen sollte, um eine möglichst breite Reichweite bei Bürgerinnen und Bürgern mit unterschiedlichem Nutzungsverhalten zu erzielen (z. B. per E-Mail (Newsletter), Brief, Plakate, Werbung in Presse, Hörfunk und Fernsehen).

Die Ansprache muss darüber hinaus zielgruppengerecht erfolgen. So sollte z. B. auf eine barrierefreie Veranstaltungsorganisation oder Plattform hingewiesen werden und Themen, die für bestimmte Zielgruppen besonders relevant sind, sollten entsprechend herausgestellt werden.

Bei der Textgestaltung sollte auf eine angemessen einfache Sprache und ggf. Übersetzungen in Leichter Sprache geachtet werden.

7.3.2.1 Traditionelle Medien

Für die Metakommunikation über traditionelle Medien, sind Pressemeldung und Bildmaterial für Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen relevante Elemente.

7.3.2.2 Eigene Printprodukte

Eigene Printprodukte der Metakommunikation sind Einladungsbrief, Informationen per Post, Plakate/Poster, Flyer und Broschüren.

Eine Zusammenstellung der zu berücksichtigenden Anforderungen können der BKB Handreichung („Schriftliche Materialien“) und der Umsetzungsanleitung 7.2.5 entnommen werden.

7.3.2.3 Internet/E-Mail

Wird das Internet für die Metakommunikation zum Beteiligungsverfahren eingesetzt, gelten die in Kapitel 7.1 beschriebenen Vorgaben zur Barrierefreiheit, s. a. die entsprechenden Umsetzungsanleitungen in Kapitel 9.

7.3.2.4 Einsatz von Social Media

Aufgrund der hohen Nutzungszahlen von Sozialen Netzwerken und Microblogging-Diensten, wie twitter, ist es sinnvoll, in diesen präsent zu sein, wenn eine hohe Bekanntheit des Beteiligungsangebots intendiert wird. Grundsätzlich sollte aber das Bewusstsein bestehen, dass die aktive Teilnahme über soziale Netzwerke nur eingeschränkt barrierefrei zugänglich ist, vgl. auch 7.2.10.

7.3.2.5 Persönliche Präsenz

Als Elemente der Metakommunikation zum Beteiligungsverfahren kommen auch Veranstaltungen in Frage wie z. B.

- Informationsveranstaltung, z. B. im Rathaus
- Ausstellung zum Beteiligungsgegenstand
- Infostand an öffentlichen Plätzen, z. B. bei einem Stadtteilst

Eine Zusammenstellung der zu berücksichtigenden Anforderungen können der BKB Handreichung entnommen werden.

7.3.2.6 Ansprache über Multiplikatoren

Über die Einbindung für die Zielgruppen relevanter Multiplikatoren wird zum einen die Bekanntheit des Beteiligungsangebots forciert und es lässt sich bei Bedarf eine nochmalige

Qualitätssicherungsschleife vollziehen zur Sicherstellung der barrierefreien Zugänglichkeit. Mögliche einzubeziehende Stellen sind bspw.:

- Behindertenbeauftragte
- Behindertenverbände
- Selbstvertretungs-/ Selbsthilfevereine
- Öffentliche Verwaltung: Vertrauensleute
- (lokale) Netzwerke
- Verbände, die Werkstätten oder Tagesbetreuung anbieten
- Verbände, die Wohneinrichtungen oder Assistenzdienste anbieten
- Freizeit- und Sporteinrichtungen der Zielgruppe

7.3.2.7 Ansprache über Persönlichkeiten

Die Bekanntheit und Reichweite eines Beteiligungsangebots kann auch über das Einbeziehen von prominenten Persönlichkeiten und Identifikationsfiguren gesteigert werden.

8 Von der Idee zur Umsetzung – Wer macht was?

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die Planung und Umsetzung eines erfolgreichen Beteiligungsangebots eine komplexe Aufgabe ist. Jedes einzelne Projekt ist wie eine Expedition in ein nur teilweise erschlossenes Gebiet. Das Internet hat diese Aufgabe nicht einfacher, sondern schwieriger gemacht, weil es zusätzliche Beteiligungsformen ermöglicht, vor allem aber neue Akteure ins Spiel bringt und dadurch zusätzlicher Abstimmungsbedarf entsteht.

Barrierefreiheit ist selbst vielschichtig und kann nicht zu einem Zeitpunkt von einem Akteur definiert und realisiert werden. Sie ist vielmehr ein Querschnittsaspekt in einem komplexen Planungs- und Umsetzungsprozess und muss daher ausdrücklich verortet und verankert werden.

Bei traditioneller förmlicher Beteiligung, die die Verwaltungen seit den 70er Jahren in Form der Bekanntmachung und Auslegung von Planungsunterlagen sowie Bürgerversammlungen und Anhörungen durchführen, ist die Akteurskonstellation und der Ablauf gut überschaubar (Abb. 8-1).

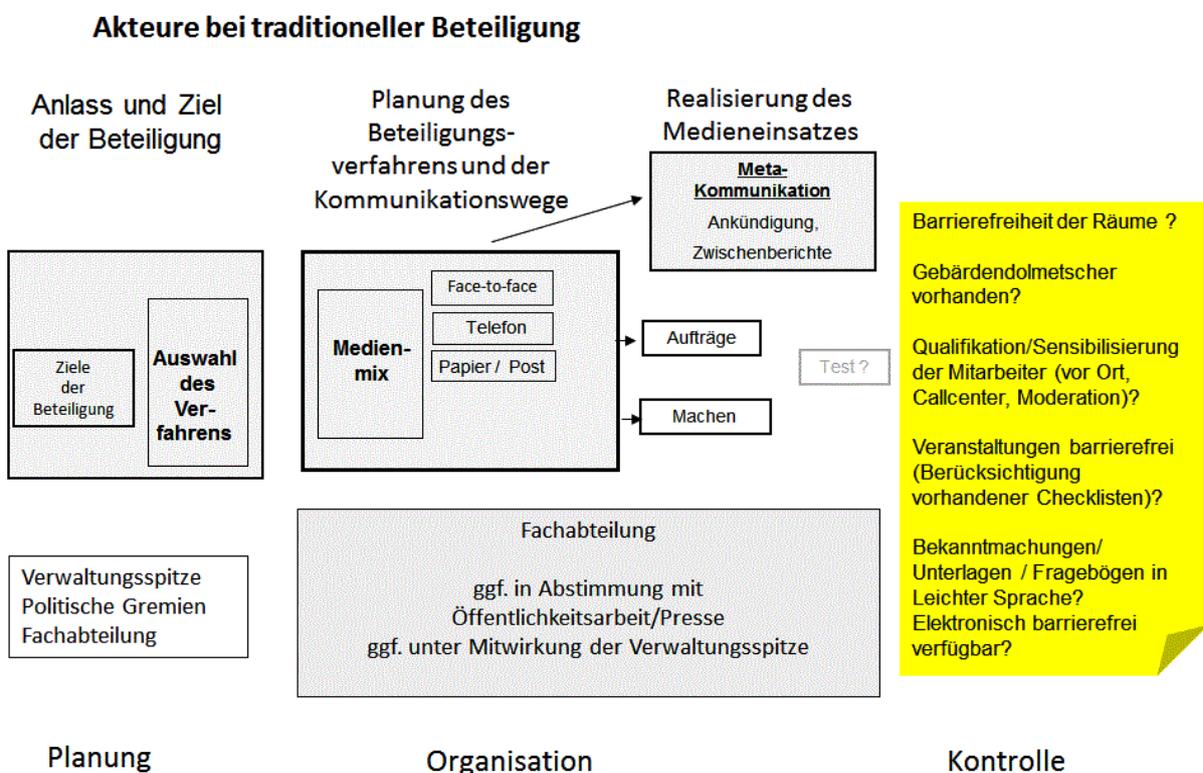


Abb. 8.1: Akteurskonstellation bei traditioneller förmlicher Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Fachabteilung plant mit Zustimmung der Verwaltungsspitze und ggfs. politischer Gremien das Beteiligungsverfahren und organisiert ggfs. in Abstimmung mit der Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit den Verfahrensablauf und die dabei zu benutzenden Kommunikationswege (persönliche Zusammenkünfte, Telefon, Papier/Briefpost). Dazu gehört auch der Kontakt zur Presse.

Eventuell werden für einzelne Veranstaltungen Aufträge an Agenturen vergeben. Im Wesentlichen führt die Fachabteilung den Beteiligungsprozess selbst durch, erstellt die Unterlagen, trägt auf Veranstaltungen vor und moderiert, dokumentiert, wertet aus, erstellt die Entscheidungsvorlagen für die politischen Gremien und einen Bericht über den Prozess.

Fragen der Barrierefreiheit stellen sich in Bezug auf die schriftlichen Unterlagen sowie die Räume bei Bürgerversammlungen und die dortigen Präsentationen. Dafür gibt es Checklisten, in denen u.a. gefragt wird (vgl. Kapitel 7.3):

- Sind Texte in Leichter Sprache verfasst?
- Sind die Räume für Rollstuhlfahrer zugänglich?
- Muss für die Bürgerversammlung ein Gebärdendolmetscher angefordert werden?

Bei der Einbeziehung zusätzlicher Online-Angebote wird die Handlungskonstellation komplexer, weil die Fachabteilung die technischen Elemente nicht selbst bewerten, programmieren und implementieren kann, sondern die IT-Dienste der Verwaltung und/oder externe Agenturen als Auftragnehmer einbeziehen muss.

Wenn es um ein Online-Angebot mit mehreren Kernelementen geht, muss der Auftrag eventuell ausgeschrieben werden oder es müssen mehrere Angebote eingeholt werden. Dafür muss ein Anforderungskatalog oder ein Pflichtenheft erstellt werden. Mit dem ausgewählten Auftragnehmer muss ein Vertrag geschlossen werden und schließlich muss das gelieferte Produkt abgenommen werden. Eventuell sind auch der Personalrat bzw. der Betriebsrat und der Datenschutzbeauftragte einzubeziehen.

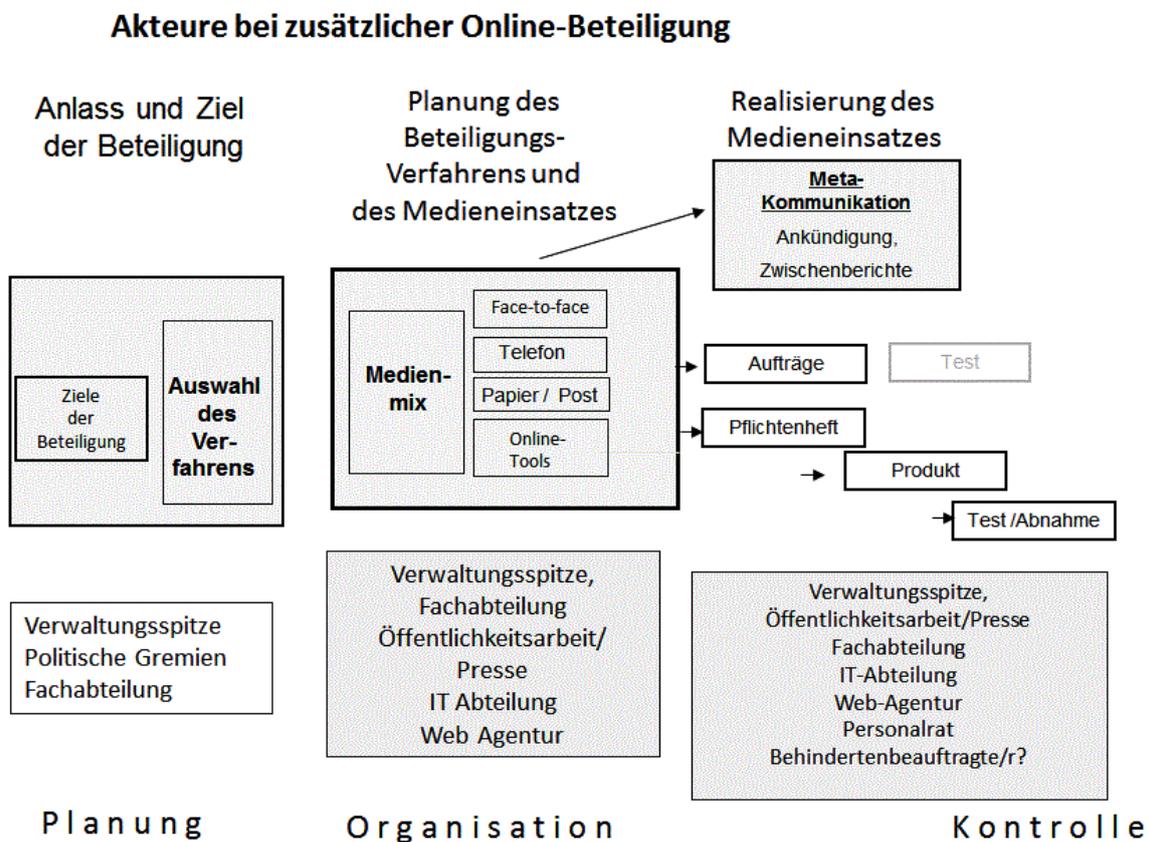


Abb. 8.2: Akteurskonstellation bei zusätzlicher Onlinebeteiligung

Wer kümmert sich in dieser Handlungskonstellation wann und wie um die Barrierefreiheit? In der Diskussion auf einem Expertenworkshop wurden folgende Empfehlungen gegeben:

- Barrierefreiheit im Sinne der BIT-V muss in die Ausschreibung und das Pflichtenheft explizit aufgenommen werden.
- Für die Barrierefreiheit des Designs und der Funktionalität ist die Agentur zuständig.
- Wenn ein eigenes Content-Managementsystem eingesetzt werden soll, muss dieses alle BIT-V-Anforderungen erfüllen.

- Texte werden den Agenturen in der Regel von der Fachabteilung oder der Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit zugeliefert. Für deren einfache Sprache sind diese Stellen zuständig und verantwortlich und müssen ggfs. fachliche Unterstützung hinzuziehen.
- Bei der Abnahme des Produkts muss auch dessen Barrierefreiheit festgestellt werden. Es ist sinnvoll, den Behindertenbeauftragten der Verwaltung hinzuzuziehen. Er ist aber in der Regel fachlich nicht in der Lage, eine eigene Prüfung vorzunehmen und er hat in seiner Funktion auch kein Budget, um selbst eine externe Prüfung vornehmen zu lassen. Vielmehr empfehlen die Praktiker, in dem Vertrag mit der Web-Agentur zu vereinbaren, dass diese einen Nachweis über die Barrierefreiheit des gelieferten Produkts vorlegen muss.

Da die Agentur nicht für alle Aspekte bei allen Kernelementen zuständig ist, sollte der Projektmanager zusammen mit dem Behindertenbeauftragten möglichst frühzeitig bei der Planung der Beteiligungsangebote festlegen, wer für welche Kernelemente und deren Barrierefreiheit verantwortlich sein soll. Die folgende Tabelle kann dazu als Orientierungshilfe dienen.

Wer macht	Verw. Spitze	ÖA/ Presse	Fach-abtlg.	IT-Abtlg.	Webagentur	Behinderten-Beauftragter	Sonstige
Ankündigung							
Unterlagen							
Fragebogen							
Berichte							
Ausschreibung							
Agenturvertrag							
Pflichtenheft							
Funktionalität							
Design							
Texte							
Test/Abnahme							

Tab. 8.1: Orientierungshilfe 'Wer macht was?'

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

Albrecht, Steffen; Kohlrausch, Niels; Kubicek, Herbert; Lippa, Barbara; Märker, Oliver; Trénel, Matthias; Vorwerk, Volker; Westholm, Hilmar; Wiedwald, Christian: E-Partizipation. Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Bremen 2008

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2007): Mehr Partizipation wagen. Handlungsempfehlungen für Kommunen. Online: <http://buerger-beteiligung.org/contents/downloads> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bertelsmann-Stiftung: Instrument zur Selbstevaluation von Partizipationsvorhaben mit Jugendlichen. Online: <http://buerger-beteiligung.org/contents/downloads> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

BMAS (2011): BITV 2.0 http://www.gesetze-im-internet.de/bitv_2_0/ (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit BKB, kProduktion (2011): Handreichung und Checkliste für barrierefreie Veranstaltungen. http://www.k-produktion.de/fileadmin/k-produktion/redakteure/Checkliste_Barrierefreie_Veranstaltungen.pdf (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium) (2008): Standards für Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis. http://www.partizipation.at/standards_oeb.html (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium) (2008): Standards für Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis sowie Praxisleitfaden. Beide online erhältlich unter www.partizipation.at/ (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bühler, Christian (Hrsg.): Barrierefreies Webdesign. Praxishandbuch für Webgestaltung und grafische Programmoberflächen. Heidelberg: dpunkt-Verlag 2005

Caspers Tomas (2011): Reine Formsache. Barrierefreie Formulare mit HTML, CSS & JavaScript. <http://www.einfach-fuer-alle.de/artikel/barrierefreie-formulare/print/> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Council of Europe (2009). Electronic democracy («e-democracy»). Recommendation CM/Rec(2009)1 and explanatory memorandum. Strasbourg: Council of Europe Publishing

Deutsches Institut für Menschenrechte (2012): Information der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention anlässlich der Veröffentlichung der Thematischen Studie des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben (UN-Dok. A/HRC/19/36 vom 21.12.2011). http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Word/Information_der_Monitoring_Stelle_anlaesslich_der_Veroeff_der_Studie_des_UN_Hochkommissariats_zur_Partizipation_von_Menschen_m_Behinderungen_am_pol_u_oeff_Leben.doc (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Erbguth/Kluth (Hg.), Planungsrecht in der gerichtlichen Kontrolle, 2012

Franke, Jochen, und Kleger, Heinz (2010): Bürgerhaushalte. Chancen und Grenzen. Berlin

Frewer, L. J., und Rowe, G. (2005): »Evaluating Public Participation Exercises: Strategic and Practical Issues«. OECD (Hrsg.), Evaluating Public Participation in Policy Making. Paris: OECD . 85–108

Härtel, Alexandra, Serge Embacher: Debatte 08. Internet und Digitale Bürgergesellschaft – Neue Chancen für Beteiligung. CCCD 2011

Heiserholt, Michael (2005): Events für Alle. Qualitätsstufen für barrierefreie Veranstaltungen. Erfurt, Institut für Verkehr und Raum des Fachbereichs Verkehrs- und Transportwesen der Fachhochschule Erfurt. <http://www.thueringen.de/de/bb/aktuell/events/content.html> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Info PB: Participatory Budget Information System. Mit Online-Tool zur Evaluation von Bürgerhaushalten (Englisch, Französisch und andere Sprachen, nicht Deutsch) unter <http://www.infoop.org/observ/index.php> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Innes, J., und Booher, D. (2004): »Reframing public participation: strategies for the 21st century« . *Planning Theory & Practice*, 5 (4). 419–436

Internet Privacy Standards (IPS) - Das Datenschutzzertifikat. Kriterienkatalog ,Version 2.6 (2010). Datenschutz-Cert, Bremerhaven http://www.datenschutz-cert.de/kriterien/ips_katalog1.html (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Johlen, Planfeststellung, in: Hoppenberg/de Witt (Hg.), *Handbuch des öffentlichen Baurechts*, Loseblatt, Teil L.

Koop, A (2010): Leitfaden Online-Konsultation. Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet. Hrsg. Von Bundesministerium des Innern, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Freie und Hansestadt Hamburg und Bertelsmann-Stiftung. Online erhältlich unter <http://www.online-konsultation.de/leitfaden> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Koordinierungsstelle für Behindertenfragen, Sozialamt Stadt Münster (2010): Feste feiern in Münster. Tipps für die barrierefreie Gestaltung von (Open air) Veranstaltungen. <http://komm.muenster.org/publikationen/ChecklistebARRIEREFREIEVeranstaltungen.pdf> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Kubicek, H., Lippa, B., Westholm, H. (2009): *Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene*. Berlin: Edition Sigma.

Kubicek, H., Lippa, B., Koop, A. (2011): *Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung - Eine empirische Analyse von zwölf Fallbeispielen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Kubicek, H., Westholm, H. (2010): *Consensus Building by Blended Participation in a Local Planning Process: The Case of the Public Stadium Swimming Pool in Bremen*. in: Rios Insua, David; French, Simon, *e-Democracy. A Group Decision and Negotiation Perspective*, Dordrecht, NL: Springer, S. 323-344.

Kuhn, Frank: *Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten, Erklärungsversuche, Instrumente*. Wiesbaden 2006

Lippa, Barbara; Kubicek, Herbert; Bröchler, Stephan (2009): *Bekanntheit und Ansehen des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages und Nutzung des Petitionsrechts in Deutschland. Gutachten im Rahmen des TA-Projekts "Öffentliche elektronische Petitionen und bürgerschaftliche Teilhabe"*. TAB-Hintergrundpapier Nr. 17. Berlin

Materna GmbH und Hochschule Harz, Fachbereich Verwaltungswissenschaften: *E-Partizipation in der Öffentlichen Verwaltung. Abschlussbericht*. Dortmund und Halberstadt 2011

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit (2009): *Checkliste für barrierefreie Veranstaltungen. Ein Leitfaden zur guten Vorbereitung und Planung*. http://barrierefrei.rlp.de/fileadmin/barrierefrei/barrierefrei/Brosch_Barriere_220609_12pt.pdf (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft (2011): Kommunalen Index für Inklusion.
http://www.montag-stiftungen.de/fileadmin/Redaktion/Jugend_und_Gesellschaft/PDF/Projekte/Kommunaler_Index/KommunenundInklusion_Arbeitsbuch_web.pdf (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Müller, O. (2006): Bürger machen Haushalt. Leitfaden für die Gestaltung von Bürgerhaushalten in Städten und Gemeinden. Stiftung Mitarbeit, Arbeitsleitfaden Nr. 35. Online abrufbar

OECD (Hrsg. .) (2001): Citizens As Partners. OECD Handbook On Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making. Paris: OECD

OECD (Hrsg. .) (2003) . Promise and Problems of E-Democracy: Challenges of Online Citizen Engagement. Paris: OECD

OECD (Hrsg. .) (2005): Evaluating Public Participation in Policy Making. Paris: OECD

ORBIT (2010): Bürgerhaushalte in Ostdeutschland. Entwicklungsstand und Handlungsempfehlungen. Eine Studie zu Bürgerhaushalten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen von ORBIT im Auftrag von Heinrich-Böll-Stiftung, Thüringen e.V. u. a., Eifert 2010, online unter <http://boell-th.boell-net.de/web/396.html> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Osimo, D. (2008): Web 2.0 in Government. Why and How. JRC Scientific and Technical Report, Brussels, Belgium: Joint Research Center, European Commission

Pratchett, L., Durose, C., Lowndes, V., Smith, G., Stoker, G., und Wales, C. (2009): Empowering communities to influence local decision making. A systematic review of the evidence. London: Communities and Local Government

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): Handbuch zur Partizipation. Berlin 2011
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/handbuch.shtml (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Stember, Jürgen, und Schulz-Dieterich, Andreas: Erfolgsfaktoren für die Verbreitung von E-Partizipation. Ergebnisse einer bundesweiten Studie zur digitalen Beteiligung. Innovative Verwaltung 1-2/2012

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte. Bonn 2011

Relevante Internetangebote:

Bertelsmann Stiftung: Web-Portal für Bürgerbeteiligung: Empfehlungen, Praxisbeispiele, aktuelle Projekte: <http://www.buerger-beteiligung.org/> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bertelsmanns Stiftung: Beteiligungskompass – Empfehlungen – Projektberichte u.a. – (In Testphase: www.beteiligungskompass.org) (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Bundesverwaltungsamt: BaNu –Barrieren finden – Nutzbarkeit Sichern, u.a. mit einem Online-Prüfkatalog. http://www.banu.bund.de/DE/Home/home_node.html (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Demos-Monitor: Berichte und Kommentare zu aktuellen Beteiligungsprojekten und –Methoden: <http://www.demos-monitor.de/> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Meine Demokratie – „Die Demokratie-Suchmaschine“ - Verzeichnis und Landkarte von Partizipationsprojekten in Deutschland: <http://www.meine-demokratie.de/> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

Stiftung Mitarbeit: Netzwerk Bürgerbeteiligung – Projekte, Empfehlungen, Aktuelles: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/> (Zuletzt besucht am 16.12.2011)

10 Glossar und Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen	Abkürzungsauflösung	Erläuterung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen	Allgemeine Geschäftsbedingungen (abgekürzt AGB) sind alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierte Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (der Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrages stellt.
AIM	AOL Instant Messenger	Der AOL Instant Messenger (AIM) ist eine Applikation von AOL, die es ermöglicht mit anderen Nutzern zu chatten.
ATAG	Authoring Tool Accessibility Guidelines	Wenn WCAG beschreibt, wie das Frontend einer Webpräsenz auszusehen hat, dann beschreibt ATAG das Backend. Es geht um die Ein- und Ausgabe barrierefreier Inhalte für alle bedienbare Administrationswerkzeuge zu schaffen und Kriterien für die Evaluation entsprechender Werkzeuge zu formulieren. ATAG ist eine jüngere Spezifikation als WCAG und baut auf diesen Richtlinien auf.
BIK	Barrierefrei Informieren und Kommunizieren	Projekt des deutschen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, um Webangebote für behinderte Menschen besser zugänglich zu machen.
BITV	Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung	Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz vom 27. April 2002. Nach der im am 17. Juli 2002 verabschiedeten 1. Fassung der BITV trat am 22. September 2011 eine aktualisierte Fassung unter dem Titel "BITV 2.0" in Kraft.
BLiStA	Blindenstudienanstalt	Die Blindenstudienanstalt (auch: Deutsche Blindenstudienanstalt, Carl-Strehl-Schule; Kurzform: BliStA) in Marburg ist eine auf die speziellen Bedürfnisse von Blinden und sehbehinderten Menschen ausgerichtete Bildungseinrichtung, die verschiedene Schul- und Berufsabschlüsse anbietet.
CAPTCHA	Completely Automated Touring Test to Tell Computers and Humans apart	Verfahren, das bei Formularen im Internet dazu eingesetzt wird, die Eingabe durch Menschen von der durch andere Computer oder Programme zu unterscheiden. In der Regel handelt es sich dabei um grafisch verzerrt dargestellte Zeichenfolgen, die in ein Formularfeld einzugeben sind. Es kommen daneben auch akustische Signale oder mathematische Aufgaben zum Einsatz, bei denen das erkannte Wort oder die Lösung in das einsprechende Feld einzugeben sind.

Crowdsourcing	Deutsch: Auslagerung an die Gruppe oder Gemeinschaft	Mit dem Begriff Crowdsourcing werden Prozesse bezeichnet, bei denen Aufgaben gemeinschaftlich durch Nutzerinnen und Nutzer bestimmter Angebote bewältigt werden.
DBSV	Dt. Blinden- und Sehbehindertenverband	Selbsthilfeorganisation mit dem Ziel, die soziale Stellung der Blinden und Sehbehinderten zu erhalten und ihre gesellschaftliche und berufliche Eingliederung zu fördern.
DGS	Deutsche Gebärdensprache	Die Deutsche Gebärdensprache (abgekürzt DGS) ist die visuell-manuelle Sprache, in der gehörlose und schwerhörige Personen in Deutschland untereinander kommunizieren.
Drag-and-drop	Deutsch: Ziehen und ablegen	Methode zur Bedienung grafischer Benutzeroberflächen, bei der Inhalte an einer Stelle aufgegriffen und an einer anderen neu abgelegt werden können, um so zwischen den Elementen eine Beziehung herzustellen.
DSB	Deutscher Schwerhörigenbund	Der Deutsche Schwerhörigenbund e.V. (DSB) ist eine deutsche Behinderten-Selbsthilfe-Organisation. Der DSB vertritt als bundesweit arbeitende Selbsthilfeorganisation die Interessen schwerhöriger und ertaubter Menschen in sozialer, medizinischer, technischer und rechtlicher Hinsicht.
DVBS	Dt. Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf	Bundesweit geben sich blinde und sehbehinderte Menschen gegenseitig Rat und Hilfe. In Fachgruppen engagieren sie sich für ihre Selbstverwirklichung in Ausbildung, Beruf und Ruhestand. Eigene Fortbildungen, Informationsdienste, ein Auftragsdienst für Fachliteratur im barrierefreien Daisy-Format tragen dazu bei. Die Fachzeitschrift "horus" informiert auch Behörden, Arbeitgeber und alle Interessierten zu Fragen des Blinden- und Sehbehindertenwesens.
GB	Geistige Behinderung	Der Begriff geistige Behinderung (oder in medizinischen Kreisen auch mentale Retardierung) bezeichnet einen andauernden Zustand deutlich unterdurchschnittlicher kognitiver Fähigkeiten eines Menschen sowie damit verbundene Einschränkungen seines affektiven Verhaltens.
HTML	Hypertext Markup Language	oft kurz als Hypertext bezeichnet, ist eine textbasierte Auszeichnungssprache zur Strukturierung von Inhalten wie Texten, Bildern und Hyperlinks in Dokumenten.

ICQ	Homophon für "I seek you"	ICQ (Homophon für „I seek you“, zu Deutsch „Ich suche dich“) ist ein Instant-Messaging-Programm, das seit 1998 dem amerikanischen Onlinedienst AOL gehört. Benutzer können damit über das Internet miteinander chatten oder zeitverschoben Nachrichten versenden.
INCOBS	Informationspool Computerhilfsmittel für Blinde und Sehbehinderte	unterstützt die Einrichtung von Computerarbeitsplätzen für blinde und sehbehinderte Menschen. INCOBS wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert und von der DIAS GmbH mit Unterstützung des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands und des Deutschen Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf (DVBS) durchgeführt.
JAWS	Job Access with Speech	ist ein Screenreader. Die Textausgabe erfolgt mittels Braillezeile oder Sprachausgabe. Vgl. auch die Produktbeschreibung zu Jaws auf der Webseite von Freedom Scientific, www.freedomsci.de
LB	Lernbehinderung	Die eingängigste und plausibelste Definition wird mit der These geliefert, dass eine Lernbehinderung ein „langandauerndes, schwerwiegendes und umfängliches Schulleistungsversagen“ bedeutet, das in der Regel mit einer Beeinträchtigung der Intelligenz einhergeht, die jedoch nicht so schwerwiegend ist, dass es sich um einen Fall von geistiger Behinderung handelt.
LBG	lautsprachbegleitende Gebärden	lautsprachbegleitende Gebärden (abgekürzt LBG) bezeichnen die Gebärden, die simultan zu jedem gesprochenen Wort (Lautsprache) ausgeführt werden. Dies unterscheidet sie von der Gebärdensprache.
LRS	Lese-Rechtschreib-Schwäche	eine massive und lang andauernde Störung des Erwerbs der Schriftsprache. Die betroffenen Personen (Legastheniker) haben Probleme mit der Umsetzung der gesprochenen zur geschriebenen Sprache und umgekehrt.
LS	Leichte Sprache	Die Begriffe Leichte Sprache oder Einfache Sprache bezeichnen eine sprachliche Ausdrucksweise, die besonders leicht verständlich ist. Sie soll vor allem Menschen mit geringen sprachlichen Fähigkeiten das Verständnis von Texten erleichtern.
LSMH	International League of Societies for Persons with Mental Handicap deutsch: Internationale Liga von Vereinigungen für Menschen mit Geistiger Behinderung	Die Selbstvertretungsorganisation für Menschen mit Lernschwierigkeiten Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland fordert und fördert den umfassenden Einsatz von leichter Sprache. Sie hat eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht mit dem Ziel, dass Betroffene einen rechtlichen Anspruch auf die Verwendung leichter Sprache in gleicher Weise wie Gehörlose auf die Gebärdensprache nach § 9 BGG haben.

MSN	The Microsoft Network	MSN, ursprünglich The Microsoft Network, ist Microsofts Webportal, das verschiedene Chat- und Kommunikationsservices anbietet und gleichzeitig als Internetdienstanbieter (engl. Internet Service Provider, ISP) auftritt. MSN ist ein Geschäftszweig von Microsoft und keine eigene Firma.
Slider	Slider	Formularelement, das bei Onlineumfragen eingesetzt wird. Der Slider kann dabei zwischen dem niedrigsten und höchsten Wert beliebig positioniert werden.
SNS	Social Network Service	Soziale Netzwerke im Sinne der Informatik sind Netzgemeinschaften bzw. Webdienste, die Netzgemeinschaften beherbergen. Handelt es sich um Netzwerke, bei denen die Benutzer gemeinsam eigene Inhalte erstellen (User Generated Content), bezeichnet man diese auch als soziale Medien.
Social Media	Deutsch: Soziale Medien	Social Media bezeichnen digitale Medien und Technologien, die es Nutzern ermöglichen, sich untereinander auszutauschen und mediale Inhalte einzeln oder in Gemeinschaft zu gestalten.
Tagging	Tagging	Kennzeichnen von Inhalten im Internet durch Zuordnung von Begriffen, Namen etc.
UAAG	User Agent Accessibility Guidelines	Die UAAG definieren, wie Browser, Media Player und andere sog. ›User Agents‹ die barrierefreie Nutzung von Webinhalten durch Menschen mit Behinderungen ermöglichen sollen.
UCG	User Generated Content	Von Nutzern selbst erzeugte Internetinhalte
URL	Uniform Resource Locator (dt. einheitlicher Quellenanzeiger)	URLs identifizieren und lokalisieren eine Ressource über das verwendete Netzwerkprotokoll (beispielsweise HTTP oder FTP) und den Ort (engl. location) der Ressource in Computernetzwerken.
W3C	World Wide Web Consortium	Das World Wide Web Consortium (kurz: W3C) ist das Gremium zur Standardisierung der das World Wide Web betreffenden Techniken. Es wurde am 1. Oktober 1994 am MIT Laboratory for Computer Science in Cambridge (Massachusetts) gegründet.
WAI	Web Accessibility Initiative	Arbeitsgruppe innerhalb des W3C, die sich mit dem barrierefreien Zugang zum Internet und seinen Inhalten beschäftigt.

WCAG Web Content Accessibility Guidelines

Richtlinien für barrierefreie Webinhalte: Die Web Content Accessibility Guidelines(WCAG) sind eine Empfehlung der Web Accessibility Initiative (WAI) des World Wide Web Consortium (W3C) zur barrierefreien Gestaltung der Inhalte von Internetangeboten. Die alte Version WCAG 1.0 hatte seit Mai 1999 Empfehlungsstatus. Die aktuelle Version WCAG 2.0 wurde nach mehr als neunjähriger Beratung am 11. Dezember 2008 verabschiedet. Inzwischen liegt eine autorisierte deutsche Übersetzung vor.